Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Hrsg.: KOMMUNISTISCHER BUND (KB) Salzburg/Hallein Nr. 2 Sept. 74 S 3.-

HALLEIN: Weg mit den Kellerwohnungen!

Die "gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft" ruiniert für den Profit die Gesundheit von Mietern - der Bürgerm. von Hallein hilft ihr dabei.

Das Haus Kastenstrasse 1, 3 an der Südseite der "3-Pagen" Tennisplätze in Hallein steht 14 Jahre. Ursprünglich waren 16 Wohnungen vorgesehen, bald jedoch waren es mehr geworden. In jedem Stock wurden aus vier Wohnungen sechs gemacht durch Abtrennen von je einem Zimmer pro Wohnung. Dann noch zwei Wohnungen in den Keller - und fertig ist der Trick, wie man von 16 Wohnungen auf 26 kommt.

Dass für die "gemeinnützige" Genossenschaft nicht der "soziale Wohnbau", sondern der Profit massgebend ist, zeigte sich in den Jahren und tritt heute besonders krass zutage. In den Hausbau wurde nicht allzuviel investiert: heute neigt sich das ganze Haus schon nach vorne, in die Kellerwohnung bricht das Wasser von aussen, die Grundmauern sind nicht isoliert, und die Nässe steigt durch die Mauern in die oberen Stockwerke. Auch durch das Dach kommt das Wasser - wenn es stark regnet bis in den 3. Stock. Andere Mängel zu beseitigen (Stiegenhaus ausmalen etc) bleibt ebenfalls der Initiative und der Finanzkraft der Mieter selbst überlassen. Dass die älteren Leute öfters über die Stiege vor dem Haus fallen (besonders bei Schnee und Eis im Winter) und die diesbezüglichen Bitten der Mieter, ist noch lange kein Grund für die GSWB, dorthin ein Geländer machen zu lassen. Das alles, obwohl die Mieter monatlich um die 100.-S "Instandhaltungskosten" zahlen.

Dies Zustände gelangten an die Öffentlichkeit, als die GSWB Holzhütten, die wegen mangelndem Kellerraum hinter dem

FORTS. SEITE 10

Lohnraubabschlüsse für 600.000 Metaller geplant

Den Lohnkampf selbst in die Hand nehmen!

310.000 Metall- und Bergarbeiter, 6.000 Arbeiter der mineralölverarbeitenden Industrie und 218.000 Angestellte dieser Branchen erwarten sich von den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen endlich ausreichende Lohnerhöhungen! Während der letzte KV vom September 1973 schon bei seinem Inkrafttreten nicht einmal die vorangegangene Teuerung abgedeckt hat, sind seither die Lebenshaltungskosten ständig weiter gestiegen und sogar der offizielle Preisindex hat längst die 10 % - 'Schallmauer' durchbrochen. Angesichts der wachsenden Unruhe in den Betrieben haben die Kapitalisten schon vor Monaten begonnen, gegen die im Herbst zu erwartenden Lohnforderungen Stimmung zu machen, indem sie die ÖGB-Spitze aufforderten, ihre Lohnpolitik "ernsthaft zu überdenken". Sallinger, Präsident der Bundeswirtschaftskammer meinte, "die Gewerkschaft werde es sich überlegen müssen, ob sie sich weiterhin an einer 3%igen Reallohnsteigerung orientieren wolle". Die Regierung schlug in dieselbe Kerbe und versuchte erstmals durch eine öffentliche Stellungnahme die Lohnforderungen zu beeinflussen und sie im Rahmen ihrer Stabilitätspolitik zu halten. Finanzminister Androsch erklärte "vorbeugend" schon im Mai, eine "volle Abgeltung der Teuerung" sei dies mal nicht drinnen.

Die ÖGB-Spitze hingegen hat es bis jetzt nicht einmal der Mühe wert befunden, die Forderungen, mit denen sie in die Verhandlungen gehen wird, bekannt zu geben! Nur Benya liess durchblicken, dass der diesjährige Abschluss sich an den 12,5 % vom September 73 orientieren wird; die endgültige Höhe der Forderung werde er aber erst bei Verhandlungsbeginn auf den Tisch legen.

Diese Vorgangsweise der Gewerkschaftsführer ist ein offenes Eingeständnis, dass sie nicht im Traum daran denken, die Kampfkraft der 310.000 Metall- und Bergarbeiter einzusetzen, um der offensichtlichen Lohnraubpolitik der Kapitalisten entgegenzutreten. Ihr ganzes Tun und Handeln ist im Gegenteil darauf ausgerichtet, die Arbeiter so weit als nur möglich aus allen Auseinandersetzungen herauszuhalten, und den notwendigen Lohnkampf aller Arbeiter durch das Feilschen einiger weniger hinter geschlossenen Türen zu ersetzen. Alles ist auf dieses Ziel ausgerichtet: die Aufstellung der Forderung, von der nicht einmal alle Betriebsräte wissen, wie sie zustandekommt; der spalterische Charakter der Prozentforderungen, die einen einheitlichen Lohnkampf von vornherein unmöglich machen sollen; schliesslich der Abschluss selbst, der als Argument gegen jeden weiteren Lohnkampf verwendet wird. Auch zeigt die Höhe der heuer angestrebten Forderungen, dass die Gewerkschaftsspitze voll auf den Stabilitätskurs der Regierung eingeschworen ist.

DIE STABILITÄTSPOLITIK GEHT NUR ZU LASTEN DER ARBEITER

Knapp 2 Jahre dieser Stabilitätspolitik brachten der Arbeiterklasse verschärfte Arbeitshetze, verbunden mit spürbaren Einbussen am Reallohn. Für die Kapitalisten war "Stabilitätspolitik" schon immer das Mittel, mit dem sie die Lasten der nach dem EG-Abkommen verschärften internationalen Konkurrenz durch Steigerung der Ausbeutung und fortgesetzte Preistreiberei der Arbeiterklasse aufbürden konnten. Das war so im November 1972, als durch das berüchtigte "Benya-Sallinger-Stillhalteabkommen" die vorzeitige Kündigung der Kollektivverträge verhindert werden sollte und darüberhinaus jede innerbetriebliche Lohnerhöhung "gewerkschaftlich verboten" wurde! Das war ebenso in der 2. Jahreshälfte 1973, als die

FORTS. SEITE 5



ZUR AKTUELLEN LAGE IN CHILE SEITE 16

BRD :
Immer mehr werden arbeitslos

Das erste Mal seit 1948, dem Jahr der Währungsreform, gab es dieses Jahr im Juli fast eine halbe Million Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland. Die deutsche Regierung weist immer wieder darauf hin, dass die westdeutsche Wirtschaft die stabilste der westlichen Welt sei. Aber das nützt den Arbeitslosen wenig, genau so wie es ihnen wenig hilft, dass die Preissteigerungen in der BRD "nur" 7 % betragen.

Doch auch die weiteren Aussichten für diese stabilste kapitalistische Wirtschaft der westlichen Welt sind nicht rosig. Bereits im ersten Halbjahr 1974 gab es 3.251 Konkurse. Für den Herbst rechnen die Wirtschaftsfachleute des Kapitals selbst mit einer weiteren Zunahme der Pleiten, zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. In einer Studie für das Bonner Finanzministerium sagen diese Leute voraus, dass die Zahl der Arbeitslosen bis zum Winter "durchaus auf eine Million ansteigen" könnte.

Die Preise steigen, die Verbrauchsausgaben sinken weiter. Schon das ganze Jahr war es so, dass die grosse Mehrzahl der Bevölkerung den Verbrauch einschränken musste, ganz abgesehen, dass immer weniger Leute Geld für grössere Anschaffungen, wie zum Beispiel ein neues Auto haben.

Doch die Kapitalisten konnten sich in vielen Branchen weiter auf den Export stützen. Inzwischen sind aber die Exportaufträge zurückgegangen, was zu einer weiteren Minderauslastung der Produktionskapazitäten und zu weiteren Entlassungen führen muss.

In den letzten Wochen ist die Kurzarbeit geringfügig zurückgegangen. Aber das ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass zahlreiche frühere Kurzarbeiter inzwischen entlassen wurden. Es sind aber immer noch 140.000, die kurzarbeiten. Und schon melden die grossen Automobilfirmen VW, Opel, MAN weitere Kurzarbeit an.

Das ist die Lage, und der deutsche Bundeskanzler Schmidt befand sie :"im ganzen nach wie vor gut."
Doch gut ist die Lage höchstens für Kapitalisten, die sich freuen, wenn sie lästige Konkurrenz verlieren, weil andere Kapitalisten Pleite machen. Für die Arbeiterklasse sieht die Lage umgekehrt aus. Für die Arbeiter, die keine Arbeit haben, Elend, weil das Arbeitslosengeld kaum für das Nötigste zum Leben reicht. Elend, weil die Arbeitsämter in erniedrigender Weise mit den Arbeitssuchenden umspringen. Doch das Elend der Arbeitslosen trifft nicht nur die Arbeitslosen, sondern die gesamte Arbeiterklasse. Denn die Rechtlosigkeit der Arbeiter im Betrieb wird unter der ständigen Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, doppelt spürbar, und die Kapitalisten nützen die Situation, um die Ausbeutung zu steigern und die Löhne zu drücken. Dazu brauchen sie gar nicht die Löhne zu kürzen, denn die Preissteigerungen erledigen den Lohnabbau automatisch.

Und gegen die Lohnforderungen ziehen die Kapitalistenklasse und alle ihre Funktionäre in Regierung und bürgerlichen Parteien mit der Drohung weiter steigender Arbeitslosigkeit ins Feld.

Aber nicht die Lohnforderungen der Arbeiterklasse sind die Ursache der Arbeitslosigkeit. Es ist eine Gesetzmässigkeit des Kapitalismus, von Krise zu Krise sich zu entwickeln, und periodisch immer wieder offene Not und offenes Elend über die Arbeiter und das Volk zu bringen. Gerade die Krise führt der Arbeiterklasse vor Augen, dass ihre Arbeitskraft unter den herrschenden Verhältnissen nichts ist als eine Ware. In Zeiten der Konjunktur werden die Arbeiter ausgepresst bis aufs Blut, und in der Flaute auf die Strasse geworfen. Das wird so sein, solange nach den Profitinteressen einiger Wenigen produziert wird, und nicht nach den Bedürfnissen der Mehrheit.

Aus: KVZ Nr. 17

Lloyds 'Pleite'

Ein bezeichnendes Licht auf die hemmungslose Geschäftemacherei der Finanzkapitalisten wirft die Schliessung der Londoner Lloyds-Filiale in Lugano (Schweiz). Diese Bank, eine der kleinsten der 163 Filialen des englischen Finanzgiganten, mit nur 20 Beschäftigten, hat innerhalb weniger Monate "Verluste" im Ausmass von 1,4 Milliarden Schilling erzielt. Das ist ein Viertel des Gesamtgewinns der Lloyds. Angeblich handelt es sich dabei um Devisenspekulationen, von denen die Londoner Geschäftszentrale behauptet, nichts davon zu wissen. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass hinter den angeblichen Verlusten in Wirklichkeit lukrative Schiebereien stehen.

AWG - Pleite :
Bankenkrach in Wien

Am 3.9. sperrte die Allgemeine Wirtschaftsbank AG in Wien wegen "Liquidationsschwierigkeiten" zu. Mit der Übergabe der Geschäftsaufsicht an den Staat erwirkte sich die mittelgrosse Privatbank des ehemaligen ÖVP-Ministers Krauland eine 6-monatige Stundungsfrist für alle Zahlungen. Zwei Wege stehen offen: entweder man findet einen grösseren Finanzhai, der die AWG aufkauft, oder sie wird liquidiert.

DER AWG-KRACH IST EIN SYMPTOM DER INTERNATIONALEN KRISE

SP-Minister Androsch beeilte sich, die Schliessung der AWG als einen "Sonderfall" zu bezeichnen, der nichts mit den Bankenkrachs in der BRD und Schweiz zu tun habe. Es sei "nicht um Fehlspekulationen im internationalen Devisengeschäft gegangen", erklärte Androsch, sondern um den Abzug einiger grossen Konten.

Gerade letzteres macht aber den Zusammenhang mit der weltweiten Krise deutlich. Denn die Herstatt-Pleite in der BRD hatte zahlreiche Banken veranlasst, ihre ausländischen Konten umzuschichten oder überhaupt einzuziehen, wie dies bei der AWG der Fall war: binnen kurzer Zeit wurden 150 Mio. Schilling abtransferiert.
Und das hat wiederum seine Gründe, in den dunklen Geschäften der AWG, die auch den ausländischen Finanziers nicht mehr vertrauenswürdig erschienen. 475 der 545 Mio. Schilling, die die AWG verliehen hatte, gingen an 23 der Bank nahestehenden Firmen, deren Besitzer Krauland ist. Von diesen Firmen sagen Fachleute des Kapitals, dass sie "nicht einmal die Hälfte" der an sie vergebenen Kredite wert seien (ECCO Nr. 34/1974). Und hier zeigt sich wieder die enge Verbindung mit der internationalen Krise: die Zahlungsunfähigkeit dieser Schwindelfirmen trieb die AWG auf den internationalen Kreditmarkt. Doch die Gespräche über eine Kreditspritze von einer US-Finanzgruppe platzten: "Ohne Krise wären sie schon Ende Oktober unter Dach und Fach gewesen", gab Geschäftsleiter Retek bekannt. Mag die SP-Regierung noch so sehr bemüht sein, den Krach als Sonderfall zu bagatellisieren, eines steht fest: der Zusammenbruch der AWG ist nicht einfach Folge von schmutzigen Geschäftspraktiken eines Kapitalisten, sonder vielmehr Folge und Resultat der internationalen Krise. In dieser Krise fressen die grossen Finanzhaie die kleineren, verschärft sich der wilde Konkurrenzkampf um die Aufteilung der auf dem Rücken der Arbeiterklassen gewonnenen Profite, gibt es nur Sieg oder k.o. Dabei sind es nicht nur Spekulationsgeschäfte grössten Ausmasses, die den Banken Riesengewinne bringen oder sie in den Bankrott schleudern können, wie es bei den BRD-Pleiten der Fall war. Auch die anderen Geschäfte der Finanzkapitalisten, von denen wenig ans Tageslicht gelangt, sind schmutzig und schwindlerisch genug, um Krache hervorzutreiben.
Diese schmutzigen Geschäfte verbinden die Schiksale vieler Kapitalisten miteinander. Sie sind eben Ausdruck des Imperialismus, der engsten und weltweiten Verbindung von Banken und Industrie und geschäfttreibendem Kapital. Der Untergang des einen kann dabei den Untergang vieler anderer bedeuten.

WER ZAHLT BEI SOLCHEN PLEITEN DRAUF ?

Eine andere Art, die Sache zu bagatellisieren, sind die Beruhigungen, dass kleine Sparer nicht betroffen wären. Die AWG hätte nicht Gelder der Werktätigen verschoben, sondern Grosseinlagen ande-

BANKENKRACH...

rer Banken, vor allem der Salzburger und Oberösterreichischen Landeshypothekenanstalten und der Ersten Österreichischen Spar-Casse, die "nicht in Form von Spareinlagen, sondern als Zwischenbankeinlagen" investiert haben.

Bankeinlagen sind nichts anderes als Gelder, die sich aus dem Ersparten der Lohnabhängigen einerseits, den Vermögen und ruhenden Geldern der Kapitalisten andererseits, zusammensetzen. Das Geld der Kapitalisten wiederum stammt aus den in Geld umgesetzten Werten, die die Arbeiter produziert und die Kapitalisten sich angeeignet haben. Ihre Geschäfte machen die Banken damit, dass sie diese auf verschiedenen Konten angelegten Gelder sammeln und als grosse Batzen an einzelne Kapitalisten verleihen, die mit diesem Geld das Feld ihrer Ausbeutung erweitern. So machen die Banken Geschäfte mit den Geldern der Werktätigen - seien es nun Ersparnisse vom Arbeitslohn, seien es den Lohnabhängigen abgepresste Gelder - , die den Kapitalisten zum Ausbau und zur Vergrösserung ihrer Betriebe dienen, Rationalisierungen ermöglichen usw. Die Gelackmeierten sind dabei immer die Lohnabhängigen. Daran ändert nichts, ob sie bei Pleiten direkt ihre Spargelder verlieren oder ob aus ihren Steuergeldern die Pleite vom Staat finanziert wird, wie es sich bei der AWG anbahnt. Und es steht wohl ausser Zweifel, dass sich der Hauptaktionär der AWG, Krauland, seine Schäfchen längst ins Trockene gebracht hat und an der Pleite noch mitverdient.

DIE AWG-PLEITE IST EINE NORMALE ERSCHEINUNG DER AUSBEUTERORDNUNG

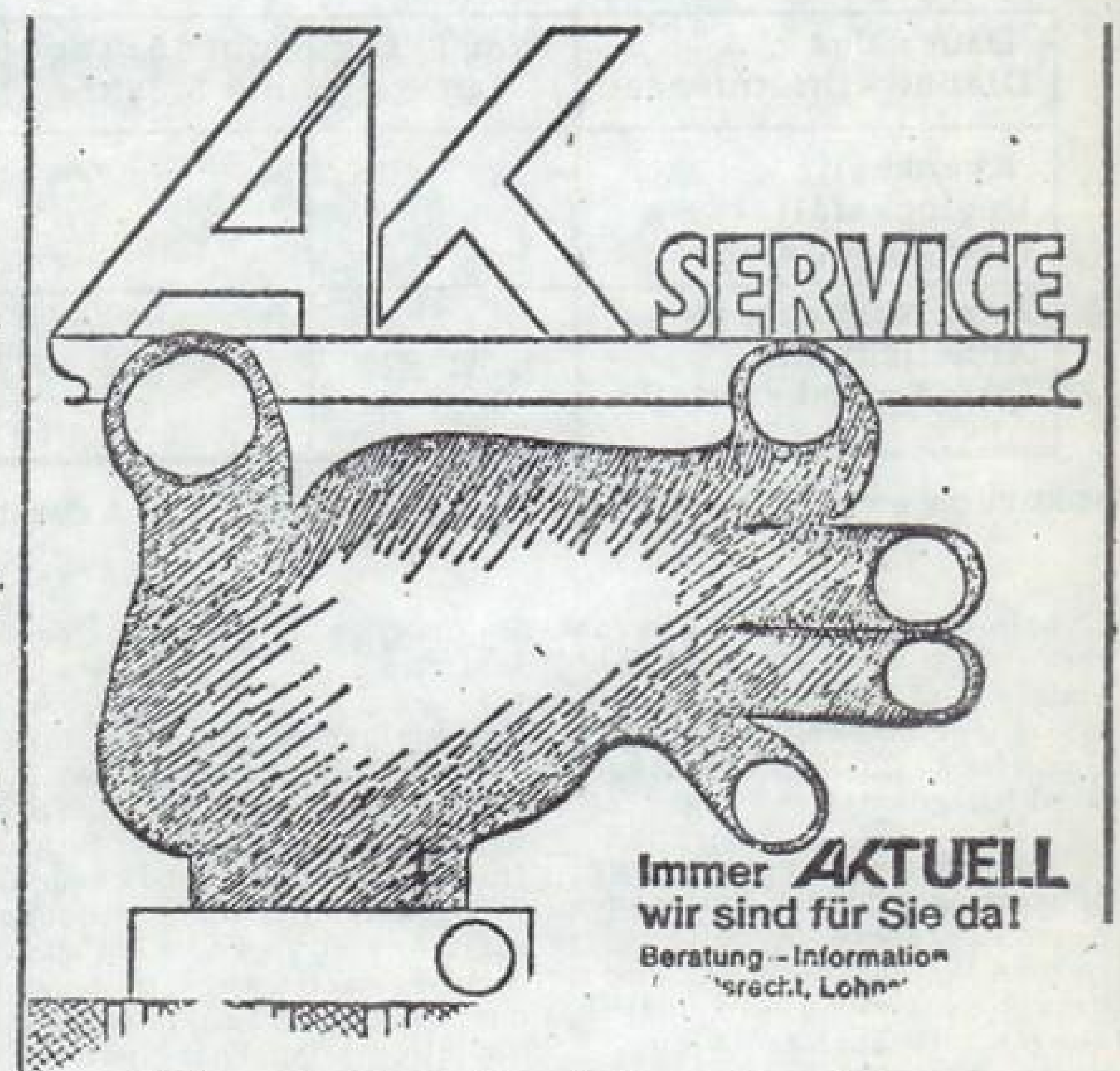
Solange die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestehen, wird es Banken, Spekulanten, Ausbeutung und Krisen auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes geben. Nur in der Aufhebung dieser Verhältnisse selbst, wenn die Arbeiterklasse und das Volk im Sozialismus die Produktionsmittel in die eigenen Hände nehmen, wird all diesen Profiteuren der Boden entzogen.

B. W.

AK-Konsumentenschutz ...

Im Juli 1974 kaufte die AK bei 39 der 77 Metzger und Fleischhauer in Salzburg - Umgebung Krakauerwurst und Schweinsbratwürstl ein und liess sie untersuchen. Ergebnis: von 66 Proben waren nur 7 einwandfrei, bei den meisten wurde fauliger Geruch und Geschmack, beginnende bakterielle Zersetzung und Verschimmelung festgestellt. Die AK erstattete daraufhin Anzeige, die ganze Sache kommt - wieder einmal - vor Gericht. Den Fleischern werden ein paar Tausender Geldstrafe aufgebrummt, sicherlich nicht zum erstenmal, und die Sache ist erledigt.

Die Konsumenten sind wieder "geschützt" worden. Die AK spielt sich als Schutzpatron auf und verspricht den Werktätigen, dass sie keine Kosten scheuen wird, weiterhin zu testen. Nun weiss jeder, dass die Qualität der Lebensmittel nie besonders gewesen ist und auch nicht besser wird durch ein paar Stichproben. Solange Lebensmittel produziert werden, um den Kapitalisten möglichst viel Profit abzuwerfen und nicht, um die Bevölkerung möglichst gut zu versorgen, solange wird es immer wieder faule Würste und andere faule Sachen geben. Das können auch die Würstltests der Arbeiterkammer nicht ändern.



Gelungene Selbstdarstellung der Arbeiter-Kammer : ein verkrüppelter Auswuchs des bürgerlichen Staates

Die Kammerherren aber verdrehen diese Tatsachen. Mit dem Aushängeschild des "Konsumentenschutzes" wollen sie den Werktätigen weismachen, dass sie mit ihren Stichproben für gute Qualität der Waren sorgen könnten; dass es nicht nach dem Profit, sondern nach der Qualität gehe; dass manchmal Waren faul sind und nicht das System.

b. w.

Volle Existenzsicherung im Krankheitsfall

Am 1. September trat das Gesetz zur Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle in Kraft. Das Gesetz räumt den Arbeitern nach zweiwöchiger Beschäftigungsdauer im Krankheitsfall Anspruch auf Bezahlung des vollen Lohnes in der Dauer von vier Wochen ein. Nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von fünf Jahren im gleichen Betrieb erhöht sich der Anspruch auf vollen Lohn auf sechs Wochen, nach 15 bzw. 25 Jahren auf 8 bzw. 10 Wochen. Bei einem Betriebsunfall oder einer Berufskrankheit besteht der Anspruch in den ersten 15 Jahren für 8 Wochen, dann für 10.

Die bürgerlichen Parteien feiern dieses Gesetz als soziale Grosstat, die ÖGB-Führung reklamiert es als Sieg für sich. Die Tatsachen zeigen jedoch: was für die Bourgeoisie und ihre Politiker ein Anlass ist, sich als Wohltäter des arbeitenden Volkes zu bejubeln, ist für die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen nur ein Grund mehr, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen.

- Obwohl ein Teil der bisherigen Lohnverluste im Krankheitsfall durch das neue Gesetz verhindert werden wird, bleibt grundsätzlich die Gefahr einer empfindlichen Verschlechterung der Lebenshaltung bei längerer Krankheit bestehen. Wer das Pech hat, länger als die ihm zugedachte Zeit krank zu sein, fällt wieder unter die alten bisher gültigen kollektivvertraglichen und betrieblichen Regelungen der Zusatzzahlungen zum Krankengeld.

- Die Staffelung des Anspruchs nach der Länge der Betriebszugehörigkeit widerspricht prinzipiell den Interessen der Arbeiter. Wie wenig sich ein Arbeiter die Dauer seiner Betriebszugehörigkeit aussuchen kann, zeigt sich gerade jetzt, da Entlassungen und Kurzarbeit, die meist nur der Vorläufer der Entlassungen ist, zunehmen. Dabei erwischt es besonders die älteren Kollegen. Sie sind einerseits einer erhöhten Gefahr längerer Erkrankungen ausgesetzt, die zwar meistens arbeitsbedingt sind, aber nicht als Berufskrankheiten anerkannt werden, andererseits können sie dem gestiegenen Leistungsdruck nicht mehr standhalten. Das bedeutet in der Regel so viel wie Verlust der Arbeitsstelle, oder noch höheres Risiko der Erkrankung.

- Die Schikanen durch Unternehmer und Versicherungsbürokratie werden weiter verschärft. Musste früher die Erkrankung nur zu Beginn dem Unternehmer mitgeteilt und bestätigt werden, so hat der Unternehmer nach dem neuen

Dauer des Dienstverhältnisses:	vom 1. Tag an	vom 15. Tag bis 5 Jahre	über 5 bis 15 Jahre	über 15 bis 25 Jahre	über 25 Jahre	Wenn Jahresrahmen ausgeschöpft
Krankheit/ Unglücksfall (pro Arbeitsjahr)	0	4	6	8	10	je nach KV
Berufskrankheit/ Arbeitsunfall (pro Krankheitsfall	8	8	8	1o	10	---

Anspruch auf Entgeltfortzahlung in Wochen für Arbeiter

Gesetz das Recht, den Erkrankten immer wieder zur Ablieferung von neuen Krankheitsbestätigungen zu zwingen. Die Bespitzelung durch die Kassen wird fortgesetzt.

- Der § 82 h der alten Gewerbeordnung, der die Entlassung eines erkrankten Arbeiters nach 4 Wochen zuliess, wurde zwar abgeschafft, Kündigungen sind aber trotzdem nicht ausgeschlossen.

- Die als 'Lohnfortzahlung' bezeichneten Krankengelder werden nur zum Teil von den Kapitalisten finanziert (sie zahlen 3, 8 % der Beitragsgrundlage der Pensionsversicherung des Arbeiters). 80 Millionen pro Jahr schiesst die Unfallversicherung zu, Bund und Krankenkassen zahlen in den ersten zweieinhalb Jahren 1,45 Milliarden dazu.

- Die Auszahlung liegt in der Hand des Kapitalisten. Weiterhin kann die Auszahlung mit der Begründung der "Selbstverschuldung" verweigert werden.

- Die Angleichung an die ebenfalls ungenügende Regelung für die Angestellten - sie haben um jeweils 2 Wochen mehr Anspruch - wurde nicht einmal formal erreicht, sondern der Unterschied noch einmal gefestigt.

Das vielgepriesene Reformwerk -so zeigt sich - entspricht in kaum einer Frage den Interessen der Arbeiter. Eine Reform im Interesse der arbeitenden Menschen kann von der Bourgeoisie und ihren Parteien auch nicht erwartet werden, sondern nur von der Arbeiterklasse und allen Lohnabhängigen erkämpft werden. Dieser Kampf muss aufgenommen werden um die Forderungen:

- **KRANKENGELD FÜR DIE GESAMTE DAUER DER ERKRANKUNG IN DER VOLLEN HÖHE DES LOHNES FÜR ALLE LOHNABHÄNGIGEN !**
- **BESTREITUNG DER KRANKENGELDER AUSSCHLIESSLICH AUF KOSTEN DER KAPITALISTEN !**
- **VOLLER KÜNDIGUNGSSCHUTZ FÜR DIE GESAMTE DAUER DER ERKRANKUNG !**

K.T.

Aus der bürgerl. Rechtssprechung

Das Schiedsgericht Steiermark (14 C 34/63) stellte aus der Erfahrung des täglichen Lebens schöpfend fest: "Das Verrichten der Notdurft dient ausschliesslich der Befriedigung eines persönlichen Bedürfnisses und zählt nicht zu den Betriebstätigkeiten, sondern zu den diesen gegenüberstehenden eigenwirtschaftlichen Tätigkeiten". "Während einer solchen Tätigkeit ist grundsätzlich die Beziehung zum Betrieb gelöst". Auch in diesem Zusammenhang notwendige Wege seien daher privater Natur und nicht unfallgeschützt, es sei denn, eine Betriebseinrichtung - etwa ein gerade vorbeifahrender Kran, der den Eilenden erfasst - hätte beim Entstehen des Unfalles wesentlich mitgewirkt.

*

Wenn ein herzleidender Versicherter bei der Beteilung an einer Brandbekämpfung vom Schlag gestreift wird, gilt dies als Arbeitsunfall (Schg. Bgld. 19. 9. 1962, 1 C 11/61). Einem Arbeiter hingegen, der nach schwerer Arbeit um 18 Uhr zu Bett geht und am nächsten Morgen zeitlich früh einen Herzkollaps erleidet, wird der Kausalzusammenhang zwischen Arbeit und Krankheit nicht mehr zugebilligt. (SchG NÖ., 31. 10. 1962, 2 C 120/62).

*

Hintertürchen für die Kapitalisten

Während den Arbeitern und Angestellten die Lohnsteuer gleich vom Lohn abgezogen wird, haben die Kapitalisten genug Möglichkeiten, sich um Steuern zu drücken.

- Sie beschäftigen ein Heer von Steuerberatern zum Frisieren ihrer Steuererklärung.
- Sie können die Steuerzahlungen auf Jahre hinaus verzögern. 1973 betrugen die Steuerschulden der Kapitalisten 5, 5 Milliarden Schilling.
- Ihnen stehen die verschiedensten Abschreibungsmöglichkeiten offen. Nach Angaben der Arbeiterkammer betrugen 1973 die Abschreibungen, für die sie keine Steuern zahlten, 52,1 Milliarden Schilling.

Auch sonst sind die Kapitalisten sehr erfinderisch, wenn es darum geht, sich um Steuerzahlungen zu drücken. Ein Beispiel für solche Steuertricks gab es letzten Monat in Hallein.

Es ging um die Zwangsversteigerung eines Grundstücks mit Haus. Bei der Versteigerung zeigte sich, dass der Besitzer der versteigerten Liegenschaften, Herr L., vom selben Anwalt vertreten wurde wie die Firma I., die das Objekt unbedingt ersteigern wollte und auch gleich alle anderen Interessenten abschreckte, indem sie bekannt gab, dass sie das ganze um einen lächerlich geringen Preis gemietet hatte. Als die Anwesenden merkten, dass hier eine ausgemachte Sache über die Bühne lief, wollte sich natürlich niemand mehr beteiligen. Die Firma I. schob das ganze zum halben Schätzwert ein, und der Richter gab das Ende der Versteigerung bekannt.

Auf diese Weise ging das Grundstück, dass auf mehr als 6 Millionen S geschätzt wird, um 3 Millionen S in den Besitz der Firma I. über. Sie muss also nur für 3 Millionen S Steuern und Abgaben zahlen.

Hätte die Firma I. das ganze um den halben Wert gekauft, anstatt es "hochoffiziell" zu ersteigern, so hätte das zu Nachforschungen der Finanzbehörde führen können.

Die bei der Versteigerung Anwesenden kamen sich wie billige Statisten vor und gingen verärgert weg. Im Hinausgehen meinten einige, dass man sich so als Unternehmer eine ganz schöne Stange Geld an Steuern sparen kann, wenn man nur die nötigen Hintertürchen kennt. Wenn man aber kein Unternehmer ist, kann man seine Steuern schön brav blechen und zuschauen, wie solche Leute durch die grossen Maschen der Steuergesetze marschieren.

-rt/Red.

SPENDENAUFRUF

Wir fordern alle, die unsere Anschauungen teilen, auf, unsere politische Arbeit durch Spenden zu unterstützen.

KONTO: 2342184 Landes-Hypothekenanstalt Salzburg
oder 1180 Sparkasse Hallein

Lohnrunde ...

FORTS. v. SEITE 1

Kapitalisten sich durch den Druck aus den Betrieben gezwungen sahen, die Stillhalteperiode aufzugeben und Lohnverhandlungen aufzunehmen. Ohne Widerstand der Gewerkschaft gelang es ihnen damals, Lohnraubabschlüsse durchzusetzen.

Und das tritt noch deutlicher zutage bei der Vorbereitung der jetzigen Lohnrunde: für die Kapitalisten geht es darum, die begonnene Lohnraubpolitik abzusichern und noch weiter voranzutreiben. Die SP-Regierung hat schon seit Jahresbeginn alles getan, um den bevorstehenden Abschluss in die Bahn ihrer Stabilitätspolitik zu zu lenken. Und die Fachgewerkschaftsspitze hat nicht nur durch die mutmassliche Höhe ihrer Forderung und die beispielslose Geheimhaltetaktik zu verstehen gegeben, dass sie die Lohnraubpolitik sanktioniert: Sekanina sprach offen davon, dass bei den kommenden Abschlüssen Arbeitszeitverkürzung und Lohnsteuerreform berücksichtigt werden müssten. Dieses "Argument" hat aber nicht Sekanina erfunden, nein, - vor ihm haben bereits die Versicherungsunternehmer einen um 7,5 % niedrigeren Abschluss als von der Gewerkschaft gefordert durchgesetzt und mit der Einrechnung von Arbeitszeitverkürzung ab 75 (minus 4,5 %) und Lohnsteuerreform (minus 3 %) begründet.

JEDER WEITERE "STABILITÄTSABSCHLUSS" BEDEUTET VERSTÄRKTEN REALLOHNABBAU UND SCHLECHTERE KAMPFBEDINGUNGEN

Gelingt es den Kapitalisten, heuer wiederum Lohnraubabschlüsse durchzusetzen, dann wird die Arbeiterklasse von der Inflation in noch weit stärkerem Ausmass getroffen als bisher. Denn schon der letzte KV (12,5 %) hat bei seinem Inkrafttreten die Teuerung nicht ganz abgegolten. Vom Jänner 74 bis September 74 hat aber die Inflation über 1.100 Schilling vom Lohn weggefressen. Auf diese Summe kommt man, wenn man die von der Wiener Arbeiterkammer für 1972 berechneten durchschnittlichen Jahresausgaben eines Arbeiterhaushaltes mit dem offiziellen Verbraucherpreisindex des Statistischen Zentralamtes vergleicht. Das ergibt bei den jetzigen Preissteigerungen eine monatliche Einbusse an Lohn von ca. 140S (für Salzburg liegt die genaue Summe noch höher, wegen des höheren Preisniveaus).
Der kommende KV wird aber sicher nicht vor Oktober ausgehandelt und wirksam werden; er müsste also ca. 1.000 bis 1.500 Schilling netto mehr pro Monat bringen, um überhaupt die vorangegangene Teuerung abzugelten. Dann wäre aber immer noch keine Rede von einer Lohnerhöhung, um die Teuerung in der Laufzeit des neuen KV abzufangen. Die 12 %, die Benya Ende August prophezeite, brächten aber netto keine 8 %; für sehr viele Kollegen in den unteren Lohngruppen wären das unter 400 Schilling pro Monat, also weniger als ein Drittel von dem, was die Kapitalisten den Arbeitern ohnehin aus der Tasche gezogen haben.

Neben dem Kollektivvertrag, der den Lohn regelt, geht es auch um Bestimmungen des Rahmen-Kollektivvertrags, der Fragen der Arbeitsbedingungen, Laufzeiten, Akkordvereinbarungen u.ä. enthält. Aber anstatt der verschärften Arbeitshetze einen Riegel vorzuschieben und den Erhalt der Arbeitskraft zu sichern, haben bis jetzt noch alle KVs der Arbeitshetze Tür und Tor geöffnet. Anstatt Raum zu schaffen für die Entfaltung der Kampfkraft der Arbeiter, behindern und erschweren solche Abschlüsse den einheitlichen Kampf.

- Insbesondere die von der Gewerkschaftsführung auch heuer wieder angestrebten Prozentforderungen tragen den Keim der Spaltung schon in sich. Unter solchen Forderungen ist das Herstellen einer einheitlichen Kampffront nahezu unmöglich, denn jede Lohnerhöhung treibt da den Keil der Spaltung zwischen höheren und niedrigeren Lohngruppen noch tiefer in die Belegschaft hinein.
- Jede Festlegung von Mindestlaufzeiten beeinträchtigt selbständige Lohnkämpfe. Die meisten KVs werden auf ein Jahr abgeschlossen, dazu kommt dann noch eine dreimonatige Kündigungsfrist. Immer versuchen Kapitalisten und bürgerliche Gewerkschafter, selbständige Bewegungen mit Hinweis auf den laufenden KV abzuwürgen.
- Nach jedem KV hat sich bis jetzt noch die Kluft zwischen den festgelegten KV-Löhnen und den bezahlten Ist-Löhnen vergrössert. Gegenwärtig werden die KV-Löhne in Österreich um durchschnittlich 34,2 % überzahlt, ohne dass bei dieser Lohnrunde eine Änderung zu erwarten wäre. Die Kapitalisten können so im Falle einer Krise oder höherer Arbeitslosigkeit völlig "legal" die Löhne um mehr als ein Drittel kürzen! Ausserdem erschwert das von Betrieb zu Betrieb höchst unterschiedliche Lohnniveau die Herstellung einer überbetrieblichen Kampffront.

All das zeigt klar: KV-Abschlüsse nach dieser Fasson



"Alles war sehr privat" Benya über sein Stelldichein mit Sallinger und Schleinzer Ende August.

sind keine Waffe gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten, sondern führen nur dazu, dass die Löhne hinter den Preisen ständig weiter zurückbleiben. Sie haben nicht den Effekt, dass die Arbeiterklasse sich im Kampf um den KV fester gegen die Unternehmer zusammenschliesst, sondern behindern im Gegenteil den einheitlichen und selbständigen Kampf.

DIE EINHEIT UND SELBSTÄNDIGKEIT DER ARBEITER IST IM LOHNKAMPF DAS WICHTIGSTE !

Der Kampf um den Lohn und für die Erhaltung der Arbeitskraft ist eine zu wichtige Sache, als dass die Arbeiter sie den klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsführern überlassen könnten. In dem Masse, [illegible] von der ÖGB-Spitze vertretene Politik der Sozialpartnerschaft den Abgrund zwischen dem "was in der Wirtschaft drinnen ist" (Benya) und dem, was die Arbeiter brauchen, immer offensichtlicher und handgreiflicher werden lässt, gehen mehr und mehr Arbeiter den Weg des selbständigen Kampfes. Die Streiks der Judenburger Gussstahlarbeiter, der 1300 Arbeiter von Böhler-Ybbstal, der HUKLA-Streik und andere selbständige Kampfmassnahmen haben der ganzen Arbeiterklasse gezeigt, worin ihre Stärke besteht: in der Einheit und Selbständigkeit!
Nur auf einer solchen Grundlage, der Grundlage des Klassenkampfs, kann die Arbeiterklasse den Kapitalisten erfolgreich entgegentreten. Nur auf diesem Weg kann die Arbeiterklasse Kräfte sammeln, die notwendig sind, um den Kampf um den Lohn weiterzutreiben zum Kampf um die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit überhaupt.
Die in den selbständigen Kämpfen gewonnene Kraft und Einheit kann aber nur von Dauer sein, wenn es gelingt, sie in die Gewerkschaften hineinzutragen und dort abzusichern. Alle klassenbewussten Kollegen müssen dazu schon heute in der Gewerkschaft für die Politik des Klassenkampfs eintreten und sie in allen Fragen der Politik der bürgerlichen Gewerkschaftsführer entgegenstellen.
Auf Betriebsversammlungen gilt es, Forderungen nach ausreichenden, linearen Lohnerhöhungen zu beschliessen, den Kampf dafür zu organisieren und Unterstützung durch die Gewerkschaft zu verlangen.

Es ist dies der einzige Weg, sowohl um den geplanten "Stabilitätsabschlüssen" entgegenzutreten, als auch um die Gewerkschaften und damit das Kollektivvertragswesen wieder zu einem Instrument der Arbeiterklasse zu machen.

8.9.74/gez

AK — Unternehmenspolitik

"Die Arbeiterkammer wurde geschaffen, um den Arbeitern und Angestellten zu dienen ", wirbt die Arbeiterkammer für das Bildungsprogramm ihres Berufsförderungsinstituts. Und als besonderen Dienst bietet sie der Arbeiterklasse an: "Probleme der Unternehmenspolitik" - einen Kurs für das Top-Management.

BLECKMANN:
Rund ein Viertel der Belegschaft gekündigt!

Ende August haben bei Bleckmann wieder 60 Kollegen das Kündigungsschreiben erhalten. Zusammen mit den Kündigungen vom Februar sind damit heuer in drei Etappen schon mehr als 80 Arbeiter an die Luft gesetzt worden. Weitere Kündigungen stehen unmittelbar bevor.

Dabei wurden nach den Kündigungen im Februar wieder neue Arbeiter eingestellt. "Arbeiteraustausch" hat die Betriebsleitung damals zynisch auf die Kündigungen geschrieben. Das bedeutete, dass ältere oder von der Akkordschinderei bereits gesundheitlich angegriffene Kollegen auf die Strasse gesetzt und unverbrauchte Kräfte eingestellt worden. Da sich die neuen, in Akkordarbeit meist unerfahrenen jugoslawischen Kollegen durch ständige Stoppungen viel leichter einschüchtern liessen, stiegen daraufhin die Akkordsätze noch mehr als bisher.

Die Kündigungen in den letzten Wochen wurden mit Arbeitsmangel begründet; tatsächlich gibt es seit Jänner weniger Arbeit als 1973. Um trotz des Auftragsrückganges den Profit ins Trockene zu bringen, kürzen die Kapitalisten jetzt radikal die Lohnkosten, indem sie Schritt für Schritt Kollegen "abbauen" und aus der übrigen Belegschaft das Letzte herauspressen. Während die einen entlassen wurden, stieg die pro-Kopf-Produktion der anderen trotz Auftragseinbussen erheblich.

Genau wie vor ein paar Monaten bei Körting, beginnt man jetzt bei Bleckmann, die Firmenbusse zu reduzieren. Bereits 4 Busse sind nicht mehr im Einsatz. Dies hat zur Folge, dass sich die Wegzeiten vieler Kollegen bis zu ihren Abholplätzen erheblich verlängern. Für diese heisst das: noch früher aufstehen, mehr tote Zeit, weniger Freizeit. Dadurch zwingt die Firmenleitung manche Pendler, selbst zu kündigen.

Die Bleckmann-Kapitalisten werden auch in Zukunft nicht zögern, die Flaute auf die Rücken der Arbeiter abzuwälzen. Wie man hört, soll von der Betriebsführung bereits Kurzarbeit durchkalkuliert werden. Die Kollegen fragen sich, wie das weitergehen soll. Keiner weiss, ob er nicht als nächster gekündigt wird, ob nicht schon morgen die Akkordsätze wieder hochgehen.

Gerade die Akkordhetze spielt die Akkordarbeiter sowohl gegeneinander aus als auch als Gruppe gegen die übrige Belegschaft, und erschwert jeden Kampf um gemeinsame Interessen. Eine Kollegin hat das treffend formuliert: "Wie sollen wir im Akkord überhaupt den Kampf aufnehmen? Dazu muss man mit anderen im Betrieb reden. Im Akkord aber hat man dafür einfach keine Zeit!"

IM KAMPF GEGEN KÜNDIGUNGEN UND ARBEITSHETZE IST DIE EINHEIT DAS WICHTIGSTE

Bisher wurden hauptsächlich jugoslawische Arbeiter gekündigt. Die Entlassungen treffen die ausländischen Arbeiter besonders hart. Sie bedeuten meist das Ende der Aufenthaltsgenehmigung. In der Hochkonjunktur holen sich die Kapitalisten die Ausländer, in der Flaute schieben sie sie mit Hilfe der Regierung einfach wieder ab.

Der Betriebsrat hat bisher nur bei einigen österreichischen Kollegen von seinem Einspruchsrecht Gebrauch gemacht. Auch hat er jeweils nur die betreffenden Kollegen verständigt, nicht aber die gesamte Belegschaft. Dies zeigt eindeutig, auf welcher Seite der Betriebsrat steht. Er versucht, einen einheitlichen Widerstand der Arbeiter erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Um ein gemeinsames Vorgehen der Belegschaft herzustellen, ist es wichtig: für die bevorstehende Betriebsversammlung zu den brennendsten Fragen wie Akkordarbeit, Stoppungen, Kündigungen usw. zu diskutieren und entsprechende Forderungen aufzustellen.

Aufbaukollektiv Bleckmann
8. 9. 74

Muß Möbelfabrik Albrecht zusperren?

Annähernd 20 Entlassungen sprach die in Hallein ansässige Möbelfirma am 4. 9. aus. Die Akkorde wurden heruntergesetzt (sprich: weniger Verdienst) und es ist davon die Rede, dass das Werk überhaupt geschlossen wird, weil die Nachfrage zurückgeht und die Konkurrenz um Absatzmärkte sich gewaltig verschärft. Eine ungewisse Zukunft also, der die ungefähr 150 Beschäftigten entgegensehen. Aufträge soll es nur mehr für die nächsten 14 Tage geben, die Auslieferungslager sind voll. Noch vor gar nicht langer Zeit waren durch Zeitungsinserate für Albrecht-Transporte Fahrer gesucht worden; heute ist ein Teil der Fahrzeuge bereits nicht mehr im Einsatz, wie ein Kollege berichtet.

Der Fall Albrecht steht nicht allein. Wenn man nur die grösseren Salzburger Industriebetriebe hernimmt, so ist es vor dem Sommer zu grösseren Entlassungen bei Körting/Grödig und erst vor kurzem bei Bleckmann/Salzburg gekommen. Was heisst das für die Arbeiter? Einerseits darf man solche Entlassungen nicht ohne Widerstand hinnehmen, denn neue und gleichwertige Arbeitsplätze zu finden wird schwerer werden, und mit dem Arbeitslosengeld durchkommen zu müssen, bringt grosse Schwierigkeiten für jede Familie und für jeden Einzelnen. Andererseits können die Arbeiter im Kapitalismus das Zusperren einer Firma, die unter dem Konkurrenzdruck zusammenbricht, nicht verhindern. Einen gesicherten Arbeitsplatz kann es erst im Sozialismus, also erst nach einer grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzung der heutigen Verhältnisse geben.

j. p.

EMCO-Hallein:
5 Groschen mehr...

Bei Maier & Co gibt es mindestens zwei Arten von Zahlungen, die für mehrjährige Betriebszugehörigkeit gewährt werden. Das eine sind gestaffelte Stundenlohnerhöhungen, die in den ersten 5 Jahren jeweils 5 g (in Worten: fünf Groschen) pro Stunde ausmachen, 5 - 10 Jahre: 10 g, 10 - 15 Jahre: 15 g...

5 g mehr pro Stunde sind ganze 9 öS brutto mehr im Monat, netto ungefähr 6 öS, also gerade zwei Kaffee aus dem Automaten.

Nach 10 Jahren sind es 'schon' 75 g Erhöhung, die sich zusammengeläppert haben. Freilich wird man der Firma die paar Groschen und Schilling nicht schenken. Aber man muss erkennen, dass diese Zuschläge materiell so gut wie nichts bringen und gleichzeitig die Spaltung vertiefen, wenn dann Fälle bekannt werden, wo trotz gleichlanger Beschäftigung und gleicher Arbeit der Lohnunterschied zweier Kollegen grösser ist als die ganzen Zulagen, die im Laufe der Jahre zusammengekommen sind.

Es ist unschwer zu erraten, dass diese Zuschläge nicht von Arbeitern erfungen wurden, und es lässt sich auch kein Kampf um ihre Erhöhung oder sowas führen, weil ja jeder - je nach Länge der Beschäftigung bei der Firma - andere Interessen vertreten würde. Im Gegenteil, gerade solche von oben ausgetüftelten Lohndifferenzen sollten uns den Weg zeigen, den wir durch Aufstellung einheitlicher Lohnforderungen für alle gehen müssen. Nur dabei wird etwas herausschauen für ältere und jüngere Kollegen.

Das zweite sind die jährlich einmal ausbezahlten Prämien, die nach 10 Jahren schliesslich 1300 S betragen und eine angenehme Ergänzung zu Weihnachten sind. Umgekehrt, wenn mann überlegt, wäre heutzutage gerade eine monatliche Erhöhung der Löhne um 1300 S für jeden angemessen. Weiters sind die Jahresprämien weniger Treueprämien, sondern vielmehr Halteprämien, denn wer von der Firma weggeht, muss die letzte Prämie zurückzahlen.

Völlig zu recht werden diese Sachen vielfach als Fopperei und Fangerei bezeichnet und durchschaut.

Betriebskollektiv
Maier & Co

Versicherungsbranche: 14,5 % sind Lohnabbau!

Mit 30. 6. 1974 ist das seit März 1973 gültige Stillhalteabkommen für die Versicherungsangestellten abgelaufen.

Die ständig steigenden Preise, die Steuerprogression und das geltende Gehaltsschema mit einem Anfangsbezug von S 2.840 brutto monatlich (!) hat zu steigendem Unmut unter den Kollegen geführt.

So stellten über 400 Kollegen der Ersten Allgemeinen in Wien auf einer Betriebsversammlung den Antrag auf eine lineare Gehaltserhöhung von mindestens S 1.500 für alle gleich. Der dort anwesende Gewerkschaftssekretär Labes versuchte, die Kollegen gegeneinander auszuspielen (ältere gegen jüngere Koll.), aber der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

VORGEHEN DER VERANTWORTLICHEN HERREN IN DER GEWERKSCHAFT

Den führenden Herren in der Gewerkschaft war sofort klar: zu einer linearen Forderung für alle gleich darf es nicht kommen; diese Forderung macht jeden einsichtig, wofür er kämpft, sie stellt eine Einheit unter den Kollegen her.

So wurde, teilweise mit Erfolg, die Verbreitung dieser Forderung unter sämtlichen Angestellten der verschiedenen Versicherungsanstalten verhindert.

Der Vorstand der Sektion Versicherung der Gewerkschaft für Privatangestellte stellte im Mai die Forderung von S 800 für alle und 15 % auf den Grundgehalt.

Diese Forderung wurde von noch höheren Gewerkschaftsfunktionären in eine Prozentforderung von 24,69 % umgewandelt, mit der Begründung, die ursprüngliche Forderung wäre nicht stabilitätsbewusst. Mit dieser Prozentforderung, die für jeden etwas anderes bedeutet, sollte die Kollegenschaft gespalten werden, sollte verhindert werden, dass die Kollegen geschlossen und einheitlich hinter einer Forderung stehen.

Diese Forderung wurde vom Versicherungsverband als utopisch abgelehnt. Das Gegenangebot lautete auf 12,5 % ab 1.7.74 und 5 % ab 1.1.75.

KAMPFBEREITSCHAFT UNTER DEN VERSICHERUNGS-ANGESTELLTEN

Die Bereitschaft der Kollegen in der gesamten Versicherungsbranche, ihre Interessen durchzusetzen, zwang die Gewerkschaftsführung, in allen Versicherungsanstalten über das Angebot des Versicherungsverbandes abstimmen zu lassen.

Fast überall lehnten die Versicherungsangestellten das Angebot ab; und nach einer Verhandlungspause wurde auf Betriebsversammlungen in allen Versicherungsanstalten die Ablehnung dieses Angebotes bestätigt.

Den Gewerkschaftsführern war zu diesem Zeitpunkt klar, dass sie nur durch schnelles Zustimmen zu einem Kompromiss dem Druck der Kollegen entgehen kann.

So wurde am 29. 7. 1974 nach kurzen Verhandlungen der Lohnabbauabschluss perfekt: 14,5 % auf das Schema und Vorrücken in die nächste Gehaltsstufe.

Das heisst, der Gewerkschaftsführung ist es nocheinmal gelungen, die lineare Forderung abzuwürgen, dagegen anfangs eine hohe Prozentforderung zu stellen und schliesslich einem Abschluss zuzustimmen, der nicht einmal die ständig steigenden Kosten deckt, die man zum Leben braucht. Andererseits haben viele Kollegen erkannt, dass sie sich in Zukunft nicht auf die Gewerkschaftsführung verlassen können, sondern dass nur der gemeinsame einheitliche Kampf um die eigenen Interessen erfolgreich sein wird.

mm

Erste Allgemeine Wien: Kollege fristlos entlassen

DAS RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG MIT FÜSSEN GETRETEN!

Bei einer Betriebsversammlung am 30.7.1974 anlässlich der Kollektivvertragsverhandlungen hat Kollege P.F. vor ca. 400 Kollegen einen Abteilungsleiter deshalb kritisiert, weil ihn dieser häufig wegen seines Eintretens für die Interessen und Rechte der Kollegenschaft mit der Beendigung seiner Karriere, mit der Lage seiner Familie usw. unter Druck gesetzt hat.

So wurde ihm gedroht, als er anlässlich der Gehaltsverhandlungen im Frühjahr 1973 eine Resolution für eine ausreichende Gehaltserhöhung auf der Betriebsversammlung einbrachte und diese von ca. 450 Kollegen einstimmig angenommen worden war.

So wurde ihm gedroht, als er im Frühjahr 1974 ebenfalls auf einer Betriebsversammlung eine Resolution für eine Teuerungsabgeltung von S 3.000,- für alle gleich einbrachte, diese einstimmig angenommen worden war und die Direktion unter dem Druck der Kollegenschaft einen Teil dieser Forderungen erfüllen musste.

Der auf der Betriebsversammlung gestellte Antrag, auf S 1.500,- linear für alle gleich im Hinblick auf die Gehaltsverhandlungen, vom überwiegenden Teil der Kollegenschaft angenommen, war neuerlicher Anlass zu Drohungen.

Gans besonders ein Dorn im Auge war den Herrn Unternehmern aber die politische Einstellung des Kollegen P.F. Er war als Kommunist bekannt, hat Kollegen den "Klassenkampf", die Zeitung des KB Wien, verkauft und wurde von einem Abteilungsdirektor als "atypisch" bezeichnet. Für die Unternehmer ist das atypisch, weil es ihre Profit- und Machtpläne durchkreuzt; für viele Angestellte aber war sie richtig.



"Hat er etwas gestohlen?" - "Viel schlimmer: Er ist Vertrauensmann und Kommunist!"

... mit vielen Diskussionen über gewerkschaftliche und politische Fragen geführt. Eine politische Haltung, die von der Sache der Arbeiter und Angestellten ausgeht und den Sozialismus zum Ziel hat,

Solche Kollegen aber, wollen die Kapitalisten nicht haben und suchen ständig nach einem Anlass, sie zu feuern.

Die Kritik auf der Betriebsversammlung am 30.7. 74

haben sie zum Anlass genommen. Sie leiteten ein Disziplinarverfahren ein, bestritten, je gedroht zu haben und gaben so der Disziplinarkommission - sie bestand aus 3 Unternehmervertretern und 2 Kollegen des Betriebsrates - mit einfacher Stimmenmehrheit den Anlass, die strafweise Entlassung zu empfehlen. Diese Empfehlung wurde von der Direktion wahrgemacht und der Kollege wurde am 12. 8. 74 fristlos entlassen.

Damit hat die Direktion mehrere Probleme gelöst !

- die Vertrauensleute haben ihren selbstgewählten Obmann verloren und sollten damit eingeschüchtert werden
- die kommende Betriebsratswahl, für die dem Kollegen P. F. viele Kollegen ihre Unterstützung zugesagt haben, wird glatt und im Interesse der Kapitalherrn über die Bühne gehen
- man hat ein Exempel statuiert, um die Kollegenschaft einzuschüchtern und die aufkeimende Einheit und Geschlossenheit beim Eintreten um die eigenen Interessen zu unterlaufen.
- man hat den Betriebsräten - die weitgehend richtig gehandelt haben - und der Belegschaft zeigen wollen, wer die Macht hat und wie sie ausgeübt wird.

Aber der Grossteil der Kollegenschaft hat das wahre Gesicht der Kapitalisten erkannt. Ihr Gerede von Meinungsfreiheit, sowie von der Freiheit der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung im Betrieb ist nur solange zu hören, solange sie ohne Widerstand ihre Profitinteressen durchsetzen können.
Beginnen sich die Kollegen zusammenzuschliessen und ihre eigenen Interessen zu vertreten, setzen sie alle Hebel in Gang, um das zu verhindern.
War die Kollegenschaft und der Betriebsrat auch jetzt noch zu schwach, um geschlossen gegen diese Angriffe aufzutreten und die Entlassung zu verhindern, so haben die meisten ein Stück dazugelernt. Sie werden wie alle Arbeiter und Angestellten für die Forderung der Kommunisten nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb eintreten müssen, um für die eigenen Interessen kämpfen zu können

Korrespondenz eines Genossen des KB Wien

Korrespondenz einer Textilarbeiterin

Gerade in der Textilbranche arbeitet der überwiegende Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter in Kleinbetrieben. Die Kampfbedingungen sind oft schlecht, und nur sehr wenige sind gewerkschaftlich organisiert. Dass sich letzteres nur langsam ändert, liegt vor allem an der klassenversöhnlerischen Politik der Gewerkschaft selbst. Diese kleinen Betriebe haben einen schweren Stand in der Konkurrenz gegen die grossen Textilfirmen. Umso mehr saugen diese Kapitalisten "ihre" Arbeiter bis auf Blut aus und in vielen Fällen ist ihnen kein Betrug und keine Schikane zu dreckig, um die Arbeiter im nachhinein noch um ein paar Schilling zu prellen. Alle gewerkschaftlichen und politischen Rechte versuchen sie den Arbeitern zu verweigern, oft dürfen Gewerkschaftsfunktionäre nicht in den Betrieb, und es gibt keinen Betriebsrat bzw. keine Vertrauensleute. Und die Arbeiter in solchen Betrieben nehmen ihre miese Lage oft hin, weil sie sich "mit dem Chef verbunden fühlen" und in ihm nicht den Ausbeuter und Klassenfeind sehen. So eine Haltung wird von den Kapitalisten auch sehr gefördert, und sie versuchen, durch patriarchalische Verhältnisse den Klassengegensatz im Betrieb zu verschleiern. Die Arbeiter dürfen sich aber nicht für den Konkurrenzkampf der kleinen Kapitalisten gegen die grossen einspannen lassen. Jeder muss in seinem Betrieb gegen seinen Ausbeuter kämpfen, die Arbeiter dürfen nur die Interessen der Arbeiterklasse zum Massstab ihres Handelns machen.

Red.

Ich bin seit einem halben Jahr bei der Firma Sch. (Wien 4. Bezirk) als Zuschneiderin beschäftigt. Genäht werden die meisten Sachen dann in Lohnwerkstätten und von Heimarbeiterinnen. Sie arbeiten rein für Stücklohn (also kein Grundlohn und Durchschnitt wie beim Akkord!) und dieser ist sehr gering. Am ärgsten ist es bei den Heimarbeiterinnen, sie werden wirklich bis aufs Blut ausgesaugt. Die Lohnverrechnerin von den Heimarbeitern hat mir erzählt, dass sie sich geniert, wieviel so eine Frau bringt und wie wenig sie dafür kriegt. Sie kriegen z. B. für einen ganzen Schianzug (3-fach, Futter, Watte, Nylon zu nähen) 14S und brauchen dazu aber sicher mehr als eine Stunde. Für 100 Schürzen (1 Woche) kriegen sie pro Stück 4,- bzw. 6,-S. Da kann man sich die Stundenlöhne ausrechnen, die sind wirklich eine Schweinerei. So bleiben diese kleinen Unternehmer konkurrenzfähig, indem sie die Arbeiterinnen immer mehr im Lohn drücken und ihnen auch alle Rechte verweigern.
Denn oft kennen sich die Frauen nicht aus und wenn mansich nicht auf die Füsse stellt, wird man hinten und vorn betrogen.

Mir wäre es gleich nach dem ersten Monat so gegangen, weil mein erster Lohn war gleich unter der ausgemachten Summe.

Als Meisterin hatte ich mir nicht mehr als 3.500,--S netto aushandeln können. Als ich den Chef fragte, warum es noch weniger sei, zeigte er mir zuerst einen Zettel, auf dem ein ausgemachter Stundenlohn stand, von dem ich aber gar nichts wusste. Als ich nicht nachgab, raunzte er mit vor, wie schlecht es ihm ginge, aber dann gab er doch nach, weil ich sonst gegangen wäre.

Bei einer Kollegin, die er nach mir aufnahm, probierte er es wieder auf diese Tour. Arztstunden und Behördenwege wollte er auch nie zahlen. Und einen Lehrling hatten wir auch, sie liess er 42 Stunden arbeiten. Als sie ihm sagte, dass sie in der Berufschule gelernt hätte, dass Lehrlinge nur 40 Stunden arbeiten müssen, hat er sofort wieder einen Wisch bei der Hand, wo 42 Stunden/Woche herauskam. Und Urlaub musste man immer nehmen, wann es ihm passte. Es herrschte eine richtige Diktatur, alle Frauen schüchterte er immer ein. Man musste wirklich um jeden Schilling, den man sich schon verdient hat, noch raufen, dass man sein Geld kriegt.
Wenn es garade notwendig ist, verlangt er auch immer Überstunden. Da aber mein Mann auch sehr viele Überstunden macht (auch am Samstag), muss wer einkaufen gehen und alle Besorgungen machen. Zu Weihnachten wurde der ganze Betrieb gesperrt und 29 Stunden sollen wir einarbeiten. Ich wollte diese 29 Stunden nicht einarbeiten und blieb also nie da. Die Liebkinder vom Chef sagten dann, ich sei unkollegial, wiel die anderen mehr arbeiten müssen! Aber es besteht bekanntlich nicht die Pflicht, dass man einarbeitet.

Ende Jänner zeigte sich dann, was er schon bei der Weihnachtsfeier gesagt hatte: dass es ein schweres Jahr wird usw. Und am 31. Jänner war es aufeinmal so weit: er habe kein Geld zum abszahlen, sagte er. Da war es mir zuviel und ich kündigte. Da wurde ich die letzten Stunden so schikaniert, dass ich noch länger dableiben musste, damit ich fertig wurde. Und nach dem Wochenende bekam ich schriftlich die fristlose Entlassung, damit er mir statt 3.500,-- (14 Tage Kündigungsfrist, aliquote Anteile vom Urlaubszuschuss und Weihnachtsgeld) nur 1.000,-- für Urlaubsabfindung zahlen muss. Aber sogar die will er nicht zahlen, aufeinmal sagt er, ich habe schon Urlaub gehabt. Jetzt muss ich sogar um das noch raufen.

Jetzt habe ich meine Fehler eingesehen, dass ich nicht bei der Gewerkschaft war. Aber bei uns ist niemand dabei und gerade die kleinen Unternehmer sind oft am stärksten dagegen. Dadurch waren wir gar nicht über unsere Rechte informiert und hatten keinen Schutz. Aber was wir von der Gewerkschaft merkten war nur einmal im Jahr ein Funktionär, der vorbeikam und fragte, ob jemand Mitglied werden will. Und so hatte auch niemand Vertrauen zu ihr: Denn wir brauchen in Wirklichkeit eine Gewerkschaft die sich mit aller Kraft für unsere Interessen gegen die Unternehmer einsetzt. Nur eine solche Gewerkschaft könnte auch die vielen unorganisierten Frauen in den Kleinbetrieben der Textilbranche gewinnen, was für unsere Interessen dringend notwendig wäre.

I. K.

Fa. Schneider:

VERHEERENDE ARBEITSBEDINGUNGEN

In der Mantelfabrik Schneider in Salzburg, Bessarabierstrasse, arbeiten fast 240 Beschäftigte, sehr viele sind Frauen. Fast 70% der Arbeiter sind ausländische Kollegen und Kolleginnen. Diese arbeiten vor allem in der Näherei und Büglerei, viele im Akkord. Diese Arbeit ist leicht zu erlernen, aber sehr eintönig. Eine Näherin muss z. B. stundenlang immer wieder die gleiche Naht nähen.
In der Halle, wo Näherinnen arbeiten, sind besonders im Sommer die Arbeitsbedingungen sehr schlecht. Unter dem Blechdach kann sich die Hitze fast ungehindert stauen, da die Fenster sich nur einen Spalt kippen lassen und die Entlüftungsanlage viel zu schwach ist. Obwohl letztes Jahr einige schwangere Kolleginnen in dieser Halle an den Maschinen ohnmächtig wurden und alle unter der Hitze schwer zu leiden haben, ist noch immer keine wirksame Abhilfe geschaffen worden. Nur wenn es überhaupt nicht mehr auszuhalten ist, schickt der Produktionsleiter die Arbeiter heim. Die ausgefallene Zeit muss dann ein anderes Mal eingearbeitet werden.

Auf diese Art erspart sich Kommerzialrat Schneider die Kosten für menschenwürdige Arbeitsplätze. Hauptsächlich nutzt er die Tatsache aus, dass die Arbeiter sich noch nicht zusammengeschlossen haben, um ihre Interessen durchzusetzen. Die ausländischen Kollegen bleiben meist nur ein halbes Jahr, bis sie woanders eine bessere Stelle gefunden haben. Nur sehr wenige sind gewerkschaftlich organisiert. Einen Betriebsrat gibt es zwar, doch erwartet sich niemand von ihm eine Änderung. Bei der letzten Wahl musste sogar das Tor zugesperrt werden, dass nicht alle sofort nach der Arbeit heimgingen.

Wenn man die freigestellte Betriebsrätin wegen der Arbeitsbedingungen anspricht, sagt sie, dass es heuer eh nicht so arg gewesen sei. Bei starker Hitze würde das Blechdach mit kaltem Wasser abgespritzt und sie selbst habe veranlasst, dass den Kollegen kalter Tee gebracht werde.
Diese Bedingungen kann der Unternehmer nur solange aufrechterhalten, solange es ihm gelingt, die ausländischen Kollegen gegen die österreichischen auszuspielen, und solange jeder nur für sich wegen Verbesserungen zum Chef geht. Echte Verbesserungen werden wir erst dann erreichen, wenn sich die Belegschaft zusammenschliesst und gemeinsam für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpft.

-Kollegin aus der Fa. Schneider-

Fast 400.000 Mindestrentner

Von den 1,7 Millionen Pensionisten in Österreich bezogen im letzten Jahr 379.989 eine Ausgleichszulage;das bedeutet, dass ein Viertel aller Pensionisten gegenwärtig mit ca. 2.000,--S für einen Alleinstehenden, und ca. 3.000,--S für ein Ehepaar im Monat auskommen muss. Die überwiegende Mehrheit von ihnen, fast 240.000, sind Arbeiter oder Bergarbeiter; die Gesamtzahl der - und Bergarbeiterpensionisten betrug ca. 700.000, das heisst, ein Drittel aller Arbeiter muss mit der Mindestpension auskommen. Jeder Arbeiter kann sich vorstellen, was es heisst, mit 2.000,-S im Monat auskommen zu müssen. Wer sich ein ganzes Leben lang für die Profite der Kapitalisten abgeschunden hat, bekommt eine Pension, die für das Notwendigste zu wenig ist.

Die Kapitalisten und ihr Staat, der sich als "Sozialstaat" anpreist, beweisen damit was ihnen ein Arbeiter wert ist, wenn sie ihn einmal ausgeschunden haben: nichts.
Diese Zahlen, die einen Teil des Elends der Pensionisten im Kapitalismus widerspiegel zeigen, wie notwendig es ist, dass wir den Kampf für die Forderung: aller Pensionen und Renten auf mindestens 75% eines Facharbeiterlohns aufnehmen!

Für tauglich befunden

Von einem neuen Sieg an der "sozialen" Front berichtet die AZ (26. 7.). Zur Überprüfung der vollen Tauglichkeit im Einsatz gegen BLEI, PHOSPHOR, QUECKSILBER, ARSEN, MANGAN, BENZOL, METALLSTAUB, PARAFIN und TEER, HITZE und LÄRM führt die 'soziale' Unfallversicherung jetzt spezielle Eignungstests für Arbeiter durch.
Jetzt kann sich jeder offiziell bestätigen lassen, dass er aufgrund seines qualitativ noch hochwertigen Gesundheitszustandes auch längere Zeit in der Lage ist, unter extremen äusseren Einwirkungen seinen Mann zu stellen. Bald wird kein einziger Unternehmer mehr einen Arbeiter ohne diese Eignungsbescheinigung zum Sondereinsatz in die betriebliche Gift-, Hitze-, oder Lärmhölle einstellen. Denn sollte es dann trotzdem zu Unfällen kommen, kann es sich nur um ein 'Selbstverschulden' des Gefallenen handeln! Denn wer würde es wagen, den Musterungsbescheid einer 'sozialen' Unfallversicherung anzuzweifeln? !

s. z.

Kupferbergbau MITTERBERG:

AK-Ratschläge für Kapitalisten

In der Flut von Wahlbroschüren zur Arbeiterkammer-Wahl werden immer wieder die alten Sprüche wie "Sicherung der Arbeitsplätze", "Vollbeschäftigung" usw. geklopft. Was die Kammerbürokraten darunter verstehen, das wird deutlich aus einer Untersuchung, die sie, natürlich mit den Geldern der Werktätigen, 1973 durchführen liess: "Studie über die potentiellen sozialen Folgen im Falle einer Schliessung des Kupferbergbaues in Mühlbach am Hochkönig".

Da werden verschiedene Möglichkeiten erwogen: wie vermeidet man "Konflikte" im Falle einer kurzfristigen Schliessung, wie baut man Arbeiter längerfristig ab, was macht man mit den Gastarbeitern...
Um Lösungen ist man nicht verlegen. Empfohlen wird z. B., die Zahl der Gastarbeiter zu erhöhen. Die kann man ja, wenn zugesperrt wird, gleich heimschicken, da braucht man gar keinen Sozialplan. Oder den Unternehmern wird schmackhaft gemacht, einen kleineren Frauenbetrieb im Ort anzusiedeln. Wenn die Kolleginnen nämlich auf die Strasse fliegen, dann werden sie schon froh sein was anderes zu finden, meinen die Kammerherren. Natürlich, bevor einer stempeln geht, nimmt er lieber irgend eine Arbeit, auch wenn sie noch so mies bezahlt wird.

Für die Unternehmer ist das sicher ein Anreiz zur Betriebsgründung. Für die Kammerherren ist das "Sicherung der Arbeitsplätze". Für die Arbeiter aber heisst das: Existenzunsicherheit, Lohnraub, der Zwang, in oft weit entfernte Betriebe zu fahren. Für Pendler haben sich die "Interessensvertreter" in der Arbeiterkammer auch einen "sozialen" Vorschlag einfallen lassen: Verbreiterung der Strasse für den Pendelverkehr ...

B. W.

Zuschriften (Leserbriefe, Korrespondenzen, Anfragen u. a.) bitte an folgende Adresse:

Kommunistischer Bund (KB) Salzburg/ Hallein
Müllner Hauptstr. 14, 5020 Salzburg

Der Journaldienst des KB Salzburg/ Hallein ist von Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr zu erreichen (Müllner Hauptstrasse 14, Salzburg).
Tel. Salzburg 32 70 72.

Vom Bürgermeister in einen feuchten Keller abgeschoben

KORRESPONDENZ DER KELLERBEWOHNER DES HAUSES KASTENSTRASSE 1/3, HALLEIN

Der Bürgermeister hat uns von einem Loch in ein anderes verschoben. Vor einem halben Jahr hat er uns eine neue Wohnung in der Kastenstrasse angeboten. Wir waren froh, dass wir aus der Wohnung in der Bräuerstrasse ausziehen konnten. Dort stank es nämlich, wenn man nicht die Fenster dauernd sperrangelweit aufgerissen hatte, der Fussboden hatte bis zu 4 cm breite Ritzen, durch die es ständig heraufstaubte und das Tageslicht war derart spärlich, dass wir nie ohne Licht auskamen, d.h. das elektrische Licht brannte ständig.

So zogen wir in die angebotene Zimmer-Küche-Wohnung im Halbkeller der Kastenstrasse, die uns Brandauer provisorisch gab - später würden wir eine andere Wohnung bekommen (dass er das gesagt hat, dafür haben wir Zeugen). Die Übel dieser Wohnung machten sich erst nach unserem Einzug bemerkt. Wenn wir in der Nacht durch grunzendes Glucksen aufgeweckt werden, wissen wir, dass es das Wasser aus der Kanalisation ist, das durch den Abfluss der Abwasch hochkommt, langsam die Abwasch füllt und dann überrinnt! Unsere Vorgängerin, die jetzt einen Stock höher wohnt, und mit der wir inzwischen gesprochen haben, erzählte uns, dass bei ihr manchmal, wenn sie von der Arbeit zurückkam, die ganze Küche durch das aus dem Baderaum dringende Wasser überflutet und verpestet war!

Wir haben eine Badewanne um 3.500 Schilling gekauft und einen Boiler von einem Verwandten geschenkt bekommen - alles umsonst: wir können das Bad wegen dieser Kanalisation nicht in Betrieb nehmen, sonst kommt alles hoch.
Aber noch viel schlimmer ist, was während der langen Regenfälle vor ca. eineinhalb Monaten geschah. Es bildete sich vor dem Haus ein See - etwa in Brusthöhe, wenn man in unserer Wohnung steht - und das Wasser brach dann durch die Hausmauer in unser Schlafzimmer herein. Die Möbel sind durch die Nässe und Feuchtigkeit so zugerichtet worden, dass man sie wegwerfen kann. Wir verlangen volle Rückerstattung der Möbel durch die Genossenschaft!

Überall Wasser. Wenn die Frau ober uns abwäscht, tropft das Wasser manchmal durch die Decke in unsere Küche. Als wir dem Bürgermeister von diesen Verhältnissen erzählten, behauptete er, das gehe ihn nichts an, das sei die Sache der GSWB. Natürlich ist es die Schuld der GSWB, dass im Keller immer noch Wohnungen sind, und dass den übrigen Hausbewohnern Kellerraum vorenthalten wird. Aber die Schuld des Bürgermeisters ist es, dass er uns dort reingesteckt hat und uns jetzt keine andere Wohnung gibt!

Jetzt will er sich auf die Genossenschaft ausreden. In der "Halleiner Zeitung" vom 29.8.74 schreibt er, dass die GSWB ihm noch keine Aufklärung über die bauliche Situation gegeben hätte. Wenn ihm unsere Schilderungen des Lochs, in dem wir leben, noch nicht genügen, so soll er selber einmal hier einziehen. Wir tauschen gerne mit einer Villa von Brandauer!

Er behauptet weiter, er hätte derzeit keine Wohnungen "offen". Aber kaum schaust du ein paar Meter weiter zum nächsten Haus, und schon siehst du eine leere Wohnung! Wir fordern eine neue, ordentliche Wohnung. Unsere Forderung trifft sich mit der Forderung der übrigen Mieter des Hauses, die ihren Keller zur Gänze haben wollen. Wir werden gemeinsam für die Durchsetzung unserer Forderungen kämpfen!

Hallein, 1.9.74 Franz Klein

Kellerwohnungen...

FORTS. v. SEITE 1

Haus aufgestellt werden mussten, niederreissen lassen wollte: an deren Stelle sollten Holzlagen, die dann jeder der 12 betroffenen Mietparteien auf 10 Jahre hinaus monatlich 120 S gekostet hätten (ergibt 14.400 S pro Partei und 172.800 insgesamt!). Die Holzhütten bleiben jetzt stehen, weil ein Brief aus dem Jahre 1961 gefunden wurde, der den Mietern das Aufstellen solcher Hütten zugesteht. Das ändert aber überhaupt nicht an der Tatsache, dass es deshalb solche Hütten im Freien gibt, weil der Keller zu klein ist, bzw. zu viele Wohnungen im Hause sind. Ebenso steht fest, dass die Mieter, denen verboten wurde, Heizöl in ihren kleinen Kellerabteilen aufzubewahren, die Kellerwohnungen wunderbar für die Unterbringung des Heizöls gebrauchen können.

DIE GESUNDHEIT DER MIETER IST DER GSWB UND DEM BÜRGERMEISTER EGAL

Lungenkranke Kinder wegen einer total feuchten Wohnung - das ist die Bilanz nach zweieinhalbjährigem Wohnen im Keller. Die frühere Mieterin zog mit zwei ihrer Kinder vor 3 Jahren mit der Zusicherung "nur für kurze Zeit" in die Kellerwohnung ein - erst vor einem halben Jahr bekam sie nach langem Bitten und Betteln vom Bürgermeister eine gleich grosse Wohnung einen Stock darüber. Diese Wohnung ist auch feucht und so klein, dass das Gericht es nicht zulässt, dass die Mutter ihr drittes Kind zu sich nimmt. Die Heilung für die zwei lungenkranken Kinder besteht laut Arzt in einem einjährigen Meeresaufenthalt - aber welche einfache Werktätige kann sich sowas leisten?

Diese Folgen feuchter Kellerwohnungen hindern die Genossenschaft nicht, die Wohnungen weiter zu vermieten. "Es wird nicht daran gedacht, sie aufzulassen", heisst es in einem Brief an den Bürgermeister. Aber auch den Bürgermeister hindert nichts daran, unter Verschweigung des Zustandes der Wohnung neue Mieter, wieder mit zwei Kindern, in das Kellerloch zu stecken. Offenbar lässt es ihn kalt, wenn erneut zwei Kinder lungenkrank werden - er selbst sitzt ja im Trockenen!

SICH ZUSAMMENSCHLIESSEN UND UM BESSERE WOHNVERHÄLTNISSE KÄMPFEN!

Jahrelange Anfragen und Bitten bei der GSWB und beim Bürgermeister haben wenig gefruchtet. Einzeln und in Gruppen sind die Mieter nach Salzburg zur Genossenschaft gefahren. Antwort auf die Beschwerden war oft der Hinweis, dass man ja ausziehen könne, wenn einem die Wohnung oder sonstwas nicht passe.

Jetzt ist die Situation so, dass die älteren Leute sagen: "Ich bin froh, dass ich drinnen bin, und gegen die Missstände hilft eh nichts, was haben wir nicht alles schon versucht!" Die jüngeren Mieter trachten danach, aus dem Haus wegzukommen. Hierbei hängen sie wieder vom Gutdünken des Bürgermeisters ab und wollen daher alles vermeiden, womit sie es sich in dieser Richtung verscherzen könnten. Die Abhängigkeit, zermürbendes Warten und Ausgeliefert sein an die Obrigkeit ist dem solidarischen Kampf ganz abträglich. Fast jeder hofft, dass es für ihn individuell irgend eine Lösung gibt.

So wird aber nichts geändert. Die Antwort auf die Unverschämtheiten der Wohnbaukapitalisten muss eine Kampfansage sein; die Antwort auf die Hinhaltemanöver des Bürgermeisters klare Forderungen. Solidarischer Kampf ist der einzige Trumpf, um das durchzusetzen, was einfach notwendig ist:

1. Weg mit den Kellerwohnungen!
   Bereitstellung anderer Wohnungen für die Kellerbewohner durch den Bürgermeister.
   Bereitstellung grösserer Wohnungen für Familien die zusammengedrängt auf wenig Raum leben müssen
2. Heilung der gesundheitlichen Schäden der Kinder auf Kosten der GSWB!
3. Vollständige Bezahlung der Schäden, die an den Möbelstücken der Kellerbewohner durch die Nässe entstanden sind, durch die GSWB!
4. Ausbau des Kellers und Isolation gegen das her-

einrinnen des Wassers - ausschliesslich auf Kosten der GSWB !

5. Instandsetzung des Hauses durch die GSWB !

KONTROLLE ALLER VOLKSVERTRETER IST NÖTIG - ABSCHAFFUNG DES ZUSTANDES, DASS IHRE TÄTIGKEIT HÖHER ENTLOHNT WIRD ALS DIE EINES FACHARBEITERS !

Man sieht im Bereich der Wohnungsvergabe: die Volksvertreter schalten und walten - ohne dem Volk Rechenschaft ablegen zu müssen - und schieben ihren reichen Freunden die fettesten Pfründe zu. Ist man gezwungen, bei der Gemeinde um eine Wohnung anzusuchen, muss man eine Reihe bürokratischer Rennereien und Entwürdigungen mitmachen.

Wird ein Volksvertreter gerufen, um irgendeinen Missstand zu sehen, [illegible] hängt es ganz von seiner [illegible] ab, ob er auch wirklich kommt.

Die bürgerlichen Volksvertreter besorgen abgehoben vom Volk und gegen das Volk die Geschäfte der Kapitalistenklasse. Jederzeit öffentlich für ihre Tätigkeiten gerade zu stehen - das gibt es für sie nicht. Dazu kommt noch, dass sie sich aus den Steuergeldern der Werktätigen ein feines Leben leisten. Es ist leicht einsichtig, dass ein Mann, der mehrere 10.000 im Monat verdient für die Sorgen eines Familienvaters mit 5.000 oder 6.000 Netto kein Verständnis mehr hat.

Der Kampf um die Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter ist ein Teil des Kampfes um die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft. Diese Herrschaft ist nötig, um die Profitmacherei, die Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen durch die Kapitalisten beseitigen zu können.

4.9.1974 -b.o.-



Mehr als 500 Mieter von Altbauwohnungen demonstrierten am 25. Juni in Wien unter den Parolen: Keine Kündigungen ! Keine Delogierungen ! Renovierungen ausschliesslich auf Kosten der Hauseigentümer ! Sie zerrten die himmelschreienden Verhältnisse ans Tageslicht und prangerten sie in aller Öffentlichkeit an.

Salzburg - Itzling

PROTEST VON 300 MIETERN

Erhöhungen der Betriebskosten, Verwaltungs- und Heizkosten treiben die Mietenpreise in den Sozialwohnungen in den letzten Jahren enorm in die Höhe. 3 Erhöhungen seit 1971 liessen die Preise bei GSWB-Häusern um 35 - 40 % emporschnellen. Ab 1. September steigen Kleinwohnungen bis 228 S.-, eine 83 m² grosse Wohnung zwischen 308 bis 402 S.-! Die Meinung der GSWB-Mieter in Itzling darüber zeigte sich in einer Protestversammlung am 3.9. Der Kellerraum, in dem die Versammlung angesetzt war, wurde bald zu klein, sodass das Ganze ins nächste Gasthaus verlegt wurde. 300 Mieter brachten dort ihre Empörung über die neuerliche Teuerung zum Ausdruck.

Auf der Protestversammlung wurde beschlossen, eine Demonstration am 17.9., 11.30 Uhr, vor dem Gebäude der Landesregierung abzuhalten. Dort soll eine Delegation bei Landeshauptmann Lechner über Milderung der neuerlichen Erhöhungen durch Landesbeihilfe vorsprechen. Auf einzelnen Hausversammlungen am 5.9. wurden für die Delegation Hausvertrauensmänner gewählt.

Die Demonstration am 17.9. ist darauf ausgerichtet, dass es Lechner "schon irgendwie richten" wird. Aber geschieht das wirklich? Erfahrungen anderer Mieter beweisen das Gegenteil: im Frühling haben sich 108 von GSWB-Wohnungen in der Etrichstrasse (Taxham) in einer ähnlichen Lage an Lechner gewandt. Eine Abordnung hat vorgesprochen, Lechner heuchelte vollstes Verständnis und versprach, sich darum zu kümmern. Das Ergebnis war, dass vor wenigen Tagen 21 der Mieter einen minimalen Zuschuss zur Mietzinsstützung, der Rest gar nichts bekommen hat. Die Landesregierung hatte nur Almosen parat.

Dieses Beispiel zeigt: den Mietern nützt nur, wenn sie sich selber geschlossen gegen die GSWB stellen.
Die Versammlung der Mieter in Itzling und die Wahl von Haus-Vertrauensmännern waren dazu schon die ersten wichtigen Schritte. Der nächste Schritt muss sein: aus der Demonstration am 17.9. eine machtvolle Kundgebung gegen die Ausplünderung durch die GSWB zu machen unter der Forderung:

WEG MIT DEN ERHÖHUNGEN

-b.o.-

GSWB:

EIN "ANGEMESSENER PREIS" IST HEUTE EINE TEURE SACHE

"Der Zweck des Unternehmens ist ausschliesslich darauf gerichtet, den Mitgliedern zu angemessenen Preisen gesunde und zweckmässig eingerichtete Kleinwohnungen im Sinne des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und seiner Durchführungsbestimmungen zu verschaffen"..., heisst es im Statut der "Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Salzburg", in deren Vorstand und Aufsichtsrat nur Spitzenfunktionäre des ÖGB und der SPÖ hocken (u.a. LHStv Steinocher und der Halleiner Bürgermeister Brandauer). Was von den Kapitalisten als "gemeinnützig" gepriesen wird, ist in Wirklichkeit das genaue Gegenteil: Gemein gegen das Volk und nützt nur den Kapitalisten !

Leserbrief

AUF WOHNUNGSSUCHE IN HALLEIN : "50 waren schon da".

Bis zum August dieses Jahres suchten wir zu zweit in Hallein eine Wohnung. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hier ist noch viel übler als in der Stadt Salzburg. In der Wochenendausgabe der "Salzburger Nachrichten" z.B. kann man feststellen, dass das Wohnungsangebot von Salzburg im Verhältnis wesentlich grösser ist. Sogar von Kuchl stehen oft mehr Wohnungen drin als von Hallein.

Die Zahl von 340 Dringlichkeitsfällen, die im September 73 bekannt wurden (SN), dürfte wohl jetzt noch stimmen oder sogar höher sein. Bei der Stadtgemeinde hiess es nur: "1 Ordner voll". Beim Nachfragen in verschiedenen Häusern hörte ich oft: "Oh je, da kommen jede Woche mindestens zwei vorbei", oder: "Ab und zu wird hier in der Gegend schon was frei, aber das ist gleich wieder weg!"

Als ich auf eine Annonce in der "HZ" hin am nächsten Tag zum Inserenten in die Gamperstrasse ging, traf ich auf eine alte Frau, die mir sofort erklärte: "Sie sind der Dreissigste". Dann verwickelte sie mich in ein halbstündiges Gespräch. Offensichtlich

machte es ihr Spass, die Wohnungssuchenden aufmarschieren zu lassen und sie dann vollzuquatschen. Jedenfalls erklärte sie, dass ihr 30 noch lange nicht genug seien und dass die Zeitungsannonce auch am Samstag in den SN erscheine. Trotz dem vielen Gequatsche nicht aus ihr herauszubringen waren die Preise der beiden freien Wohnungen.

Mein Kollege ging am nächsten Tag zu dieser Wohnungsbesitzerin. Das Resultat war das gleiche. Auch er wurde durch die Gesprächsfreudigkeit der Frau 1/2 Stunde aufgehalten und auch er konnte den Mietpreis nicht erfahren. Bei ihm hiess es: "50 waren schon da".

Beim Wohnungssuchen ist man allerhand Schikanen ausgesetzt. Wer weiss, wie lange diese Wohnungskapitalistin (mit einem Besitz von - nach eigenen Angaben - einem Haus und weiteren 5 Wohnungen) dieses Spiel schon treibt. Jetzt, nach 1 1/2 Monaten, stehen ihre beiden Wohnungen immer noch leer!

L—o

(Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt)

HALLEIN - DÖLLERERFELDSIEDLUNG:

Über 100 % Heizkosten-Vorauszahlung!

Kürzlich wurde in der Halleiner Döllerfeldsiedlung wieder ein mit öffentlichen Mitteln geförderter Wohnblock fertiggestellt. "Die Mieten von anfänglich 16 Schilling pro Quadratmeter haben sich inzwischen zwar auf 25 Schilling erhöht, pendeln sich nun jedoch auf Grund verbesserter Wohnbauförderung wieder ein", versucht das "Salzburger Tagblatt" am 30. 8. über die hohen Mieten hinwegzutrösten. Die Mieter wissen es besser: für eine Drei-Zimmer-Wohnung muss man jetzt einschliesslich Betriebskosten schon runde 1. 900 Schilling hinlegen.

Jetzt erhielten die Bewohner von Häusern in der Sikorastrasse und in der Vierthaler-Strasse von der "Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Salzburg" eine Aufforderung zur Heizkostenvorauszahlung für das Jahr 1974. "damit wir Ihnen nicht eine sehr hohe Nachzahlung vorschreiben müssen" (aus dem Schreiben der Genossenschaft).

Mehr als nocheinmal so viel, wie jeder Mieter ohnehin das laufende Jahr für die Heizung bezahlt (wobei Rauchfangkehrer und Hausbesorger inbegriffen sind), will die Genossenschaft jetzt mit der Begründung gestiegener Heizölpreise einkassieren und hofft dabei auch noch auf "Verständnis für unsere Massnahme" (Begründungschreiben). Dass sie sich bei der genaueren Begründung für diese Massnahme schwertut, liegt auf der Hand. Sie erwähnt deshalb auch nur irgendwelche Rohölpreis-Erhöhungen zwischen 60 und 90 %, ohne sich wirklich auf eine Zahl festlegen zu können. Die Tatsache, dass sie in dem Schreiben an alle Mieter 70 %, in Wirklichkeit aber von jedem einzelnen Mieter mehr als 100 % verlangt, verschweigt sie lieber gleich ganz.

Der Zweck der Aufforderung zur Vorauszahlung ist klar. Weil die Genossenschaft fürchtet, dass diese Prellerei bei der Endabrechnung nicht ohne Widerstand der Mieter durchgehen wird, versucht sie, den Schwindel auf 5 Monate aufgeteilt schmackhaft zu machen. Ausserdem bekommt sie so etliche Hunderttausend Schilling ein halbes Jahr vor der Endabrechnung und kann sich damit Kredite einsparen.

LEHNEN WIR DIE VORAUSZAHLUNG AB!

Die Höhe der von der Genossenschaft geforderten Vorauszahlung bewegt sich je nach Wohnungsgrösse zwischen 1. 400 und 3. 400 Schilling! Damit das Einzahlen leichter übers Herz geht, wurden 5 fein und säuberlich ausgefüllte Erlagsscheine mit jeweils ein Fünftel der Summe beigelegt mit der "Bitte", sie bis zum Ende des Jahres einzuzahlen. "Begründung" für diesen unverschämten Anschlag auf die Mieter: "Aufgrund der derzeitigen Preislage bei Heizöl muss angenommen werden, dass die Heizungskosten bei Ihrem Wohnbau für 1974 etwa um 70% höher als im Jahr 1973 liegen werden."

GEGEN DIE 100% HEIZKOSTENERHÖHUNGEN!

Die Genossenschaft hofft natürlich auch darauf, dass wenn die 100 % Erhöhungen einmal eingezahlt sind, sie auch für die Zukunft akzeptiert werden und 1975 in die monatliche Zahlung einbezogen werden können. Deshalb müssen die Mieter jede Vorauszahlung ablehnen und den Versuch der Genossenschaft, bei der Endabrechnung die 100 % zu holen, vereiteln. Der nächste Schritt muss eine Mieterversammlung sein, wo gemeinsam beschlossen wird, kein Geld vor der Endabrechnung 1974 zu zahlen.

b. o. / m. m.

Wohnungsaufwand enorm gestiegen

Aus der vorletzten Nummer der "Statistischen Nachrichten" geht hervor, dass der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand für Mietwohnungen von 1969 bis 1973 um 46, 4% gestiegen ist. Für Arbeiterfamilien stieg der Aufwand im selben Zeitraum um 53, 3%.

In Wirklichkeit ist der Wohnungsaufwand aber um einiges mehr gestiegen. Die Zahlen der amtlichen "Statistischen Nachrichten" sind sogar niedriger, als jene des offiziellen Lebenskostenindex (Verteuerung bei Wohnungsausgaben 64%), der bekanntlich mit allerlei Tricks "im Rahmen" gehalten werden soll.

Bürgerkriegsübung der Polizei

Grosseinsatz der Salzburger Polizei am 29. 8.

Wie lange benötigt die Polizei, um im Ernstfall einer "wilden" Demonstration von etwa 200 Bauern im Schlachthof Bergheim kampfbereit gegenüberzustehen?

Binnen einer halben Stunde wurden mit Überfall-, Funkstreife- und Mannschaftswagen 75 Mann zum Schlachthof gekarrt. Dort riegelten sie alle Zufahrtswege ab und stellten sich vorm Schlachthof auf. Drinnen in den Hallen und an den Verladerampen hielten sich gerade zahlreiche Bauern und Viehhändler auf. Allerdings nicht, um zu demonstrieren, sondern um Vieh zu verkaufen.

Draussen standen die Polizisten in voller Nahkampfmontur und mit schussbereiten Feuerwaffen. Die schweren Kaliber wie z. B. Maschinenpistolen liessen sie diskret in den Autos. Anrainer, die zunächst meinten, dass vielleicht ein Stier ausgerissen wäre, erkannten bald den Zweck der Übung. Sie bezeichneten den überfallsartigen Aufmarsch empört als eine "Einschüchterungsmassnahme gegen die Bauern" und als "Gewöhnung an den Polizeistaat".

Und das hat auch seine handgesten Gründe. Denn die wirtschaftliche Situation der kleinen und mittleren Bauern hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert. An vielen Orten in Europa, Frankreich, Italien, Holland, Belgien, BRD beginnen sie sich zu organisieren und nehmen den Kampf für ihre gerechten Forderungen in die eigene Hand. In dem Masse, wie die reaktionären Bauernvertreter mit ihren Abwiegelungsmanövern an Einfluss verlieren, gewinnen die Aktionen der Bauern an Heftigkeit. Immer häufiger kommt es dabei zu Konfrontationen mit der bürgerlichen Staatsgewalt, mit Polizei und Militär.

Auch in Österreich steigert sich die Empörung der Bauern über den wachsenden Druck der Vieh- und Lebensmittelkapitalisten. Diese Ausbeuter holen sich nicht nur durch ihre unverschämten Preistreibereien immense Profite (z. B. liegt schon wieder ein neuer Preisantrag für Fleisch und Wurst

BÜRGERKRIEGSÜBUNGEN....

bei der Salzburger Landespreisbehörde vor !). Sie holen sich zusätzlich noch Extraprofite, indem sie das Überangebot auf dem Schlachtviehmarkt ausnützen und die Preise der Bauern drücken.

So sind die Schlachtviehpreise seit Jänner 73 durchschnittlich um 15 %, bei einzelnen Fleischprodukten sogar bis zu 40 % gesunken. Hingegen schnellen die Preise für Landmaschinen, Futter, und Düngemittel immer höher: Bekam der Bauer 1972 einen 50 PS-Traktor noch zum Gegenwert von ca. 12 Schlachtkühen, so musste er 73 bereits 17 Kühe für den selben Traktor verkaufen.

Auf dem Schlachthof hat sich ausserdem die Methode eingebürgert, dass die Fleischkapitalisten zusätzlich 10 % als Einwaage beim Kauf verlangen. Das sind bei einem 600 kg schweren Stier rund 1.000 S. Diese Ausplünderei trägt dazu bei, den gerechten Zorn der Bauern zu schüren. Und wie die Polizeiübung in Bergheim zeigt, bereitet sich der Staat mit solchen Einschüchterungsaktionen schon auf Auseinandersetzungen vor.

DIE DEMAGOGIE DER BAUERNFÜHRER

Von "Einschüchterung" sprachen auch die Bauernfunktionäre. Offensichtlich gut informiert, "protestierten" sie schon lauthals, noch lange bevor der erste Polizeiwagen in der Nähe von Bergheim war. Die bürgerliche Presse hatte wieder einmal ihre Schlagzeilen. Aber mit ihrem Protest ist es nicht weit her. Denn im gleichen Atemzug beeilten sie sich, der Staatsgewalt ihre Loyalität zu versichern: Von ihnen organisierte Demonstrationen seien immer "in reibungslosem Zusammenwirken mit Polizei, Gendarmerie und Behörde" (SN, 31.8.) abgelaufen. Und Polizeidirektor Biringer stellte sofort klar: Die Aktion habe sich nicht gegen die Bauernfunktionäre gerichtet, sondern gegen radikalisierte Bauern... also gegen jene Teile der Bauernschaft, die nicht länger bereit sind, ihre miserable Lage kampflos hinzunehmen. Von den Bauernfunktionären haben sie sich dabei nichts zu erwarten.

DIESE AKTIONEN RICHTEN SICH GEGEN ALLE WERKTÄTIGEN!

In diesem Zusammenhang erklärte Biringer unverblümt, dass die Zielscheibe solcher Bürgerkriegsübungen nicht nur die Bauern sind. Die Polizei führte eine Reihe von Übungen durch, bei denen Werktätige ins Visier genommen wurden. Die Einsätze fanden, wie Biringer sagte, mit folgenden Übungsannahmen statt:

- Unter "Streik" probte die Polizei den Einsatz gegen Arbeiter, die sich zum Kampf gegen Lohnraub und Arbeitshetze zusammengeschlossen haben.
- Unter "Radikale Kräfte" ging es gegen Demonstranten, die gegen die empörenden Zustände der Ausbeuterordnung demonstrieren.
- Unter "Konsumentendemonstrationen mit Plünderungen" ging es gegen Werktätige, die sich gegen die Ausplünderung durch die Preistreiberei der Kapitalisten zur Wehr setzen.
- Und zuletzt die Übung gegen die Bauern.

Geprobt wird für den Ernstfall gegen das gesamte werktätige Volk!

Diese Polizeiübungen machen klar: Wenn die Arbeiterklasse und das Volk sich für ihre Rechte einsetzen, müssen sie mit Zusammenstössen mit Polizei und Heer rechnen, die ja gerade von den Kapitalisten zu diesem Zweck geschaffen wurden. Dazu rüstet der Staat heute schon seine militärischen Einheiten auf und verstärkt die Polizei, wie erst kürzlich in Salzburg. Dazu probt er schon heute mit Bürgerkriegsübungen seine Schlagkraft. Dazu sammelt er schon heute Erfahrungen, die er im Ernstfall mit brutaler Gewalt gegen die rebellierenden Volksmassen einsetzen wird. So war es 1934 in Österreich, als sich die Arbeiter gegen den Austrofaschismus zur Wehr setzten, so war es letztes Jahr in Chile, als ein blutiger Militärputsch den Kampf des chilenischen Volkes für Demokratie und Sozialismus mit brutaler Gewalt unterdrückte.

Gegen den Gewaltapparat der Bourgeoisie fordert die Arbeiterklasse, dass die öffentliche Gewalt vom Volk selbst ausgeübt wird und nicht durch vom Volk getrennte Einheiten. Nur die allgemeine Volksbewaffnung garantiert, dass sich die öffentliche Gewalt nie gegen das Volk richten wird.

B.W.

Schluss mit der arbeiterfeindlichen Propaganda im Bundesheer

Zur Ausbildung im Grundwehrdienst gehört auch eine sogenannte "staatsbürgerkundliche Instruktion". Bei uns wird sie von einem Herrn Pecar gehalten. Das einzige, was uns Soldaten daran gefällt, ist, dass wir in dieser Zeit nicht exerzieren müssen, sondern im Theatersaal sitzen. Für die Art, wie das Ganze abläuft, ist bezeichnend, dass letztes Mal ein Herr Leutnant im Saal herumging und kontrollierte.



Hunderte Halleiner waren am 19. Juli Zeugen, wie acht Bundesheersoldaten bei einer Wasserübung auf der Hochwasser führenden Salzach in höchster Lebensgefahr schwebten. Auf ihre Empörung hin reagierte das Heereskommando in einem Leserbrief an die "Salzburger Nachrichten" folgendermassen: "... Die Verantwortung lag in den Händen eines erfahrenen und zur Pionierausbildung befugten Vorgesetzten. (...) Im übrigen wird jeder mit den Aufgaben der Pioniere Vertraute wissen, dass gerade bei hohem Wasserstand - im gegebenen Fall lag der Pegelstand ausserdem 30 cm unter der Hochwassermarke - eine viel intensivere, dem Einsatzfall angepasste und daher nutzvollere Ausbildung betrieben werden kann. "(Bernadiner, Oberst des Generalstabes, Chef des Stabes des Armeekommandos, Wien; in SN v. 1.8.74) - Was diese Herren als "Wirklichkeitsnähe" ihrer Ausbildung anpreisen, bedeutet für die Mannschaften: Lebensgefahr.

ob jemand schläft. Er drohte dann, er werde die Nachbarn dieser Schläfer zum Rapport schicken, wenn sie diese Leute nicht aufwecken.

Besonders arg aber ist der Inhalt dieser Instruktion: den breitesten Raum nimmt die Geschichte der österreichischen Faschisten ein: Heimwehrführer werden bis ins Detail in Worten und Diapositiven geschildert, auf die Notwendigkeit bewaffneter Privatorganisationen, die sich gegen die Arbeiter richteten, wird ständig hingewiesen: "Die Heimwehr in Kärnten war ja wirklich notwendig, ... die Heimwehren waren ja auch keine politischen Organisationen, ... denken wir nur an den Kärntner Abwehrkampf..." Dem Wiener Polizeipräsidenten Schober wird dafür, dass er 1927 auf unbewaffnete Arbeiter schiessen liess, Bewunderung und Achtung ausgesprochen: "... ausgezeichneter Polizeipräsident, schon in drei Tagen wieder Ruhe und Ordnung hergestellt". Auch die Reformpläne des Prälaten Seipel, der die angeblichen Rädelsführer der Unruhen "ohne Milde" ermorden liess, werden gewürdigt ("... weitblickender Staatsmann, dem auch seine Gegner Achtung zollten..."). Auch die Nazis waren nicht so schlecht, wie man glauben möchte, denn: "Es wäre interessant - es fehlt uns nur die Zeit und es ist auch nicht notwendig - darauf einzugehen, dass es eigentlich fünf verschiedene Arten der SS gegeben hat, von denen eigentlich nur zwei verbrecherische Organisationen waren..."; Bilder werden gezeigt von Heimwehrparaden, Frontkämpferverbandsaufmärschen, Polizeiattacken auf demonstrierende Arbeiter (man sieht immer nur die Toten auf der Seite der Polizei und Hahnenschwanzler).

Auch die verschiedenen Uniformen von Heimwehr, Frontkämpfern, Heer usw. werden genauestens erklärt. Dagegen werden die Organisationen der Arbeiterklasse von Anfang an verächtlich gemacht, ihre Führer als schädliche Unruhestifter dargestellt, jeder demonstrierende Arbeiter ist ein gefährlicher Radikaler, der nur die "Anarchie" will, jeder Gewerkschaftler ein Feind, und besonders die Kommunisten, weil sie konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse eintraten und kämpften, sind überhaupt nur "Gegenstand" von Polizeiangriffen, keine Menschen. Alles, was der Vortragende als "links" von den Austrofaschisten einstuft, wird uns von vornherein als möglicher Feind "im Inneren" gezeigt.

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN DEN KASERNEN

Die meisten von uns sind junge Arbeiter und Angestellte, die wenig von diesen Dingen wissen, die kaum dazu Stellung beziehen können. Und weil der ganze Dienstbetrieb ohnehin aufs Kuschen und Parieren ausgerichtet ist, weil an jeder Ecke Schikanen und Strafen drohen, haben die meisten auch Angst, überhaupt etwas dagegen zu sagen. Dazu kommt noch die bestehende politische Rechtlosigkeit (politische Betätigung in der Kaserne ist verboten, sogar für die Wahl des Soldatenvertreters darf keine "politische" Propaganda gemacht werden) der Soldaten, während diejenigen, die uns den ganzen Tag kommandieren, herumhetzen und demütigen, ihre politische Propaganda ohne Behinderung treiben, ja sogar als Teil des Dienstes ausgeben können. Und wer sich nicht dazu bereitfindet, seine Kameraden auch dazu zu bringen, dass sie sich diese Geschichtsfälschungen, Provokationen und Verleumdungen der Arbeiterklasse anhören, dem droht auch noch Bestrafung.

Viele Kameraden sind überzeugt, dass dieser Dozent Unsinn verzapft, dass das alles nichts mit ihren Interessen zu tun hat, sondern gegen sie gerichtet ist. Aber sie begreifen noch nicht klar genug, dass hier auch der passive Widerstand -- schlafen oder weghören -- genau einkalkuliert ist: er ändert nichts daran, dass wir hier gezwungen werden, Sachen anzuhören, die gegen uns selbst gerichtet sind. Diese Passivität verhindert gerade, dass wir dazu kommen, unsere Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Wir müssen dafür eintreten, dass alle Soldaten volles Recht auf freie politische Betätigung erhalten, denn das Verbot der politischen Betätigung ist das Haupthindernis im Kampf gegen die gesamte Unterdrückung und Entrechtung im Bundesheer.

NN., Wehrmann
Maria-Theresien-Kaserne, Wien

Kennwort 'China'

Die Bürgerkriegsübung der Salzburger Polizei beim Schlachthof Bergheim wurde unter dem Kennwort "China" durchgeführt. Damit sollte ein Zusammenhang hergestellt werden zu einer Ladung von 600 t chinesischem Schweinefleisch, das in Österreich u. Zollverschluss lagerte. Zuvor hatten bereits aufgebrachte französische Bauern die Anlandung des für Frankreich bestimmten Schweinefleischs verhindert. Sie befürchteten, dass ihre ohnedies geringen Preise durch Billigimporte noch mehr gedrückt werden. Belgische und holländische Bauern solidarisierten sich: sie verhinderten die Löschung in Antwerpen und Rotterdam. Als der Frachter mit dem Schweinefleisch in Hamburg ankam, hatten sich schon zahlreiche Bauern im Hafen versammelt. Sie zogen erst ab, nachdem der Bürgermeister ihnen zugesichert hatte, dass das Fleisch als Transitware in ein anderes Land gebracht wird.

Diese Aktionen waren das Vorbild für die "lebensnahe" Übung der Polizei. Doch es steckt noch mehr dahinter. Das Hochspielen des Chinafleisches soll die gerechte Empörung vieler Bauern über die Preisdrückerei bei den Fleischpreisen auf einen "äusseren Feind" ablenken. Dass dieser vermeintliche Feind noch dazu ein sozialistischer Staat, nämlich die VR China, ist, das ist den Kapitalisten und ihren feisten Bauernfunktionären besonders recht.
Es passt genau in den Rahmen der in letzter Zeit immer massiver werdenden Hetze der Bourgeoisie gegen die VR China. Die empörten Bauern, aber auch die Arbeiter und Werktätigen dürfen sich von solchen Manövern nicht täuschen lassen. Ihr wirklicher Feind sind die Kapitalisten und ihr Staat. Gegen diese Ausplünderer müssen sich die Bauern zur Wehr setzen!
Die französischen Bauern z. B. die die Entladung des "Chinafleischs" in Le Havre verhinderten, haben dies z. T. schon erkannt. Sie haben nicht gegen eine angebliche Preisdrükkerei durch die VR China protestiert, sondern sie haben gegen den französischen Viehkapitalisten protestiert, der diese Schweinefleischladung als Druckmittel gegen sie verwenden sollte. Und sie haben Erfolg gehabt!

B. W.

Werkschulheim FELBERTAL: Willkürakte gegen Schüler und Lehrer

Um die fortschrittlichen Tendenzen unter den Schülern des Werkschulheims Felbertal endlich mit Putz und Stingel auszurotten, war dem "Verein zur Förderung von Werkschulheimen" jedes Mittel recht. Er feuerte den Direktor der Schule, der sich gegenüber politischen Anschauungen der Schüler zu liberal verhalten hatte. Auch drei junge Lehrer entgingen nur knapp dem Rausschmiss. "Der linksradikale Hexensabbat strebt seinem Höhepunkt zu!" entsetzte sich ÖVP-Landesschulratspräsident Laireiter. Was war geschehen?

Im WSH-Felbertal hatten sich fortschrittliche Schüler zu einem Schulkollektiv zusammengeschlossen. Diese Schüler setzten sich kritisch mit dem ihnen dargebotenen Unterricht auseinander und legten zu den verschiedensten Themen ihre eigenen Ansichten vor. So veranstalteten sie eine Vortragsreihe über Vietnam, in der sie die Verbrechen des US-Imperialismus an den Völkern des Fernen Ostens verurteilten und eindeutig für die Befreiungsbewegungen Indochinas Partei ergriffen. Der Förderungsverein erfuhr von dieser Vietnamwoche und veranlasste die Schulleitung, sie sofort abzubrechen. Aber auch im Unterricht selbst leisteten die Schüler der einseitigen Beeinflussung durch volksfeindliches Gedankengut Widerstand. Ein Geographieprofessor z. B. versuchte, das unmenschliche Kolonialregime der Portugiesen in ihrer Überseeprovinz Guinea-Bissao zu verherrlichen. Die Schüler setzten dieser Entstellung die Wahrheit über den grausamen Krieg der portugiesischen Truppen gegen das afrikanische Volk, über das ständige Voranschreiten des Befreiungskampfes und über den Aufbau einer gerechten Ordnung in den befreiten Gebieten entgegen. Das wurde ihnen als "Störung des Unterrichts" und als "bewusste Provokation der Lehrpersonen" angekrei-

det. Anlässlich einer Vietnamdemonstration, an der sich einige der Schüler beteiligt hatten, kam es erneut zu undemokratischen, autoritären Massnahmen. Den Schülern wurde verboten, an politischen Veranstaltungen und Demonstrationen teilzunehmen, Plakate politischen Inhalts mussten entfernt werden.

VERSCHÄRFTE EINSCHÜCHTERUNGSMETHODEN

Doch auch diese Repressalien konnten den Kampf der Schüler gegen bürgerliche Indoktrinierung und für politische Meinungsfreiheit nicht aufhalten. Der reaktionäre Teil des Lehrkörpers liess sich daher eine neue Einschüchterungsmethode einfallen. Man griff sich aus der Reihe der politisch engagierten Schüler ein willkürlich gewähltes Opfer heraus und versuchte, es mit vorgeschobenen und fadenscheinigen Begründungen hinauszuwerfen. Doch das Schulkollektiv WSH nahm diese politische Disziplinierung nicht widerstandslos hin. Es gab trotz neuerlicher Drohungen eine Zeitung heraus, in der die Salzburger Schüler von dem Versuch der Schulleitung fortschrittliche Tendenzen unter der Schülerschaft zu unterdrücken, unterrichtet wurden. Ausserdem wurden Unterschriften gegen den Rausschmiss gesammelt. Die Ausschlussdrohung wurde schliesslich zurückgenommen. Zum nächsten Schlag holte der Förderungsverein aus, als er am Schuljahrsende überraschend drei jungen Lehrern kündigte, von denen angenommen wurde, dass sie mit den Schülern in einem zu freundschaftlichen Verhältnis standen. Bekannt war lediglich, dass diese Lehrer es abgelehnt hatten, mit "Holzhammermethoden" gegen die Schüler vorzugehen. Die Empörung, die diese Massnahme in der Öffentlichkeit hervorrief, hat inzwischen zu dem Ergebnis geführt, dass ihnen grosszügig ein weiteres Jahr "Bewährungsfrist" am WSH zugestanden worden ist.
Den Leiter der Schule, Direktor Löw, enthob der Förderungsverein allerdings seines Amtes ohne Bewährung. Der Grund:er hatte das verfassungsmässige Recht auf Meinungsfreiheit zu wörtlich genommen und das politische Engagement der Schüler seiner Anstalt geduldet.

... GANZ IM GEISTE DES CHRISTLICHEN ABENDLANDES

Der Verein will nun die Schule in eigener Regie leiten. Er kann sie so auf direktem Wege kontrollieren und ohne Hindernis weitere Willkürakte gegen unliebsame Schüler und Lehrer setzen. Zur Sicherung der uneingeschränkten Herrschaft des reaktionären Vereins suchte man sich einen Kettenhund aus den eigenen Reihen: neuer Leiter ist der stellvertretende Vereinsobmann Dr. F. G. Kuhn der ausserdem noch Generaldirektor des Salzburger Pressvereins ist. Dass dieser "Direktor" sein Szepter "im Geiste des christlichen Abendlandes und des Pfadfindertums"(Statut des Werkschulheims) schwingen wird, hat er bereits deutlich zu verstehen gegeben. So deutlich, dass selbst die bürgerliche Presse, peinlich berührt, von "anfechtbaren Taten" und "diktatorischen Zügen" sprach. (SN 2. 9.)

Da das Werkschulheim Felbertal eine Privatschule ist, tritt dort besonders unverhüllt zutage, wer hinter solchen Disziplinierungsmassnahmen steckt. Der Besitzer und Hauptgeldgeber der Schule ist der dem ÖVP-Wirtschaftsbund nahestehende "Verein zur Förderung von Werkschulheimen", also eine Organisation der Industriellen. Aufgrund des hohen Schulgeldes wird die Schule grösstenteils von den Söhnen der Kapitalisten besucht. Natürlich ist der Verein deshalb daran interessiert, dass im Werkschulheim tüchtige Ausbeuter bzw. deren Handlanger grossgezogen werden. Für diese Ziele beruft er sich auf das "Recht des privaten Schulerhalters": Recht ist, was diesen Zielen dient, jede Kritik dagegen ist 'falsch verstandene Demokratie', so Generaldirektor Kuhn. Dementsprechend reagiert er auf alle Versuche der Schüler, die sich gegen ihre zukünftige Rolle zur Wehr zu setzen versuchen mit Repressalien schärfsten Ausmasses. Und diesen Unternehmerbrutkasten lässt sich der Verein zum Teil auch noch aus den Steuergeldern der Werktätigen zahlen: Die Gehälter der Lehrer werden aus öffentlichen Mitteln bestritten.

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG AM WERKSCHULHEIM FELBEERTAL!

SCHLUSS MIT DER SUBVENTIONIERUNG VON PRIVATSCHULEN DURCH DIE STEUERN DER WERKTÄTIGEN MASSEN!

-est-

CHILE: der Terror der faschistischen Junta kann den Widerstand des Volkes nicht aufhalten!

Der faschistischen Militärjunta ist es nicht gelungen, national und international ihre Isolierung zu beseitigen. Im Gegenteil: sie kann im Land nur auf den kleinen Kreis der besitzenden Klassen zählen. Es ist ihr nicht gelungen, die kleinbürgerlichen Schichten bei der Stange zu halten geschweige denn, irgendeinen Einfluss auf die Arbeiterklasse oder die Bauernschaft zu erringen. Von den Hintermännern des Putsches, in Washington wie in anderen imperialistischen Ländern gestützt, kann sich die Junta der faschistischen Generäle nur durch die Aufrechterhaltung des inneren Kriegszustandes und durch die verschärfte Verfolgung, Einkerkerung, Folterung, Ermordung zehntausender und hunderttausender an der Macht halten.

FASCHISTISCHER ALLTAG IN CHILE: LOHNABBAU, HUNGER, ARBEITSLOSIGKEIT

"Alle, die Chile kennen und es heute sehen, sind beeindruckt von der durch Terror erzwungenen Sauberkeit der Strassen und Häuserwände, noch mehr aber vom Ausmass der öffentlich sichtbaren trostlosen Armut der grossen Massen, die sich mit der Inflation noch steigert", so berichtet ein Westdeutscher von seinem Besuch in Chile. Allein innerhalb von zwei Monaten (April/Mai) stiegen die Preise für Leitungsgas um mehr als 300 %, für Heizöl, Benzin, Brot, Öl, Milch, Zigaretten und Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln um jeweils mehr als 80 % bis zu



Trotz der mit allen Mitteln verhinderten Rechte für die Arbeiterklasse und das Volk, haben die Widerstandsaktionen der Werktätigen nie aufgehört und sie beginnen sich - einstweilen lokal organisiert - über das ganze Land auszubreiten.

115 %. Chile hat, selbst nach frisierten Angaben der Junta, heute die höchste höchste Inflationsrate der Welt. Für einzelne lebenswichtige Güter sind seit dem Putsch die Preise bis zu 2000 % gestiegen! (lt. Südd. Zeitung). Seit Mai 74 sind die

Löhne der Arbeiter, Bauern und Angestellten im Schnitt 2/3 niedriger als in den Jahren vor der Allende-Regierung. Wer von dem offiziellen Mindestlohn von 29.000 Escudos leben muss, der - wie die Junta zugeben musste - häufig nicht gezahlt wird, kann heute ausser der Fahrt zum Arbeitsplatz nicht einmal mehr 2 kg Brot und 2 l Heizöl täglich für seine Familie kaufen, geschweige denn Milch oder Medikamente für die Kinder. Wer Arbeit hat, kann sich gerade am Leben erhalten. Wer keine Arbeit hat, und das sind derzeit ca. 15 - 20 % der werktätigen Bevölkerung - steht vor bleibenden Schäden wegen Unterernährung.

DIE JUNTA VERSCHLIMMERT DIE LAGE

Die Regierung der faschistischen Generäle erklärte zur Lage des chilenischen Volkes: "Es gibt eine nackte Tatsache: In Chile hat es immer Armut gegeben." Und die Junta verschärft von Tag zu Tag ihre Gangart. Von der internationalen Bourgeoisie abhängig, wird von ihr erwartet, dass sie die günstigsten Ausbeutungsbedingungen in den Minen, Fabriken, Landgütern herstellt. Vor allem die Sozialleistungen wurden in den letzten Monaten radikal abgebaut. Gleichzeitig wurde von den internationalen Konzernen der Kupferpreis seit dem 5. Juni bei 90 Cents eingefroren.
Die Junta, die so unter immer stärkeren Druck kommt, versucht die Inflation durch Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben - mit Ausnahme des Heeres, für das immer neue zusätzliche Ausgaben gebildet werden - zu dämpfen. Ein Fünftel der Angestellten im öffentlichen Dienst wurden bereits entlassen, bis Ende 1975 sollen weitere 80.000 auf die Strasse gesetzt werden. Die Begründung des Regimes: wozu ein Arbeitsministerium? Es gibt doch keine Gewerkschaften. Wozu ein Gesundheitsdienst? Wenn Leute wirklich krank sind werden sie Ärzte auch bezahlen. Wozu landwirtschaftliche Kredite und Beratung? Der tüchtige Landwirt soll am meisten Boden bestellen. Wozu ein ausgebautes Schulsystem? Wer mehr lernen will als in der Grundschule, wird auch dafür bezahlen.
Diese völlig ungehinderte Ausplünderung und die Streichung der öffentlichen Mittel haben nicht nur zur Folge, dass die Arbeitslosigkeit enorm wächst und die Kaufkraft ständig sinkt. Auch der Druck auf die Einzelhändler und die anderen Teile des Mittelstandes nimmt ständig zu: keiner verdient heute mehr, als er vor dem Putsch gehabt hat. Die Hoffnungen nach mehr Wohlstand, die sich in der Rückenstärkung für die Putsch-Generäle ausdrückten, haben sich nicht erfüllt. Immer mehr ehemalige Gönner und Förderer von Pinochet und Co. wenden sich von ihnen ab.- Techniker wie Kaufleute, Ärzte wie Wissenschaftler kündigen die Zusammenarbeit auf, flüchten über die Grenzen oder verhalten sich passiv. Auch sie, die die wesentlichste soziale Basis der Militärdiktatur waren, sehen unter diesem System für sich keine Zukunft.

Mit dem Abbröckeln der Mittelklassen und dem anhaltenden passiven Widerstand der Arbeiter und Bauern brachen für die Militärjunta alle Pläne, einen faschistischen Ständestaat zu errichten, zusammen. Der klarste Ausdruck dafür ist, dass der Hauptvertreter dieser Herrschaftsform, General Leigh, von seinem Posten abgelöst wurde. Der Junta bleibt nur der offene und angesichts des Jahrestages des Putsches verstärkt betriebene - Terror.
Nicht einmal die Amtskirche in Chile, die zuerst bereitwillig ihre hohen Würdenträger als "Botschafter des freien Chile" in den Vatikan und die verschiedensten Länder entsandt hatte, kann sie bei der Stange halten. Die Kritik am Kriegszustand in Chile hat sie gespalten in eifrige Verfechter der "harten Hand" einerseits und in solche einer gemässigteren Diktatur mit einer Zivilregierung als Aushängeschild. Selbst politische Freunde der Junta bringen - verschlüsselt in der Form von Abdrucken ausländischer Kritiken - in der letzten Zeit vermehrt vor allem in der Zeitung "Mercurio" ihre von der offiziellen Position abweichenden Meinungen. Förderer des Pusches wie die Christdemokratische Parteiführung um Frei, haben sich in den letzten Wochen erstmals öffentlich von der Junta distanziert und suchen mögliche Verbündete für eine Zivilregierung.

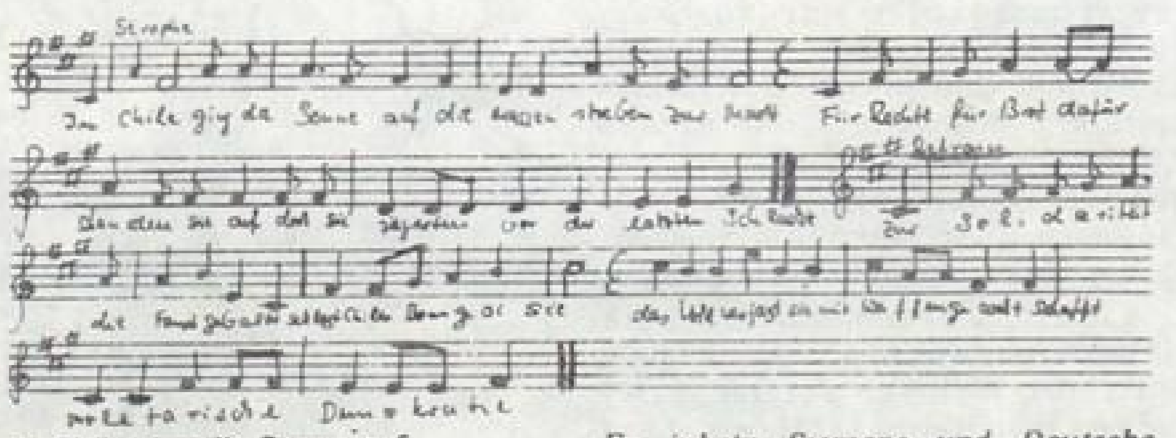
DIE JUNTA IST ISOLIERT

Die Generäle befinden sich in einer ziemlich schwierigen Lage. Nachdem ihre Versuche, faschistische Massenorganisationen zu schaffen, total misslungen sind, nachdem die Enthüllungen über Folterungen und Kriegsgerichte selbst von internationalen bürgerlichen Organisationen nicht mehr zurückgehalten werden und die Kredite der Weltbank und anderer imperialistischer Verbände nicht so grosszügig fliessen wie erwartet, macht die Junta das einzige, was sie gelernt hat: sie perfektioniert den staatlichen Unterdrückungsapparat. In den Tagen vor dem Jahrestag des Putsches fahren vermehrt Militär-LKWs durch die Strassen. Jeder, der nur irgendwie verdächtig erscheint, wird verhaftet. In der Nacht vom 4. auf den 5. September waren es allein über 1000, in den Wochen davor an die 12.000 Verhaftungen. Es genügt, die nächtliche Ausgangssperre kurz überschritten zu haben oder diskutierend an einer Strassenecke zu stehen. Die Militärbüttel verhaften wahllos, verprügeln die Verhafteten, verhören sie unter Folter und lassen sie erst wieder frei, wenn nichts zu notieren war oder die Verletzungen nicht mehr zu sehen sind. Viele werden in KZs wie der Insel Dawson festgehalten. Schauprozesse vor Kriegsgerichten gegen führende Mitglieder der Allende-Regierung und revolutionären Organisationen werden vorbereitet.

DAS VOLK HAT NIE DEN WIDERSTAND AUFGEGEBEN

Trotz der schweren Niederlage des Volkes im September 1973, die Zehntausende Tote gekostet hat, und trotz der barbarischen Methoden der herrschenden Junta, haben die Arbeiter und Bauern nie aufgehört, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Die Bedingungen, unter denen heute der Kampf geführt wird, sind schrecklich: jeder Streik kann mit der Erschiessung der Streikführer enden, jede spontane Demonstration mit einem Massaker durch die bewaffneten Formationen der herrschenden Oligarchie. Jedes Flugblatt, das von den illegal arbeitenden revolutionären Organisationen verteilt wird, führt zu Razzien in den betreffenden Stadtteilen oder Fabriken. Trotz der herrschenden Barbarei haben die chilenischen Arbeiter bereits im Oktober und November wieder begonnen, ihr elementarstes Kampfmittel, den Streik, einzusetzen: allen voran setzten sich die U-Bahnarbeiter, die Bäckereiarbeiter, die Arbeiter der öffentlichen Verkehrsmittel und die Bergarbeiter in den Minen gegen die rapide Verelendung zur Wehr. Obwohl das Regime bei diesen Aktionen Dutzende Arbeiter ermordete und zahllose entliess, steigerten sich seitdem der passive Widerstand und die Sabotage. In den ersten 3 Monaten 1974 wurden 40 Streiks bekannt. Darunter die der Hafenarbeiter von Puer-

Chile—Solidaritätslied



In Chile ging die Sonne auf,
die Massen streben zur Macht.
Für Rechte, für Brot – dafür standen sie auf,
doch sie zögerten vor der letzten Schlacht.
Zur Solidarität die Faust geballt,
schlagt Chiles Bourgeoisie!
Das Volk verjagt sie mit Waffengewalt,
schafft proletarische Demokratie.

Der Klassenkampf wird hart geführt,
die herrschende Klasse, sie bangt.
Sie haben den Anfang der Volksmacht gespürt,
ihre Diktatur hat schon gewankt.
Refrain ...

Am 11. in der Septembernacht
mit CIA und Militär,
da haben sie ihren Putsch gemacht,
mit Panzern gegen das Arbeiterheer.
Refrain ...

Nun roll'n in Santiago die Panzer entlang,
das Volk leidet Hunger und Not.

Es jubeln Siemens und Deutsche Bank,
für sie gibt's Profit, für den Arbeiter Tod.
Refrain ...

Was hat unsre Klasse in Chile gelernt
nicht friedlichen Weg, sondern Krieg!
Wenn man nicht die Ausbeuterherrschaft entfernt,
erlangt das Volk nicht den entscheidenden Sieg.
Refrain ...

Doch der Kampf in Chile wird weiter geführt,
trotz Diktatur und Militär.
Die Einheit der Arbeiter wird organisiert,
die bewaffnete Volksmacht in Chile muß her.
Refrain ...

Proletarier ihr müßt erkennen,
Chile braucht Solidarität!
Laßt in euren Herzen brennen
Haß der Bourgeoisie, wo immer sie auch steht!
Refrain ...

to Montt, der Minenarbeiter in Vallenar, der Arbeiter einer Schuhfabrik in Santiago. Streiks gab es auch in den Kupferminen von El Teniente und Chuquicamata. Die Begräbnisse von Pablo Neruda und dem früheren Minister Allendes, José Toha, der von der Junta zu Tode gequält worden war, wurden zu eindrucksvollen Massenkundgebungen: Tausende begleiteten die Särge mit den Toten, riefen Parolen gegen die Diktatur und sangen die Internationale.

"DER WIDERSTAND DES VOLKES IST DER WEG"

Nach Berichten des chilenischen Widerstands haben antifaschistische Komitees im Untergrund die Arbeit aufgenommen. Am 1. Mai wurden Flugblätter verteilt, gummierte Aufkleber mit Parolen wie "Diktatur der Patrone: Hunger für das Volk" und "Der Widerstand des Volkes gegen die Diktatur ist der Weg" verbreitet. In einem Flugblatt stand: "Das Volk wird nicht erbetteln, was sie uns erlaubt haben, wir werden es uns kämpfend nehmen!

- Reorganisieren wir die CUT, die Gewerkschaften, die Verbände, trotz der Diktatur und gegen sie!
- Organisieren wir die Widerstandskomitees in jeder Fabrik, auf jedem Grossgrundbesitz, in jeder Siedlung und Schule!
- Wir akzeptieren weder Almosen noch den Hungerlohn!"

Die Bedeutung dieser Widerstandskomitees nimmt immer mehr zu. Über die Tätigkeit der Komitees schreibt die MIR, eine revolutionäre chilenische Organisation, in einer Broschüre: Die Komitees verfolgen die Ziele: "Sturz der Diktatur, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und die Verteidigung des Lebensniveaus der Volksmassen!"

Im Kampf für diese Ziele werden Kampfformen wie Streiks und Dienst nach Vorschrift ebenso angewendet wie neue, phantasiereichere: Lebensmittel werden mit höherem Gewicht als ausgeschrieben verpackt. Dies erleichtert "nicht nur ein wenig die Volksnot, die der Hunger und die wirtschaftliche Unterdrückung mit sich bringen: sie treffen auch eine Firma des Grosskapitals und des Grosshandels." Durch Brandlegung sind die Multiplas und Fuentes & Cia. beschädigt worden, "beide bekannt wegen ihrer unbarmherzigen Ausbeutung der Arbeiter."

Über eine andere Aktion heisst es: "In den verschiedensten Waren aus der Handwerks- und Kleinproduktion kann der Käufer im Innern versteckt Flugblätter und Parolen finden, während in den Autos des öffentlichen Transports Aufschriften gegen die Militärs erscheinen."

Auf einem Flugblatt eines Widerstandskomitees, das in Santiago verteilt wurde, steht zu lesen: "Die Diktatur ist nicht unbesiegbar. Nur die Kraft des Volkes, seiner Arbeiter, Angestellten, Bauern, Stadtteilbewohner und Studenten ist unbesiegbar."

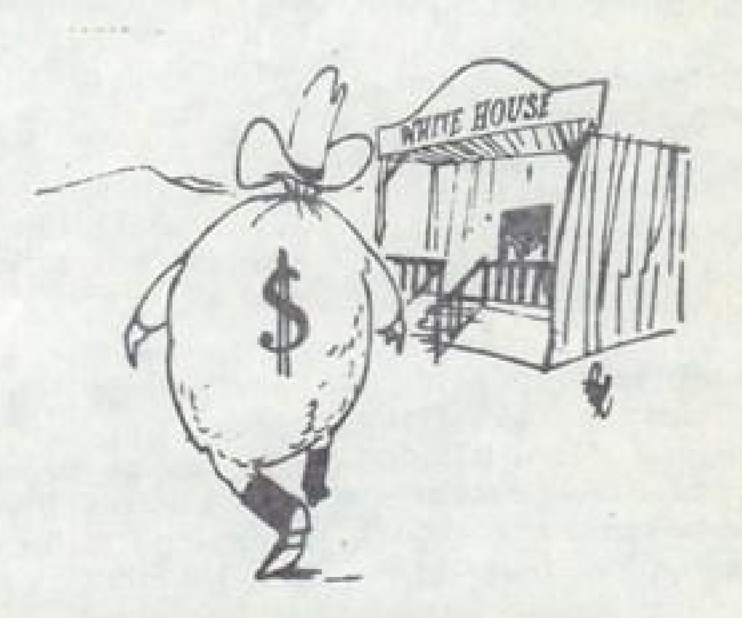
Die Arbeiterklasse Chiles hat in den letzten Jahren die wichtigsten Kampferfahrungen in der westlichen Welt gesammelt. All das sind schlechte Bedingungen für das Militärregime. Die Verstärkung der internationalen Solidaritätsbewegung wird die Junta weiter isolieren und dem Widerstand in Chile neue Mitkämpfer gewinnen können.

-hmg-

Ford/Rockefeller: das neue Gespann

Durch das bürgerliche Amerika geht ein Aufatmen: man hat wieder einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten dazu. Der Präsident Ford ist vor Antritt seiner Vizepräsidentschaft von 430 Geheimpolizisten auf eine saubere Weste hin durchsucht worden. Die bürgerliche Klasse in den USA hat es nicht leicht, aus ihrem politischen Personal einen halbwegs vorzeigbaren, nicht offen korrupten Kandidaten für das höchste Staatsamt zu finden. Sicher sein kann sie sich nur beim frisch ernannten Vizepräsidenten Rockefeller: der Mann ist nicht zu bestehchen. Der ist so reich, dass niemand das Geld aufbringen könnte, um ihn zu bestechen.

Abertausende von Arbeitern in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt schuften für den Herrn Vizepräsidenten ganz persönlich. Sein Privatvermögen wird auf 13o Mill. Dollar geschätzt, das Gesamtvermögen seiner Familie auf 6 bis 10 Milliarden. Über die drittgrösste Bank der Welt, die Chase Manhattan Bank, dirigiert sein Bruder David. Das grosse Kapital in den USA ist mit den beiden neuen Männern an der Spitze des Staates ausgesprochen zufrieden. Rockefeller ist einer der ihren und zu Ford unterhalten sie die besten Verbindungen. Und beide haben sie zur Zeit eine gute Presse und kommen beim Volk an. Es ist gelungen, für den Moment die Regierung wieder auf einen höheren Grad von Zustimmung zu gründen. Und die herrschende bürgerliche Klasse hat sich dazu keiner zwielichtiger Advokaten bedienen müssen, die von der Ausplünderung öffentlicher Ämter leben. Sondern sie hat gerade durch die Ausbootung einer solchen Advokatengestalt ihre eigenen Leute und direkten Gewährsmänner in ein besseres Licht stellen können. Die vielzitierte "Selbstreinigung der amerikanischen Demokratie" hat dem grossen Kapital diesen politischen Erfolg gebracht. Diese Selbstreinigung besteht darin, dass Amerikas Demokratie wie eine Aktiengesellschaft regiert wird, in deren Aufsichtsrat es keine Korruption gibt. Denn die dort sitzenden Vertreter sind direkte Eigentümer eines beträchtlichen Teils des verwalteten Kapitals.



Der grösste Geldsack: Er ist unbestechlich

Und weil sie allesamt von der Ausbeutung der arbeitenden Klasse so gut leben, dass Staatsämter und Pfründe für sie keine Versuchung sind. Vom Übel der Korruptionswirtschaft, die ihre Ergänzung findet in der Millionärsdemokratie, können sich Arbeiterklasse und Volk in den Vereinigten Staaten nur befreien, wenn sie mit dem Gesellschaftssystem Schluss machen, auf dem beides blüht. Demokratie, in der die arbeitenden Massen zu bestimmen haben, ist umfassend nur auf dem Boden sozialistischer Produktionsverhältnisse möglich. Die ökonomische Ungleichheit, die darin besteht, dass die Arbeiter der Gesellschaft ihre Arbeitskraft an die Nichtarbeiter, die Besitzer der Produktionsmittel, verkaufen müssen und deren Reichtum produzieren, diese ökonomische Ungleichheit verträgt sich nicht mit der politischen Gleichheit.

U.G.

Transportboykott gegen Junta



Stockholm. Der Kongress der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) hat auf seiner Sitzung in Stockholm beschlossen, am 18. und 19. September einen Boykott aller Transporte nach Chile zu Wasser, auf dem Land und in der Luft durchzuführen. Der Beschluss wurde von den Delegierten mit grosser Mehrheit angenommen. Mit der Aktion werden die Transportarbeiter ihre Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse ausdrücken und gegen die Militärjunta protestieren.

"Die Welt" vom 16. 8. 1974

ISLAND: Die Sicherung des Fischfangs ist gerecht!

Die Sowjetunion hat jene Länder, die eine Fischereizone von mehr als 12 Seemeilen verlangen, beschuldigt, "die legitimen Rechte und Interessen von Ländern, die Hochseefischfang betreiben", völlig zu missachten. Dieser Angriff richtet sich auch gegen Island, das seine eigenen Erfahrungen mit "Hochseefischfang betreibenden Ländern" gemacht hat.

Die isländische Wirtschaft beruht zu 80 % auf dem Fischfang. Ausser dem Fischreichtum an seinen Küsten hat das Land kaum Naturreichtümer und Bodenschätze.
Der Import von Maschinen, Fahrzeugen, Rohstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln wird fast ausschliesslich durch Fischexport gedeckt.
Aber nicht nur isländische Fischer nützen die Küstengewässer ihres Landes.
Seit Jahrzehnten plündern Fischereikonzerne aus Grossbritannien und der BRD den isländischen Fischbestand mit modernsten Fanggeräten, wobei sie auch die Jungfische mit engmaschigen Netzen fangen.
Heute sind die Heringsschwärme vor Island fast völlig ausgerottet, und auch der Bestand an Kabeljau, Schellfisch, Rotbarsch und anderen Fischen ist bedrohlich zurückgegangen. Ginge es nach den ausländischen Konzernen, könnte das isländische Volk in wenigen Jahren betteln gehen, denn bei gleichbleibender Abfischung wäre die isländische Küste in wenigen Jahren völlig fischfrei.

Angesichts dieser Bedrohung der ökonomischen Selbständigkeit und Überlebensfähigkeit hat die isländische Regierung den einzig richtigen Schritt gesetzt: Am 1. September 1972 erweiterte sie das isländische Hoheitsrecht auf 50 Seemeilen Küstengewässer mit alleinigem Fischrecht.

Sofort erklärten die Fischereikonzerne Island den Fischkrieg. Um das Land in die Knie zu zwingen, unternahmen sie massive Provokationen innerhalb der isländischen Hoheitszone. Ihren Höhepunkt erreichten diese Aktionen, als im Mai 1973 mehrere Fregatten der britischen Kriegsmarine, unterstützt von Versorgungsbooten, Schleppern und Marineflugzeugen, einen Raubzug von 20 britischen Fischfangbooten in Islands Gewässern absicherten. Dabei konnten sie sich darauf stützen, dass Island über keine Armee oder Marine verfügt.

Schliesslich klagten Grossbritannien und die BRD im Auftrag ihrer Fischkonzerne vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. In seiner Entscheidung hat der Gerichtshof Island jetzt das Recht verweigert, das Seegebiet vor der Küste der Insel von 12 auf 50 Seemeilen, ausschliesslich für den eigenen Fischfang auszudehnen. Island wurde ferner verboten, mit Gewalt sein Hoheitsgebiet vor britischen und westdeutschen Konzernflotten zu schützen. Begründet wurde das Urteil damit, dass Island "die historischen Fischereirechte anderer Länder" berücksichtigen müsse. Die Begründung wurde von einem polnischen Richter verlesen.

Aber die Ausdehnung der isländischen Hoheitszone ist eine gerechte Sache eines kleinen Landes, das sich gegen Ausplünderung und Unterdrückung durch den Imperialismus wehrt. Der Haager Gerichtsentscheid dagegen ist ungerecht, fällt dem isländischen Volk in den Rücken und wurde dementsprechend freudig von der britischen und der westdeutschen Regierung begrüsst.

Island jedoch erkennt weder das bestehende imperialistische Seerecht noch den Haager "Schiedsspruch" an, sondern reiht sich ein in die Front der kleinen Küstenländer und Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf für das Recht auf 200 Seemeilen.

Ende August hat die isländische Regierung eine weitere Ausdehnung des isländischen Hoheitsgebietes auf 200 Seemeilen erklärt.

M. G.

UNO-Seerechtskonferenz

HEFTIGER KAMPF GEGEN DIE VORHERRSCHAFT DER BEIDEN SUPERMÄCHTE AUF DEN WELTMEEREN.

Am 29. August ging in Caracas die zweite Sitzung der 3. UNO Seerechtskonferenz zu Ende. Delegationen aus 150 Ländern hatten an der Konferenz teilgenommen.

Zur Debatte standen Fragen wie die Breite der Hoheitsgewässer und Fischfangzonen, die Nutzung der Meeresbodenschätze und die Durchfahrt durch Meerengen für die internationale Schiffahrt. Die beiden Supermächte USA und Sowjetunion verteidigten heftig das derzeit bestehende Seerecht. Dagegen forderten die Mehrheit der Länder der Dritten Welt und zahlreiche andere Küstenstaaten die Errichtung eines neuen, allgemein gültigen Seerechts.

Die UNO Konferenz zeigte eine immer breiter werdende Front gegen die Supermächte, die sich zusehends isolierten.

DAS DERZEITIGE SEERECHT IST EIN RECHT DES STÄRKEREN

Dieses Seerecht ist in den vergangenen Jahrhunderten den Staaten der Welt von einer handvoll Kolonialmächte aufgezwungen worden. Heute behauptet die sozialimperialistische Sowjetunion, die sich gern als "natürlicher Verbündeter der Entwicklungsländer" ausgibt, dieses alte Seerecht habe sich in Jahrhunderten nach allgemein anerkannten Prinzipien herausgebildet und bewährt.
Die USA und die Sowjetunion wollen den Ländern ihre Hocheegrenzen vorschreiben und die Breite des Küstenstreifens, über den diese Länder rechtlich bestimmen, auf 12 Seemeilen beschränken. Sie verteidigen die sogenannte "Freiheit auf Hochsee", um mit ihren Kriegsschiffen ungehindert und unkontrolliert Meerengen durchfahren zu können. Ihre Fischfangflotten plündern den Fischreichtum anderer Länder. Z.B. stammen mindestens 80% der sowjetischen Fischfänge aus Küstengewässern fremder Staaten.
Die USA wiederum stahlen allein 1972 an den Küsten Ecuadors Thunfisch im Wert von mehr als 15 Mia Dollar. Infolge ihrer fortgeschrittenen Technologie bedeutet diese "Freiheit auf Hochsee" für die Supermächte ausserdem das Monopol auf

Forts. S. 19

Zweierlei Gefängnisse

Wer sich schon einmal gefragt hat, was die amerikanische Bourgeoisie mit den verurteilten Watergate-Politikern macht, konnte das kürzlich in den Zeitungen lesen. Es gibt für Leute wie Nixon & Co besondere Gefängnisse, sogenannte 'white collar camps' (weisser Kragen ist eine Bezeichnung für Angestellte und Beamte im Gegensatz zu den 'blue collars' - blauer Kragen, den Arbeiter tragen).
Und zwar nicht wenige: 8 Bundes- und mehrere Landesanstalten. Diese "Gefängnisse" haben keine Zäune und die Wächter tragen keine Waffen. Sie sind mit Schwimmbad, Golf- und Tennisplätzen ausgestattet. Der tägliche Besuch von Verwandten ist selbstverständlich, Damenbesuch ist jederzeit erlaubt, Genuss von Alkohol und Rauschgift ebenso.

In empörten Leserbriefen wiesen amerikanische Bürger auf die Ungerechtigkeit dieser Behandlung hin, im Gegensatz beispielsweise zu einem Neger, der einige hundert Dollar oder noch weniger von einer Tankstelle stiehlt und dafür vielleicht 10 oder 15 Jahre im Gefängnis sitzen muss. Kommentar eines amerikanischen Journalisten dazu: "Aber wenn man ins Gefängnis muss und einem ein white collar camp angeboten wird, lehnt man es nicht ab, nicht wahr?"

die Nutzung der Meeresbodenschätze.

Aber die Länder der Dritten Welt wollen die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft, die Reichweite ihrer Rechtssprechung, und den Schutz ihrer nationalen Sicherheit nicht deswegen einengen lassen, weil es den Supermächten in ihre Politik der weltweiten Vorherrschaft passt. Sie wollen ihre Fischereizonen und Meeresbodenschätze nicht ausplündern lassen.

Bereits vor über 20 Jahren haben mehrere lateinamerikanische Länder begonnen, sich gegen den Raub ihrer Fischbestände durch die USA gemeinsam zur Wehr zu setzen. Deshalb erklärten sie die Ausweitung ihrer Hoheitszonen und des alleinigen Fischereirechts auf 200 Seemeilen. Sie beschlagnahmten Fischereiboote der USA, die illegal in ihre Hoheitsgewässer eingedrungen waren und belegten sie mit hohen Geldstrafen.

In den letzten Jahren haben sich immer mehr Küstenstaaten der Forderung nach dem Recht auf eine Hoheitszone bis zu 200 Seemeilen angeschlossen, und zum Teil von sich aus ihre Hoheitsgewässer ausgeweitet. Heute unterstützen bereits 80 der 110 Küstenstaaten diese Forderung.

DIE VÖLKER ERHEBEN IHRE STIMME - DIE SUPERMÄCHTE SITZEN AUF DER ANKLAGEBANK

Auf der Konferenz wurden die Supermächte immer mehr in die Enge getrieben. Viele Diskussionsredner verurteilten die Sowjetunion, die am bestehenden Seerecht festhielt und erklärten, ihre Länder würden das Diktat der Supermächte niemals annehmen. Sie wiesen entschieden das Argument des sowjetischen Vertreters zurück, der behauptete, die Entwicklungsländer seien aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwäche sowieso nicht imstande, ihre Naturreichtümer auszunutzen, und dass es gerade den armen Ländern schade, wenn soviel Reichtum ungenützt bliebe. Nach dieser Imperialistenlogik würde es im Interesse der Entwicklungsländer liegen, wenn einige reiche und mächtige Länder ihre Reichtümer ausplündern.

Infolge der einmütigen Haltung der Länder der Dritten Welt mussten die Sozialimperialisten schliesslich ihr Vorgehen ändern. Sie erklärten plötzlich, das Recht auf 200 Seemeilen anzuerkennen. Gleichzeitig aber wurden "Vorbedingungen" genannt: jede wichtige Frage sollte nur einstimmig oder mit 9/10 Mehrheit entschieden werden können. So sollten Mehrheitsentscheidungen, die gegen den Willen der SU gingen, verhindert werden. Zahlreiche Redner wiesen diesen Vorschlag schärfstens zurück. Die Konferenz legte schliesslich fest, dass wichtige Beschlüsse die Zustimmung von 2/3 der anwesenden Vertreter erfordern.

Besonders heftig reagierten die Vertreter imperialistischer Mächte auf die Forderung der Dritten Welt, dass Meerengen unter der staatlichen Hoheit und Verwaltung der jeweiligen Küstenländer liegen sollen und insbesondere Kriegsschiffe nur mit Wissen und Zustimmung dieser Länder passieren dürfen.

Der Vertreter der Sowjetunion bezeichnete es ganz offen als das "unveräusserliche und legitime Recht der Sowjetunion", Kriegsschiffe "zur Fahrt in alle Teile der Weltmeere" zu entsenden. Er erklärte, dass ihre Kriegsschiffe und Atom-U-Boote Meerengen innerhalb der Territorialgewässer fremder Länder nach Belieben passieren dürfen, um auf allen Ozeanen der Welt dem US-Imperialismus als Rivale entgegenzutreten. So wollten sie sogar ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Hoheitsgewässer und Fischfangzonen von der freien Durchfahrt ihrer Kriegsschiffe durch Meerengen abhängig machen. Die Vertreter der USA gaben ähnliche Erklärungen ab.

Der Leiter der chinesischen Delegation wies in seiner Rede darauf hin, dass überall dort, wo die Supermächte um die Vorherrschaft auf den Meeren kämpfen, dies für Völker eine ständige Bedrohung und Kriegsgefahr sei. So zum Beispiel im Mittelmeer, wo die Flotten der beiden Supermächte ständig für Unruhe sorgen, wie es zuletzt der Krieg um Zypern der ganzen Welt drastisch vor Augen geführt hat.

Die Konferenz in Caracas war ein grosser Erfolg für die Völker der Welt. Besonders im Kampf für die 200 Meilen Wirtschaftszone haben sich die Länder der dritten Welt mit einigen entwickelten Küstenstaaten zusammengeschlossen und die Supermächte in eine Position der Defensive gedrängt.

Die Seerechtskonferenz hat deutlich gezeigt:
Der Kampf der Küstenländer für die Errichtung einer neuen Seerechtsordnung ist zu einem neuen Brennpunkt des weltweiten Kampfes gegen die Weltherrschaftspläne der Supermächte geworden.

M.G./Red.





KÄMPFE IN SÜDVIETNAM

Die USA und Thieu tragen die Verantwortung!

Angesichts schwerer Kämpfe in Südvietnam häufen sich in den bürgerlichen Zeitungen die Meldungen über eine angebliche Offensive der Nordvietnamesen und der Vietkong. Es wird das Gespenst einer "nordvietnamesischen Offensive" an die Wand gemalt, um die Kriegshandlungen der USA und ihres Saigoner Marionettenregimes unter Thieu und ihren ständigen Bruch des Pariser Friedensabkommens von 1973 zu rechtfertigen.

Über 400 000 mal hat Thieu das Abkommen gebrochen. In den befreiten Gebieten, die durch das Pariser Friedensabkommen der Souveränität der Provisorischen Revolutionären Regierung unterstellt sind, hat die Saigoner Marionetten-Armee immer wieder versucht, widerrechtlich Stützpunkte zu errichten. Unaufhörlich hat sie Städte und Dörfer bombardiert und niedergebrannt. Die Bewohner mussten flüchten. Mit brutaler Gewalt hat sie sich der Flüchtlinge bemächtigt und in KZ-ähnlichen Elendslagern zusammengetrieben.

Thieu kann diesen Krieg gegen das Volk nur fortsetzen, weil hinter ihm ein viel mächtigerer Feind des vietnamesischen Volkes steht - der US-Imperialismus. Die USA schickt alle nur denkbare Hilfe nach Saigon, besonders Waffen, was dem Abkommen widerspricht. Die amerikanische Botschaft in Saigon ist die tatsächliche Kommandozentrale des Krieges gegen das vietnamesische Volk. Dort fallen die Entscheidungen, dort werden die 25.000 Militärberater koordiniert und eingesetzt.

Um diesen Krieg fortsetzen zu können, forderte das US-Verteidigungsministerium eine Erhöhung des Betrages für die monatlichen Munitionslieferungen an Thieu von 30 Mio Dollar 1974 auf 33,5 Mio Dollar für 1975. Die direkte Militärhilfe 1974 beträgt 1,2 Mia Dollar (Neue Zürcher Zeitung, 7.8.). Damit zahlt sie die Luftwaffe des faschistichen Thieu-Regimes (zahlenmässig die drittgrösste der Welt), seine Kriegsmarine (die achtgrösste der Welt) und die 1,1 Millionen Soldaten (Süddeutsche Zeitung 8.1.1974). Die französiche Tageszeitung 'Le Monde' berichtete, dass wieder US-Piloten Einsätze gegen die befreiten Gebiete fliegen, so z.B. bei dem Versuch der Thieu-Armee die befreiten Gebiete bei Ben Cat (in der Nähe Saigons) einzunehmen.

Es ist eine höchst legale Angelegenheit, wenn jetzt die revolutionären Streitkräfte des vietnamesischen Volkes damit begonnen haben, alle nach der Unterzeichnung des Abkommens von der Thieu-Armee eroberten Gebiete wieder zu befreien, die dort errichteten KZ's niederzureissen und der Bevölkerung die Rückkehr in ihre Dörfer zu ermöglichen.

Italien: Breite Bewegung gegen Faschismus und Reaktion

Das italienische Volk hat in den vergangenen Wochen und Monaten durch Proteststreiks, auf Massenkundgebungen und Demonstrationen deutlich seine Abscheu gegen die verbrecherischen Attentate der Faschisten bekundet. Die Trauerfeierlichkeiten für die 12 Menschen, die bei dem faschistischen Bombenanschlag auf den Zug "Italicus" bei S. Benedetto/Bologna am 4. August ums Leben kamen, wurden überall zu mächtigen Kundgebungen gegen den Faschismus. Allein in Bologna hatten sich über 100.000 Menschen versammelt. Der von den Gewerkschaften ausgerufene Generalstreik wurde überall befolgt.

Der Anschlag auf den "Italicus" und das Bombenattentat auf eine antifaschistische Kundgebung in Brescia am 28.5. sind die vorläufigen Höhepunkte von einer Reihe von Aktionen gegen die Arbeiterklasse, ihre Gewerkschaften und politischen Organisationen. In den letzten 5 Jahren wurden durch die faschistischen Umtriebe über 50 Menschen getötet, mehr als 500 verletzt. Die Faschisten wollen damit die Krise in Italien auf ihre Weise verschärfen und so zuspitzen, dass sie zusammen mit Teilen der Armeeführung einen Staatsstreich durchführen können. Diesen Plan haben sie seit längerem gefasst. Er ist bis in die Einzelheiten ausgearbeitet, nur der Tag der Ausführung ist noch nicht festgelegt. Damit die Durchführung gelingt, dafür haben verschiedene Armeeinheiten bereits in grossen Bürgerkriegsmanövern in den letzten Monaten geübt.

Noch im Mai, als es um die Abstimmung für oder gegen die Ehescheidung ging, versuchten die italienischen Christdemokraten, die den Staatspräsidenten und den Ministerpräsidenten stellen und stärkste Partei im Parlament sind, mit den Faschisten gemeinsame Sache zu machen. Die Christdemokratische Partei, die Faschisten und die katholische Kirche hatten sich zusammen getan, die Ehescheidungsgesetze wieder abzuschaffen. In der Volksabstimmung haben die Volksmassen dieser Heiligen Allianz eine klare Absage erteilt. Die grosse Mehrheit des Volkes stimmte für die Beibehaltung der Scheidung.

Die Niederlage in der Volksabstimmung, die beträchtlichen Stimmenverluste bei den Regionalwahlen auf Sardinien im Juni und die Massendemonstrationen gegen den Faschismus zwingen die Christdemokraten jetzt, sich verbal gegen die Faschisten zu stellen: Die Führer der Christdemokraten haben während und nach den Attentaten in Brescia und Bologna die "Einheit aller demokratischen Parteien" während des Widerstands gegen den Faschismus im zweiten Weltkrieg beschworen und "Massnahmen" gegen die Faschisten angekündigt. Diesen Schritt müssen die Christdemokraten machen, weil das italienische Volk den Faschismus nicht will.

Dieser Schritt verändert aber auch das Verhältnis zur revisionistischen KPI. Die KPI hat auf diese Entwicklung seit langem gewartet. Ihr Chef, Berlinguer, hat in dieser Situation sein Angebot der Zusammenarbeit mit den Christdemokraten wiederholt, um die immer offener werdende wirtschaftliche und politische Krise Italiens gemeinsam zu lösen. Dieses Angebot, das unter der Bezeichnung "Historischer Kompromiss" bekannt geworden ist, bedeutet die Unterstützung der KPI, der zweitstärksten Partei im italienischen Parlament, für alle Stabilitätsmassnahmen der Regierung, wenn gleichzeitig eine Vereinbarung über verschiedene Reformen damit zustande kommt. Die KPI bietet dafür die Garantie, dass sie die Arbeiter und die übrige werktätige Bevölkerung am Kampf für ihre Interessen noch mehr als bisher - im Interesse der "nationalen Wirtschaft" - hindern will.

Ob das "Bündnis aller demokratischen Kräfte" zustande kommt, hängt letztlich vom Bewusstsein und von der Organisation des italienischen Proletariats und seiner Verbündeten ab. Die christdemokratischen Führer haben auf den letzten Massenkundgebungen für ihre "antifaschistischen" Lippenbekenntnisse und Aufforderungen zum "gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus" nichts ausser Pfiffen und Buhrufen geerntet. Der bürgerliche Staat, in dem die Christdemokraten die wichtigsten Machthebel innehat, deckt die Faschisten. Das wissen die Massen. Sie wissen, dass Kapitalisten wie Monti und Piaggio die faschistischen Banden finanzieren. Oder dass Leute wie Cefis, Chef des staatlichen Chemiekonzerns Montedison und Freund des DC-Parteiführers Fanfani, mit Hilfe der Geheimdienste in linken Parteien herumspionieren. Die Arbeiter halten deshalb nicht viel vom Kompromiss mit der DC zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie,

DIE MASSEN WOLLEN DEN SOZIALISMUS

Denn der Kapitalismus bringt für die Werktätigen nichts als zunehmende Verelendung und Rechtlosigkeit. Offiziellen Angaben zufolge gab es im Juli bereits 600.000 Arbeitslose, für das Jahresende wird eine Zahl von einer Million vorausgesagt. Eine Reihe von Kleinbetrieben musste aufgrund des immer schärfer werdenden Konkurrenzkampfes zusperren. Auch einige der grössten Konzerne Italiens, wie FIAT, Pirelli, Indesit und andere drohen mit weiteren Entlassungen und Kurzarbeit. Die Preissteigerungsrate ist mit über 20 % eine der höchsten Europas; allein von Juni auf Juli sind die Preise um 2,4 % gestiegen. Wichtige Lebensmittel, wie etwa Fleisch, können sich viele Familien nicht mehr regelmässig leisten.

In Rom leben über 100.000 Menschen in Baracken, während ca. 40.000 Luxuswohnungen leerstehen. Die Mieten sind oft so hoch, dass gleich die Hälfte des Lohns draufgeht.

Das im Juli von der Regierung Rumor vorgelegte 'Notstandsprogramm' brachte weitere Steuererhöhungen, Erhöhungen der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel, für Benzin, Gas usw. Mit dem aus den Taschen der Werktätigen gezogenen Geld soll die kapitalistische Krise saniert und der staatliche Unterdrückungsapparat ausgebaut werden. Polizei und Carabinieri werden mit gesetzlichen Vollmachten versehen, die ein rasches und hartes Durchgreifen des Staates gegen jede Bewegung der Volksmassen erleichtern. (siehe den nebenstehenden Augenzeugenbericht aus Neapel!).

Trotz faschistischen und staatlichen Terrors lässt sich die italienische Arbeiterklasse nicht einschüchtern. Sie erkennt deutlich die Verfaultheit des kapitalistischen Systems, die Korruptheit des Staatsapparates und die arbeiterfeindliche Politik der Regierung. In Streiks und auf Demonstrationen kämpft sie für die Durchsetzung ihrer Interessen.

t. l.

Antifaschistische Demonstration Anfang August gegen den Anschlag auf den 'Italicus'-Express

SÜDVIETNAM...

Die letzten anderthalb Jahre haben bewiesen, dass die USA und Thieu nur die Sprache der Gewalt verstehen und dass sie gezwungen werden müssen, die Vereinbarungen des Pariser Abkommens einzuhalten. Die Verantwortung für die verschärften Kämpfe tragen alleine die USA und ihre Marionette Thieu.

Polizei zerschlägt Arbeiterdemonstration

BERICHT EINER AUGENZEUGIN AUS NEAPEL

Die Klassenkämpfe in Italien werden immer heftiger. Das merkt man bei jedem Schritt durch die Städte; keine Wand, kein Haus, auf dem keine Parolen und Plakate angebracht sind, zum Teil übereinander, wenn die Faschisten versuchen, ihre Weisheiten unter die Leute zu bringen.

Gerade in Süditalien ist die Lage besonoerns zugespitzt. Eine grosse Anzahl von Arbeitslosen ist die Ursache dafür. In einigen Stadtteilen von Neapel ist jeder Zweite arbeitslos. Die Verelendung breiteser Schichten der Arbeiterklasse nimmt immer grössere Ausmasse an.

Aber auch der Widerstand wächst. Die Arbeiterklasse setzt sich immer heftiger zur Wehr. Die Faschisten setzen alles daran, auf dieser Unzufriedenheit ihr Süppchen zu kochen, aber nur Kleinbürger und Studenten sammeln sich bei ihnen.

In Neapel wurden wir Zeugen der Massnahmen, die der Staat gegen die Arbeitslosen ergreift.

Bei der Stadtverwaltung von Neapel waren 300 Arbeitsplätze freigeworden. Die Bemühungen der meisten Bewerber um diese Stellen waren aber zwecklos. Die durch und durch korrupte Verwaltung stellte nur diejenigen ein, die die höchsten Bestechungsgelder zahlten bzw. aufbringen konnten. Aus Protest gegen diese "Einstellungsverfahren" blockierten etwa 60 Arbeiter mit einem Sitzstreik den Corso Umberto, eine der grossen Hauptstrassen Neapels. Schnell beschriebene Papptafeln klärten über die Ziele dieser Demonstration auf, und sehr schnell hatten sich 300 bis 400 Menschen an den Strassenrändern und auf der Strasse versammelt.

Auch die Polizei war mittlerweile erschienen. Zuerst etwa 40 Mann mit Helmen, Schutzschildern und Schlagstöcken, die den Arbeitern gegenüberstanden. Plötzlich kamen aus einer Seitenstrasse 5 Jeeps, mit Stahlgittern verkleidet, die wie kleine Kampfwagen aussahen.

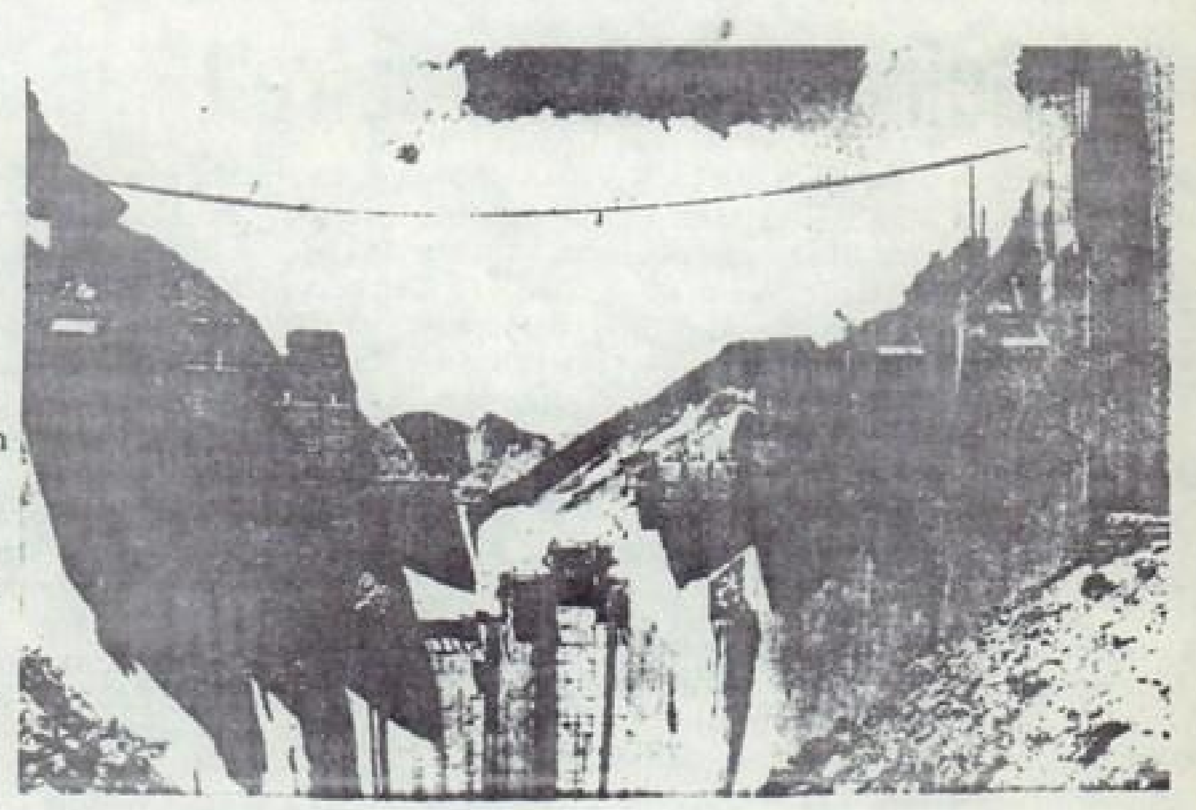
Die Jeeps fuhren über die gesamte Strassenbreite in Reihe auf, die Polizisten sammelten sich dahinter. Auf ein Kommando hin wurden die Sirenen angeschaltet und die Wagen rasten auf die Menge zu. Wenige Zentimeter vor den ersten Menschen bremsten sie ab. In diesem Moment flogen einige Tränengasgranaten und die Polizisten stürmten hinter den Wagen hervor. Mit unheimlicher Brutalität - einige Polizisten fassten den Schlagstock mit beiden Händen, um kräftiger zuschlagen zu können - wurden die Arbeiter von der Strasse getrieben. In diesem Moment kochte der Zorn bei den am Rande stehenden über, und der etwas abseits stehende Offizier, der den Einsatz kommandierte, sah sich von 100 Leuten umringt und bezog kräftige Prügel, bis seine Schergen ihn wieder herausgehauen hatten. Danach jagten die Jeeps immer wieder die Strasse auf und ab und auch in die Seitenstrassen, um die Ansammlungen auseinanderzujagen. Diese Massnahmen haben den Hass der Arbeiter nur verstärkt; ein Arbeiter sagte uns: Wenn das so weitergeht hier, gibt es in einem Jahr von Rom bis Kalabrien einen Aufstand.

B E., Hannover

(Aus: KVZ Nr. 16, 7. 8. 1974)

Österreich beliefert Rüstungsindustrie der Kolonialisten

Hafenarbeiter in Bremen und Hamburg deckten kürzlich auf, dass die österreichische Bourgeoisie die portugiesischen Kolonialisten nicht nur politisch und diplomatisch unterstützt, sondern sich auch direkt an der Aufrüstung Portugals gegen die afrikanischen Völker beteiligt. Die österreich-amerikanische Magnesit AG Radenthein liefert chemisches Frachtgut über Hamburg und Bremen in die portugiesischen Kolonien, wo es zur Herstellung von Rüstungsgütern für den Kolonialkrieg verwendet wird. Am 12. April 1974 wurde der Frachter "Najade Willemstadt" mit grossen Mengen dieser strategischen Chemikalien beladen. Als Zielort wird Mocamedes (Süd-Angola) und Nampula/Nacala (Mozambique) angegeben. Nampula/Nacala sind militärische Luftstützpunkte der portugiesischen Kolonialarmee.



Der Cabora-Bassa-Staudamm - jenes Projekt, das die Bastion der weissen Herrschaft, zwischen den portugisischen Kolonialisten und den südafrikanischen und rhodesischen Rassistenregimes festigen sollte. Um den Bau stritten sich schwedische, deutsche, amerikanische und englische Konzerne um einen möglichst grossen Brocken von der Ausplünderung der afrikanischen Länder und Völker für sich zu sichern. Aber der siegreiche Befreiungskampf der Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Unter der Führung der Frelimo (Befreiungsfront von Mozambique) steht heute das Volk Mozambiques am Vorabend seiner vollständigen Befreiung vom portugisischen Kolonialjoch.

BRD: Gefängnisstrafen für leitende Mitglieder des KBW

Das Landesgericht Mannheim/BRD hat leitende Genossen des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) wegen schwerem Landfriedensbruch zu Gefängnisstrafen von mehreren Monaten verurteilt. Wegen Beteiligung an einer Demonstration gegen das völkerfeindliche imperialistische Cabora-Bassa-Staudamm-Projekt in Mozambique im Sommer 1970 waren sie 1972 zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 7 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. In einem Revisionsprozess wurden diese Urteile nun in unbedingte und längere Gefängnisstrafen umgewandelt.

In einer Erklärung zu diesen Urteilen schreibt das Zentrale Komitee des KBW unter anderem: "Das Landesgericht Mannheim hat seinen politischen Auftrag erfüllt. Dieser Auftrag bestand darin, 1974 in einer verschärften Situation des Klassenkampfs einen Nachschlag für die Urteile von 1972 zu holen und durch Gefängnisstrafen für gewählte Funktionäre des KBW diesem einen Schlag zu versetzen.

Dieses Verfahren reiht sich ein in eine ganze Reihe anderer Verfolgungs- und Unterdrückungsmassnahmen, mit denen die Bourgeoisie und der bürgerliche Staat auf die verschärfte Klassenkampfsituation reagieren. Es ist ein weiteres Zeichen für die rasche Rechtsentwicklung der Bourgeoisie, mit der sie auf noch weitgehend spontane Kämpfe der Arbeiter und des Volkes, den Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Linksentwicklung unter den Massen antwortet. Die Kommunisten sind Organisatoren der Bewegung der Massen. Deshalb versucht die Bourgeoisie, sie auszuschalten und in die Gefängnisse zu schicken.

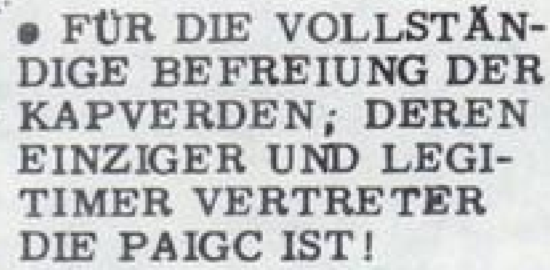
Jeder einzelne Genosse wird dieses Urteil nicht als Einschüchterung hinnehmen, sondern als Ansporn begreifen, seine Arbeit zu verbessern."

Guinea-Bissau befreit

Mit Wirkung vom 10. 9. 1974 wird Portugal Guinea-Bissau als unabhängigen Staat anerkennen, statt eines Referendums unter der Kontrolle Portugals wird die PAIGC die Staatsgeschäfte übernehmen und dafür sorgen, dass alle portugiesischen Truppen das Land verlassen. Die Aufnahme in die UNO ist vom Sicherheitsrat bereits befürwortet worden.

Obwohl viele fortschrittliche Menschen in Österreich immer wieder für die bedingungslose und sofortige Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau eintraten, hat die österreichische Bundesregierung bis zum letzten Augenblick, bis wenige Stunden vor der Entscheidung des UNO-Sicherheitsrates diesen Schritt aus Rücksicht auf das portugiesische Kolonialregime hinausgezögert.

Noch nicht beseitigt ist die Herrschaft des portugiesischen Kolonialismus über die Kapverdischen Inseln vor der Küste von Guinea-Bissau. Portugal und die NATO wollen diese Inselgruppe aus militärischen Gründen unter Kontrolle behalten: als Nachschubbasis und Zwischenstation auf der Kap-Route. Aber die PAIGC - die Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverden - wird den Kampf auf den Kapverdischen Inseln fortsetzen bis zur vollständigen Befreiung des gesamten Territoriums. Unabhängig von der durch Portugal zugestandenen Volksabstimmung vor den Bajonetten der Kolonialmacht geht es heute für das Volk der Kapverden darum, eine eigene Nationalversammlung zu wählen, eine eigene Verfassung auszuarbeiten und die vollständige Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln selbständig zu erringen.



• FÜR DIE VOLLSTÄNDIGE BEFREIUNG DER KAPVERDEN; DEREN EINZIGER UND LEGITIMER VERTRETER DIE PAIGC IST!

• FÜR DEN VOLLSTÄNDIGEN ABZUG ALLER PORTUGIESISCHEN TRUPPEN AUS AFRIKA!



Demonstration und Kundgebung auf den Kapverdischen Inseln für die Einheit mit Guinea-Bissau

Ein großer Sieg für das Volk von Mozambique

Am Dienstag, den 10. September fand in Lusaka die Unterzeichnung des Vertrages statt, mit dem das portugiesische Kolonialregime der "ehemaligen Überseeprovinz Mozambique" die Unabhängigkeit zugesteht. Zwar werden die portugiesischen Truppen bis 1975 im Land stationiert bleiben, doch kommt das Volk von Mozambique unter der Führung seiner Befreiungsbewegung, der FRELIMO, mit diesem Vertragsabschluss der vollständigen Unabhängigkeit einen entscheidenden Schritt näher. In Mozambique ist die Lage für den vollständigen Sieg des Befreiungskampfes ausgezeichnet. Überall im Land weigern sich portugiesische Soldaten, den Kampf gegen das Volk von Mozambique fortzuführen. Massenhaft laufen afrikanische Soldaten der portugiesischen Armee zur FRELIMO über und stellen sich und ihre Waffen in den Dienst der gerechten Sache des Volkes. Portugiesische Soldaten lehnten es ab, aus den grossen Städten in Stützpunkte im Innern des Landes verlegt zu werden. Zahlreiche Garnisonen - vor allem im Norden des Landes - mussten aufgegeben werden, da die Soldaten jede Kampfhandlung gegen die FRELIMO verweigert haben.

Auf massenhaft verteilten Flugblättern mit Bildern von Verbrüderungsszenen zwischen FRELIMO und portugiesischen Soldaten wird erklärt, worum es dem Volk unter der Führung der FRELIMO geht: um wirkliche Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung durch Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus für das gesamte Volk von Mozambique - sowohl für die Afrikaner als auch für die Weissen. Diese klare Linie der FRELIMO hat schon viele weisse Siedler überzeugt. Sie haben ihre Waffen niedergelegt und solidarisieren sich mit der FRELIMO! Von dem Ausmass der Unterstützung zeugte jüngst eine Massenkundgebung in der Hauptstadt Lourenco Marques. Mehr als 20.000 Schwarze und Weisse strömten am 3. September zusammen, um der FRELIMO für die Verhandlungen mit Portugal ihre volle Unterstützung zu bekunden. "Die Polizei sprach von der grössten FRELIMO-Demonstration der Geschichte Mozambiques" (Südd. Zeitung, 6. 9.) - das Geschäftsleben ruhte, alle Behörden hatten geschlossen, um den Angestellten die Teilnahme an der Massenkundgebung zu ermöglichen.

Doch trotz dieser eindeutigen Entwicklung in Mozambique hören die Besatzungstruppen nicht auf mit der Terrorisierung der schwarzen Bevölkerung. Erst kürzlich wurden 7 Arbeiter, die aus den Minen der Südafrikanischen Republik nach Mozambique zurückkehrten, an der Grenze erschossen und mehrere verwundet: von ihrem Lohn wird ihnen vor der Auszahlung ein Grossteil (60%) abgezogen und an Portugal direkt in Gold überwiesen. Von dem schäbigen Rest verlieren sie durch den Zwangsumtausch an der Grenze nochmals die Hälfte. Ihr "Vergehen" war es, diesen Zwangsumtausch zu verweigern. Was die faschistischen Teile der weissen Siedler betrifft, so fliehen sie in grosser Zahl Hals über Kopf aus dem Land, zum Teil auch in das faschistische Brasilien. Oder sie beteiligen sich am Aufbau von Söldnertruppen, die Mord und Terror über das Land bringen. Finanziert werden diese Truppen von den grossen Konzernen imperialistischer Mächte, die die Ausbeutung der Bodenschätze von Mozambique und den Ausbau des Cabora-Bassa-Staudamms mit Gewalt sicherstellen wollen. Besonders bedroht sieht die Südafrikanische Republik ihre Riesenprofite und ihre rassistische Herrschaft im südlichen Afrika. Sie hat bereits Mozambique mit Jagdbombern angegriffen und an der nördlichen Grenze Rhodesiens eigene Truppen stationiert.

Diese faschistischen Kräfte betreiben die Vorbereitung eines Bürgerkriegs in Mozambique. Daher wird das Volk unter der Führung der FRELIMO nicht eher die Waffen aus der Hand legen, als bis alle Feinde seiner Unabhängigkeit und Freiheit vollständig geschlagen sind und der Aufbau der neuen Gesellschaft ungehindert vorangetrieben werden kann.

-le-

Indien annektiert Sikkim

Anfang September hat das indische Parlament mit 310 gegen 7 Stimmen beschlossen, den kleinen Himalayastaat Sikkim in einen "assoziierten" Staat Indiens zu verwandeln. Aufgrund einer Änderung der indischen Verfassung wird nun Sikkim in die indische Wirtschaftsplanung einbezogen und je einen Vertreter in die beiden Häuser des indischen Parlaments entsenden. Damit wurde Sikkim praktisch zu einem indischen Bundesland, und der seit 1950 gültige Vertrag, der Sikkim zu einem indischen Protektorat machte, ihm aber seine innere Autonomie beliess, von Indien einseitig gebrochen.

Indien hat diese Annexion durch die Entsendung von Truppen und die Einrichtung einer ihm genehmen 'Nationalversammlung' vorbereitet. Proteste der Bevölkerung Sikkims gegen diesen Akt kolonialistischer Expansion wurden von den indischen Truppen gewaltsam unterdrückt.

Die neokolonialistische Politik Indiens findet mit Billigung und Unterstützung der sozialimperialistischen Sowjetunion



statt- auch die Revisionisten im indischen Parlament haben für die Annexion Sikkims gestimmt! Dieser neokolonialistische Akt steht in engem Zusammenhang mit der aggressiven Politik der indischen und sowjetischen Regierung gegenüber Pakistan und der VR China ; ebenso wie mit der rücksichtslosen Ausbeutung des jungen Staates Bangla Desh durch Indien (die indischen Kapitalisten kontrollieren fast vollständig die Wirtschaft von Bangla Desh).

Die Kommunisten Indiens ebenso wie die chinesische Regierung haben energisch gegen die Annexion Sikkims durch Indien protestiert. Niren Gosh, der Führer der indischen Kommunisten, erklärte im indischen Parlament, dass die "Assoziierung" nur ein Deckmantel für die Einverleibung Sikkims bedeute. Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua bezeichnete den indischen Schritt als "durchaus vergleichbar mit dem traditionellen Kolonialismus".

t. l.

Schluß mit der ausländischen Einmischung in Zypern

Die türkische Intervention auf Zypern hat ihr Ziel erreicht. Rund ein Drittel des Terretoriums ist von türkischen Truppen besetzt und wird in ein autonomes Gebiet mit türkischer Verwaltung umgewandelt. Damit ist die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des zyprischen Staats zerstört, das zypriotische Volk, in zwei Nationalitäten gespalten, ist zum Spielball imperialistischer Machtkämpfe geworden. Schon der Putsch gegen die rechtmässige Regierung Makarios hat eines verdeutlicht: Hier geht es um die Kontrolle einer Insel von enormer strategischer Bedeutung für die beiden Supermächte. Die USA auf der einen Seite, die Sowjetunion auf der anderen Seite wollen sich dieses "unsinkbaren Flugzeugträgers" bemächtigen, um damit das östliche Mittelmeer zu kontrollieren. Auch wenn die beiden imperialistischen Oberherren nicht direkt in den Kampf um die Insel eingegriffen haben, so liefen doch alle Fäden bei ihnen zusammen. Der Zypernkrieg hat einmal mehr bewiesen, dass die beiden imperialistischen Supermächte in ihrem unbändigen Expansionsdrang und Machtstreben vor keinem Verbrechen zurückscheuen und auf andere Völker keine Rücksicht nehmen. Sie stürzen Regierungen, hetzen Staaten gegeneinander auf und treiben Völker in blutige Kriege.



IM AUFTRAG DER USA: PUTSCH GEGEN MAKARIOS

1960 konnte das zypriotische Volk den englischen Kolonialisten seine Unabhängigkeit abringen. Aber diese Unabhängigkeit war nicht vollständig: Die drei Garantiemächte Grossbritannien, Griechenland und Türkei konnten Truppen auf der Insel stationieren und erhielten das "Recht" zugesprochen auf der Insel einzumarschieren, falls sie eine Vertragsbestimmung für verletzt hielten. Grossbritannien behielt darüber hinaus zwei Militärstützpunkte. Obwohl diese nicht offiziell in die NATO integriert sind, unterhält die USA auf einer dieser Militärbasen eine Radaranlage mit deren Hilfe der gesamte Nahe Osten überwacht werden kann. Schiffe der 6. US-Flotte ankern in dem britischen Militärhafen und auf den britischen Stützpunkten befinden sich amerikanische Mariner. Wer auf Zypern sitzt, hat den Nahen Osten bestens im Auge. Darum versuchte die NATO mit den USA an der Spitze die Insel in eine vollständige NATO-Basis umzuwandeln. Dieser Weg wurde aber durchkreuzt durch das Unabhängigkeitsbestreben des zypriotischen Volkes und durch die Politik des gewählten Präsidenten Makarios, die dieses Unabhängigkeitsbestreben immer konsequenter zum Ausdruck brachte. Die Reaktion von Seiten der USA blieb nicht aus. Durch einen Putsch sollte Makarios beseitigt und ein den Amerikanern höriges Regime zu installieren.

Eine von der griechischen Militärjunta abhängige Offiziersclique unter der Führung Sampson war das geeignete Instrument, um die schmutzigen Pläne in die Tat umzusetzen.

Die US-Regierung hat inzwischen selbst zugegeben, dass sie von der Vorbereitung des Putsches schon lange Bescheid wusste Der "New York Times" zufolge hatte der Chef des CIA in Griechenland am 27. Juni eine Zusammenkunft mit dem Chef der griechischen Faschistenjunta, Ioannidis, der ihm seine Pläne zum Sturz von Makarios und zur Vereinigung Zyperns mit Griechenland vorlegte. Bürgerliche Zeitungen wie "Le monde" in Frankreich sprechen es offen aus: Urheber des Putsches gegen Makarios waren die USA.

Aber die Rechnung der US-Strategen ging nicht auf: Erstens weil Sampson und seine Spiessgesellen den Putsch verpfuschten und Makarios entkommen liessen und zweitens weil die Türkei, unterstützt von der Sowjetunion, ihr eigenes Süppchen kochte und auf der Insel einmarschierte.

DIE SOWJETREVISIONISTEN VERSUCHEN, IM TRÜBEN ZU FISCHEN

Die Türkei marschierte als Garantiemacht der verfassungsmässigen Ordnung in Zypern ein. Sie wollte ein Marionettenregime nicht dulden, das von den USA über die griechische

Militärjunta gegängelt wurde. Zugleich wollte sie damit eine Vorentscheidung im Streit mit Griechenland um die grossen unterirdischen Ölvorkommnisse in der Ägäis erzwingen.

Der herrschenden Clique in Ankara war die Rückendeckung durch die Sowjetunion sicher. Denn diese sah eine Möglichkeit des Eingreifens und versuchte die Türkei von der NATO und den USA abzuspalten und auf Zypern als Garantiemacht Fuss zu fassen. Die Sowjetunion versuchte, durch internationale Verhandlungen ein Regime zustandezubringen, auf das sie Einfluss hatte. Das konnte entweder das Regime eines mit Hilfe der Sowjetunion wiedereingesetzten Makarios sein oder ein anderes Regime, für das die Sowjetunion neben anderen Staaten die Garantie übernahm und das sie gemeinsam mit der Türkei gegen die Sampson-Clique aufgebaut hätte. Um den Erfolg der türkischen Intervention zu sichern, verzögerte die Sowjetunion mit allen Mitteln eine frühzeitige Sitzung des Sicherheitsrates und eine Aufforderung zum Waffenstillstand durch den Sicherheitsrat, bevor sich die türkische Armee in Zypern einigermassen festgesetzt hatte. Gleichzeitig aber spuckten sie grosse Töne und spielten sich als Beschützer der zypriotischen Unabhängigkeit auf. Das ganze Gewäsch diente in Wirklichkeit nur dazu, ihre eigenen imperialistischen Pläne zu verschleiern.

Inzwischen stolperte die griechische Militärjunta über ihr missglücktes Putschabenteuer. Im Volk verhasst und ohne Rückhalt, von nationalistischen Offizieren für die hoffnungslose und würdelose Lage Griechenlands verantwortlich gemacht, für die USA durch ihre Pfuscherei nutzlos geworden und in der Weltöffentlichkeit vollständig isoliert, konnte sich die Militärjunta nicht mehr halten. Durch den Rücktritt der Junta, die mit der Losung "Rückkehr zur Demokratie" verbunden war, änderte sich die Lage in Griechenland. Das Volk hat zwar beileibe nicht die Macht, aber es hat die Möglichkeit, sich zu äussern. Sofort zeigt sich: das griechische Volk ist in seiner Mehrheit für die Rückkehr von Makarios nach Zypern, es ist gegen die NATO und gegen die USA, die es für die Militärdiktatur der vergangenen Jahre und für die jetzige Lage verantwortlich macht. Die neue Regierung lässt Anti-NATO-Demonstrationen durch Polizei zerschlagen. Mit der Losung "Rückkehr zur Demokratie" an die Macht gekommen, kann sie sich dennoch der Meinung der Massen nicht vollständig entziehen. Sie setzt sich für die Unabhängigkeit Zyperns ein und geht mit diesem Ziel in die Genfer Verhandlungen.

PFERDEWECHSEL: MIT ANDEREN MITTELN FÜR DIE ALTEN ZIELE

Auf der Genfer Konferenz stellte sich heraus, dass die USA das Pferd gewechselt hatten und den Plan der Türken zur Teilung der Insel unterstützten. Da er auf die völlige Spaltung der zypriotischen Bevölkerung und auf die Vernichtung der nationalen Unabhängigkeit Zyperns hinausläuft, passte er den USA gut ins Konzept. Als die Verhandlungen schliesslich platzten, begann die Türkische Armee wieder zu marschieren. Aber diesmal mit eindeutiger Unterstützung durch die USA und auf deren Wink. Denn diese wollen sich nun über die Türken massgeblichen Einfluss auf der Insel verschaffen. Über 40% des Gesamtgebiets, in dem 4/5 der zypriotischen Wirtschaft konzentriert sind, wurden besetzt, obwohl der türkische Bevölkerungsanteil nur 18% beträgt. 200000 griechische Zyprioten sollen aus ihren alten Wohngebieten vertrieben werden, auch die türkischen Zyprioten müssen umgesiedelt werden. Auf die eindeutige Unterstützung der Türkei durch die USA antwortete Griechenland mit dem Rückzug aus der NATO. Im Falle eines Krieges mit der Türkei soll die Sowjetunion Griechenland ihre Unterstützung zugesagt haben. Während die USA zuerst auf den Putsch und dann auf die Türkei gesetzt hat, versuchte die Sowjetunion zuerst über die Türkei und dann über Griechenland ins Spiel zu kommen. Während die USA die Unabhängigkeit der Insel mit wechselnden Methoden zu zerstören versucht und dabei die Widersprüche zwischen der Türkei und Griechenland verschärft, versucht die Sowjetunion diese Widersprüche auszunützen, um ebenfalls ins Geschäft zu kommen.

SCHLUSS MIT DER AUSLÄNDISCHEN EINMISCHUNG IN ZYPERN!

VOLLSTÄNDIGE UNABHÄNGIGKEIT FÜR DAS ZYPRIOTISCHE VOLK!

Die imperialistischen Mächte machen aus dem Nationalismus ein Instrument ihrer Politik. Sie treiben die Nationalitäten gegeneinander, um die Völker zu schwächen und ihre eigene Herrschaft zu festigen. Sie spalten die Völker und versuchen, sie gegeneinander aufzuhetzen. Und wenn ihnen das wie in Zypern gelingt, so benützen sie es als Vorwand, um ihre eigenen Interventionen zu rechtfertigen. Nur wenn die Völker aus solchen Entwicklungen wie gegenwärtig im östlichen Mittelmeer lernen, und sich gegen den Imperialismus zusammenschliessen, können sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Friedensappelle an die imperialistischen Mächte sind offensichtlich sinnlos, denn diese Mächte sind gerade die Kriegstreiber. Der Frieden kann durch die Völker nur im Kampf gegen den Imperialismus und nicht unter Führung und Hilfe der Imperialisten errungen werden.

H-o

China: Mit den überlieferten Ideen brechen

MIT DER REVOLUTIONÄREN KRITIK AN KONFUZIUS UND LIN PIAO ENTFALTEN DIE MASSEN IHRE EIGENE WELTANSCHAUUNG

Kürzlich mokierte sich die KRONEN-ZEITUNG über die VR China: "Das Einbringen der Ernte, das in westlichen Ländern zur Selbstverständlichkeit gehört, beherrscht in diesen Wochen die Schlagzeilen der östlichen Presse..... Die originellsten Beiträge zu diesem Thema liefert wieder China: 'Angeleitet von der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao und angetrieben von der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius hat China in diesem Jahr eine reiche Sommerernte eingebracht'... Bei uns pflegt man das auf einen kürzeren Nenner zu bringen: Dank Gottes Hilfe war es eine gute Ernte!"

Ja, das ist ein einfacher Nenner für die Bourgeoisie, sichert ihr doch eine gottergebene Haltung des Volkes bis in alle Ewigkeit ihre Herrschaft.

In China ist gerade die tiefgehende Kritik der Massen an Konfuzius und Lin Biao die Bedingung dafür, dass aufgeräumt wird mit dem blinden Glauben an die Ohnmacht der unterdrückten Menschen. Mit der Kritik an Konfuzius und Lin Biao überwindet das Volk den Glauben an 'Genies', an das Geschwätz von Philosophen und Pfaffen, durchschaut die falschen Führer und gestaltet seine eigene Weltanschauung.
Dass dies kein geradliniger Prozess ist, sondern mit Kämpfen einhergeht, wird hierzulande mit Spekulationen verbunden, die jeder Realität entbehren. Nur eine Funktion erfüllen sie: es soll der Eindruck erweckt werden, dass der Aufbau des Sozialismus in China chaotisch vonstatten geht und ausser Unruhe und Ungewissheit für das Volk nichts bringt.

In seinem Bericht an den X. Parteitag der KP Chinas hat Tschou En-lai festgestellt: "In der sozialistischen Revolution stehen noch schwierige Aufgaben vor uns. Die Aufgabe 'Kampf-Kritik-Umgestaltung' der Grossen Proletarischen Kulturrevolution muss an allen Fronten noch tiefgehender durchgeführt werden."
Einige Ereignisse zeigen, dass diese Aufforderung in die Tat umgesetzt wird:

- Eine Schülerin kritisierte öffentlich ihren Lehrer, der mit autoritären Methoden den Unterricht leitete und die Kritik auf Wandzeitungen zu verhindern suchte. Ihre Kritik wurde in der 'Volkszeitung' veröffentlicht.
- Ein Schüler gab bei seinem Examen ein leeres Blatt ab und kritisierte auf der Rückseite die sturen, abstrakten Prüfungsmethoden. Er habe mehrere Jahre revolutionär auf dem Lande gearbeitet und sich auf eine solche Prüfung nicht vorbereiten können.
- Ein Student, Sohn eines altgedienten Revolutionärs, verliess auf eigenen Entschluss hin die Universität, auf die er nur durch die Beziehungen seines Vaters ge-

kommen war. Seit der Kulturrevolution werden die Studenten in den Fabriken und in den landwirtschaftlichen Kommunen von den Arbeitskollegen ausgewählt und empfohlen. Nachdem der Schüler sich zunächst so einen Vorteil erschlichen hatte, kritisierte er dies Vorgehen jetzt öffentlich und kehrte zu seiner Arbeitsstelle zurück.

- Eine junge Frau mit Mittelschulabschluss, eine Rotgardistin, heiratete in dem Dorf, in das sie geschickt worden war, einen Bauern. In einer öffentlichen Erklärung wandte sie sich gegen die Herabsetzung der Bauern und das Gerede von einer nicht standesgemässen Heirat.
- In einer Fabrik in Lantschou kritisierten die Arbeiter die Aufblähung des Verwaltungsapparates und forderten seine Verminderung.

In allen Fällen unterstütze die Partei den Kampf gegen die alten Ideen und veralteten Strukturen. Alle diese Beispiele zeigen: Der Kampf gegen die bürgerliche Linie muss fortgesetzt werden. Eine erneute Verselbständigung der leitenden Kader darf nicht zugelassen werden. Niemand soll besondere Privilegien haben und sie gar noch auf seinen Sohn vererben. Es darf keine Spaltung der "Gebildeten" von den Arbeitern und Bauern, vom Volk geben. In China wird gegenwärtig die Kampagne verstärkt, die sich gegen die Beibehaltung und Verfestigung von bürgerlichen Herrschaftsstrukturen richtet. Jugendliche mit Schulausbildung sollen weiterhin aufs Land gehen, mit der Verachtung des Dorfes und der landwirtschaftlichen Arbeit Schluss machen; leitende Kader sollen weiterhin regelmässig an der Produktion, an der körperlichen Arbeit teilnehmen; Arbeiter und Bauern sollen vermehrt Leitungsaufgaben übernehmen, die "rechte Strömung", die sich all dem widersetzt, soll kritisiert werden.
Die Weiterführung und Verstärkung dieser Bewegung dient ausgezeichnet dazu, die Macht der Arbeiterklasse zu festigen und den Sozialismus siegreich aufzubauen.

KONFUZIUS MUSS KRITISIERT WERDEN

Wenn man eine Revolution durchführen will, muss man auch mit den alten Ideen brechen. Marx und Engels sagen im Kommunistischen Manifest: "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, dass in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird." Die überlieferten Ideen aber werden in China hauptsächlich durch die konfuzianische Lehre repräsentiert, die eine starke Tradition besitzt. Konfuzius lebte von 551 bis 479 vor unserer Zeitrechnung. In dieser Zeit war die alte Sklavenhaltergesellschaft langsam in Verfall geraten und wurde von feudalistischen Produktionsverhältnissen abgelöst. In dem damaligen Klassenkampf zwischen der Sklavenhalteraristokratie und der neu aufkommenden Grundbesitzerklasse vertrat Konfuzius ideologisch den Standpunkt der Sklavenhalter. Seine Lehre hatte die Funktion, die alte Klassenherrschaft zu verteidigen. Und wie zu allen Zeiten, geschieht das mit einem System von Regeln, die die bestehende Herrschaft als gottgewollt, dem menschlichen Wesen entsprechend, als natürlich hinstellen. Die Lehre des Konfuzius wurde die Jahrhunderte hindurch immer von der herrschenden Klasse benutzt, das Volk zur Anpassung und Unterwerfung zu erziehen. Auf seine Lehre gründete sich die Verachtung der herrschenden Klassen in China gegenüber der körperlichen Arbeit und die Verteidigung ihrer Privilegien. Konfuzius sagte: "Diejenigen, die mit dem Besitz des Wissens geboren sind, gehören zur obersten Klasse der Menschen" und rechtfertigte so mit nur, dass die, die oben sind, immer dort bleiben wollen. Er predigte "Menschlichkeit", die "Tugende des Gehorsams und der Zurückhaltung", "Mass und Mitte" während doch die Masse des Volkes grausam unterdrückt und ausgebeutet wurde, d.h. er predigte die Unterwerfung unter die Klassenherrschaft.

DAS CHRISTENTUM STÜTZT DIE MACHT DER BOURGEOISIE

In ihrer gesellschaftlichen Funktion ist die konfuzianische Lehre gut dem Christentum vergleichbar. Die Lehre von der Nächstenliebe hat die christlichen Herrscher und Regierungen nie davon abgehalten, Kriege zu entfesseln, hat die Pfaffen nie davon abgehalten, die Söhne des Volkes mit dem göttlichen Segen in die Schlacht zu schicken. Wohl aber haben sie immer Revolutionen, Gewalt gegen Obrigkeit und Unterdrückung verurteilt. Während die herrschende Klasse im Namen Jesu Christi raubte, mordete und zahllose Kriege entfesselte, und die Massen ausbeutet, sollen die Arbeiter und das Volk im Namen Jesu Christi geduldig, liebevoll und gehorsam sein.
Mao Tse-tung sagt dazu: "Was die sogenannte Menschenliebe anbelangt, so hat es seit der Aufspaltung der Menschheit in Klassen keine solche allumfassende Liebe gegeben. Diese Liebe wurde von allen herrschenden Klassen der Vergangenheit gern gepredigt; viele sogenannte Weise taten es ebenfalls, aber keiner hat sie je wirklich praktiziert, denn in der Klassengesellschaft ist sie unmöglich."
Das Christentum ist eine 2-Tausend Jahre alte Religion, sie ist nicht im Kapitalismus entstanden, aber sie ist auch für die herrschende Klasse der Bourgeoisie immer noch äusserst nützlich. Auch die konfuzianische Lehre ist alt und erfüllt immer noch die Funktion, die Macht der alten herrschenden Klasse zu rechtfertigen. Und jeder, der heute das Rad der Geschichte zurückdrehen, den Sozialismus angreifen und den Kapitalismus wiederherstellen will, sucht deshalb seine ideologischen Waffen bei der alten Philosophie und Religion, eben bei Konfuzius.
Das Proletariat aber will die Klassenherrschaft, die Einteilung der Gesellschaft in Klassen, abschaffen und die klassenlose Gesellschaft errichten. Deshalb kämpft es gegen alle Religionen und alle Moral, die diese alte Klassenherrschaft verteidigen. Deshalb muss es auch die üblen Einflüsse dieser Ideologien aus seinen Köpfen vertreiben.
Deshalb kämpfen heute die Arbeiter und Bauern, die Volksmassen in China gegen die alte Sklavenhalterideologie und kritisieren Konfuzius. Die Kritik an Konfuzius ist kein akademischer Streit, hinter dem sich irgendetwas verbirgt, was man noch nicht sieht, sondern ist eine Bewegung der Massenkritik, durchgeführt von den Massen selber, die Herr über ihr eigenes Land, Herr in ihrem Staat sind, weil sie den Sozialismus erkämpft haben.





LIN BIAO - EIN VERTRETER DER BÜRGERLICHEN LINIE

Was aber hat das alles mit Lin Biao zu tun, so wird gefragt. Werden hier nicht doch einfach Machtkämpfe mit grossen Worten ausgetragen?
Lin Biao war der stellvertretende Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas. Er wurde als nächster Kampfgefährte des Vorsitzenden Mao Tse-tung bezeichnet. Während der Kulturrevolution stand er auf Seiten derjenigen, die gegen das bürgerliche Hauptquartier unter Liu Schao-tschi kämpften und die Initiativen der Massen unterstützten.
Mit der siegreichen Beendigung der Kulturrevolution aber traten Differenzen auf, die vorher im Kampf gegen die rechte Linie Liu Schaotschis nur verdeckt gewesen waren. Dass Lin Biao im Grunde eine idealistische Auffassung von der Kulturrevolution hatte, zeigte sich nach deren Sieg.
Jetzt trat er gegen ihre Weiterführung und Konsolidierung auf, warnte vor "Überspitzungen" und davor, "das Mass zu überschreiten". Er vertrat die Ansicht, "Genies" machen die Geschichte, und betrieb einen Geniekult, in dem er sich als "Treuester der Treuen" auch ein bisschen sonnen wollte. Er wollte das Amt des

Staatspräsidenten wieder einführen und selber Staatspräsident werden. Er wandte sich gegen die Kaderschule des 7. Mai, wo Funktionäre körperliche Arbeit leisten müssen, er wandte sich gegen den Einsatz von Jugendlichen mit Schulbildung auf dem Lande und nannte dies "versteckte Zwangsarbeit." Gegenüber der Fortführung des Klassenkampfes propagierte er "Menschlichkeit" und "Mässigung". International suchte er nach einem Ausgleich mit dem Revisionismus und dem Sozialimperialismus. Das heisst, Lin Biao verstand ganz offensichtlich die Kulturrevolution nicht als eine Revolution, in der die Massen die Ideologie, die Institutionen, die Produktionsverhältnisse revolutionär umgestalten und ihre Macht festigen. Offensichtlich liefen seine Versuche darauf hinaus, seine persönliche Macht zu stärken. Nachdem er verständlicherweise unter den Massen keinen Anhang gefunden hatte, trieb ihn die Logik seines Kampfes in die Verschwörung und den Versuch eines Staatsstreichs, bei dem er endgültig scheiterte.

DIE VOLKSMASSEN SCHAFFEN SICH IHRE EIGENE WELTANSCHAUUNG

Ein Blick auf Lin Biaos Auffassungen zeigt deutlich, dass sie den gleichen Vorurteilen, der gleichen Ideologie wie die der konfuzianischen Moral entspringen. Deshalb sagte ein Soldat einer Schulungsgruppe der Volksbefreiungsarmee: "Kritik an Lin Biao ohne Kritik an Konfuzius ist wie Unkraut mähen, anstatt es mit der Wurzel auszureissen."

Es kann also gar nicht um die Beseitigung einzelner Personen gehen. Wenn die chinesischen Kommunisten, wie Tschou En-lai sagt, einen Prozess durchzumachen hatten, um Leute wie Lin Biao zu durchschauen, dann kann es nur darum gehen, allen den Blick zu schärfen und durch eine breite Massenbewegung die Revolution fortzuführen.
Der Kampf innerhalb der Parteien zwischen zwei Linien ist unvermeidlich. Er spiegelt, solange es Klassen gibt, den Klassenkampf in der Gesellschaft wider. Was ist daher die Aufgabe der Revolutionäre, um Fehler zu vermeiden und die Revolution fortzuführen? Die Initiative der Massen selbst muss gestärkt werden, sie müssen immer besser in der Lage sein, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und die falschen Führer zu durchschauen. Deshalb müssen sie ihre eigene Weltanschauung umgestalten und mit allen alten Ideen aufräumen.

Schon immer haben die gelehrten Lakaien der herrschenden Klassen gesagt, die Massen verstünden nichts von Philosophie.

Das chinesische Volk aber will keinen Philosophen und Pfaffen mehr Glauben schenken, es vertraut auf seine eigene Kraft und macht sich zum Herren seiner eigenen Geschichte. Es ist der Marxismus-Leninismus, die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse, die es dazu befähigt.

Revolutionäres Plakat in den Strassen von Concepcion: "An die Arbeiterklasse und das Volk: Nur mit der Volksmacht werden wir die Revolution machen."

CHILE - SOLIDARITÄT

"Die Arbeiter, Bauern, Studenten, die Frauen und Männer aus dem Volk wissen genau, dass es nur einen Weg gibt, sich von der grausamen Diktatur der Faschisten zu befreien: Den Widerstandskampf! - und sie sind fest entschlossen, diesen Kampf zu führen bis zum endgültigen Sieg.
Die Solidarität der Völker der Welt mit dem Widerstand meines Volkes ist eine grosse Unterstützung. Wir wissen, dass schon viele Menschen auf unserer Seite stehen. Sie verurteilen mit Abscheu die kriminellen Taten der faschistischen Junta und viele arbeiten direkt mit dem Widerstand zusammen.
In vielen Ländern und Städten der Welt gibt es Solidaritätskampagnen: Veranstaltungen, Demonstrationen, Geldsammlungen usw. Jeden Tag sind mehr Menschen bereit, den antifaschistischen Widerstand aktiv zu unterstützen!
Heute kann eine wirkliche Solidarität mit den unterdrückten Völkern nicht nur darin bestehen, ihre Leiden zu bedauern und zu beweinen. Im Gegenteil: Ein energisches und aktives Handeln ist notwendig! Eine moralische als auch eine materielle Unterstützung. Mein Volk braucht heute beides!
Wir bitten euch, dass ihr weiterhin bereit seid, zuzuhören und zu diskutieren, um die besten Möglichkeiten zu finden, mit dem Widerstand der chilenischen Arbeiter und des chilenischen Volkes zusammenzuarbeiten.

LOS PUEBLOS UNIDOS JAMAS SERAN VENCIDOS! -
DIE VEREINTEN VÖLKER WERDEN NIEMALS BESIEGT!
VENCEREMOS!"

Aus der Rede eines chilenischen Flüchtlings auf einer Solidaritätsveranstaltung in Linz

---

ZEITSCHRIFTEN AUS DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Über den KB Salzburg/Hallein können folgende deutschsprachige chinesische Zeitschriften und Zeitungen bezogen werden:

PEKING RUNDSCHAU

Politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten:
- Berichte über Chinas sozialistische Revolution und sozialistischen Aufbau
- Chinas Ansichten in internationalen Fragen
- Theoretische Artikel
- Wichtige Erklärungen und Dokumente

Die Peking Rundschau erscheint wöchentlich. **Preis:** S 75.- (1 Jahr), S 112.5o (2 Jahre), S 15o.- (3 Jahre)

CHINA IM BILD

Monatsschrift im Grossformat mit reichem farbigem Bildmaterial und knappen Texten.
Preis: S 6o.- (1 Jahr), S 9o.- (2 Jahre), S 12o.- (3 Jahre)

Bestellung durch Bezahlung der angegebenen Summe auf das Konto: Hubert Gaigg, 5o2o Salzburg - Postscheckkonto Wien 235o.734 - bitte genaue Adresse und Zahlungszweck angeben. Die erste Lieferung erfolgt ca. 6 Wochen nach Bezahlung.

US-Meinungumfrage

Im Jahre 1967 wurde vom Harris-Institut eine Meinungsumfrage gemacht: 70% der Befragten hielten Atheisten, schwarze Militante, demonstrierende Studenten, Prostituierte, und Homosexuelle für "gefährlich und schädlich für die Nation". Dieselbe Umfrage wurde im Herbst 1973 wiederholt: Eine grosse Mehrheit hält heute folgende Personen für "gefährlich und schädlich für die Nation". Die Generale, die geheime Bombardierungen vornehmen lassen (67%); die Politiker, die Telefone kontrollieren und abhören lassen (71%); die Geschäftsleute, die unerlaubterweise Politiker finanzieren (81%); die Politiker, die den Geheimdienst CIA und die FBI-Kriminalpolizei zu politischen Zwekken oder zur Beschränkung der Freiheit der Bürger gebrauchen (88%).

Arbeitsverfassungsgesetz

§ 39- Knebelung der Werktätigen und ihrer gewählten Vertreter

Ein Beispiel aus der Praxis wirft auf das von den Sozialpartnern so gefeierte Arbeitsverfassungsgesetz ein klares Licht.

Während der Gehaltsverhandlungen in der Versicherungsbranche sahen sich z.B. die Betriebsräte in der Ersten Allgemeinen Versicherung gezwungen, auf der Betriebsversammlung, wo über die Lohnverhandlungen beraten wurde, deutlich zu betonen, dass die Kollegenschaft unbedingt Ruhe zu bewahren habe und jede Aktion vermeiden müsse. Das passte aber nicht zu den Interessen und Wünschen der Kollegen, denn sie sind es ja, die die Verschlechterung der Lebenshaltung durch die ständig steigenden Preise treffen. Daher waren viele bereit, für eine ausreichende Gehaltserhöhung zu kämpfen; umso mehr, wo auch die Herrn aus der Gewerkschaftsführung von Aktionen sprachen.

Es war naheliegend, dass Kollegen von Betriebsräten wissen wollten, wie das nun zu vereinen sei, die berechtigten Interessen der Kollegenschaft voll zu vertreten und als gewählte Vertreter an ihrer Spitze zu gehen und gleichzeitig Ruhe und Ordnung zu predigen.

Der § 39 des Arbeitsverfassungsgesetzes zwinge sie dazu, betonten einige Betriebsräte, denn dort heisst es ja, dass es Aufgabe des Betriebsrates wäre, Ruhe und Ordnung zu halten und einen Interessensausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern herzustellen. Diese Betriebsräte mussten zugeben, dass dieses Arbeitsverfassungsgesetz eine Knebelung bedeutet. Für viele Kollegen wurde mit einem Schlag klar, dass das Arbeitsverfassungsgesetz die Rechtlosigkeit ausbaut und nur die Profitinteressen der Kapitalisten zum Ziel hat. Indem die gewählten Vertreter mit so einem Gesetz gegen die Arbeiter und Angestellten ausgespielt werden, sollen die berechtigten Forderungen und Aktionen zu deren Durchsetzung erschwert und verhindert werden.

Mit einem Mal war vielen klar, dass die Sozialpartner hier bewusst ein Gesetz gegen die Werktätigen beschlossen haben, und dass es nur für die Kapitalisten und ihre Handlanger einen Grund gibt, dieses Gesetz als Erfolg zu feiern.

Vielen Kollegen ist aber auch klar geworden, dass im Kapitalismus immer solche Gesetze beschlossen werden, die die Rechtlosigkeit der arbeitenden Menschen festigen. Dass es nur einen Weg gibt, die eigenen Interessen durchzusetzen : alle müssen sich zusammenschliessen und sich die Rechte, die sie brauchen, einfach nehmen !

Das bedeutet jederzeit für die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb einzutreten. Das bedeutet weg mit dem Vertrauen in jene Leute, die solche Gesetze beschliessen und bejubeln - und Vertrauen in die eigene Kraft gewinnen !

p. f. wien

Pleitegeier

Wieder hat es in der Baubranche gekracht: "Opfer" ist die Bautrans GesmbH in St. Ruprecht/Stmk, die mit 120 Millionen Schilling in der Kreide steht. Dass der Unternehmer seine Pleite blendend zu arrangieren verstand, beweist die Tatsache, dass er knapp vorm Konkurs einen Mercedes 450 für sich und einen Mercedes 350 für seine Frau erstand. Den Kaufpreis, weit über eine halbe Million, zahlte er bar.

DER BÜRGERLICHE STAAT ERHÖHT SEINEN EINFLUSS AUF DEN ORF

ORF-Reform

Der ORF wird noch unabhängiger und noch demokratischer - so tönt's seit Wochen aus den Mündern bürgerlicher Politiker. All dies soll das Gesetz zur ORF-Reform garantieren, das am 10. Juli im Nationalrat verabschiedet worden ist. Diese Reform sieht die Schaffung dreier Gremien vor, ein 30köpfiges "Kuratorium", eine "Hörer- und Sehervertretung" mit 35 Mitgliedern sowie eine "Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes" aus 17 Mitgliedern, davon mindestens 9 Richter. Alle wesentlichen Entscheidungen über den ORF wird in Zukunft das "Kuratorium" fällen: Bestellung der leitenden Angestellten, Tariffestsetzung, grundsätzliche Programmgestaltung. Die "Hörer- und Sehervertretung soll schauen, ob den Wünschen des Publikums Rechnung getragen wird und die "Kommission" passt auf, dass das Rundfunkgesetz gewahrt bleibt.

Lassen wir uns von den Vielzahl der Gremien nicht verwirren. Denn: Nach dem Gesetz wird die Mehrheit der Mitglieder der "Hörer- und Sehervertretung" vom Bundeskanzler ernannt, die "Kommission" wird auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten eingesetzt und in das Kuratorium entsenden die Bundesregierung und die Mehrheitspartei von Haus aus eine absolute Mehrheit der Vertreter. Man kann wohl erwarten, dass die Bundesregierung ihr genehme Leute in die Gremien delegiert.

Die mit viel Theaterdonner umgebene Reform erweist sich so als der handfeste Versuch des Staates, mehr Einfluss auf den ORF zu bekommen. Natürlich passt es den anderen Parteien nicht, dass die SPÖ sich als Regierungspartei den grössten Einfluss sichert; deshalb die Streitereien der letzten Zeit, wo ein bürgerlicher Politiker auf Kosten des anderen versucht, sich- ohne rot zu werden - zum Hüter der Demokratie aufzuschwingen.

Wieso muss der Staat seinen Einfluss auf den ORF verstärken ? Je mehr das Vertrauen breiter Teile des Volkes in diesen Staat schwindet, je weniger Widerhall die Ideen der Bourgeoisie im Volke finden, desto nötiger braucht die Regierung den direkten Einfluss auf das Volk. Der ORF ist die mit Abstand grösste und wirkungsvollste Propagandamaschine. Es wird für die bürgerlichen Politiker zur Notwendigkeit, sie fest in die Hand zu bekommen.

Zur Ablenkung treten bezahlte Schönredner auf, die die Reform des ORF als Weg zu Unabhängigkeit und Demokratie feiern. Als ob nicht jeder von uns seine eigenen Erfahrungen mit der "Unabhängigkeit" des ORF gemacht hätte ! Da hört man nichts von Lohnabbau und gesteigerter Arbeitshetze - und wo sich Teile des Volkes dagegen zu wehren beginnen, da schweigt der ORF. Dagegen darf der Finanzminister Androsch ungehindert mit Aktionen zum billigeren Einkauf die unverschämten Preissteigerungen verniedlichen. Und zwischendurch fahren junge Menschen wie du und ich lachend in bunten Autos über den Bildschirm - ihnen macht die Benzinpreiserhöhung nichts aus. Feine "Demokratie" das, wenn in verschiedenen Gremien sich ein Häuflein "verdienter" Funktionäre einen schönen Lenz machen kann, für "Spesen" und "Vergütungen", von denen ein arbeitender Mensch nur träumen kann. Alles natürlich von unseren Steuergroschen bezahlt !

Überhaupt ist das Einzige, was aus der ganzen ORF-Reform für uns herausschaut, eine saftige Gebührenerhöhung ! Denn so ist das: solange es den kapitalistischen Staat gibt, muss das Volk bezahlen.

M. V.

Quelle - Preisgarantie

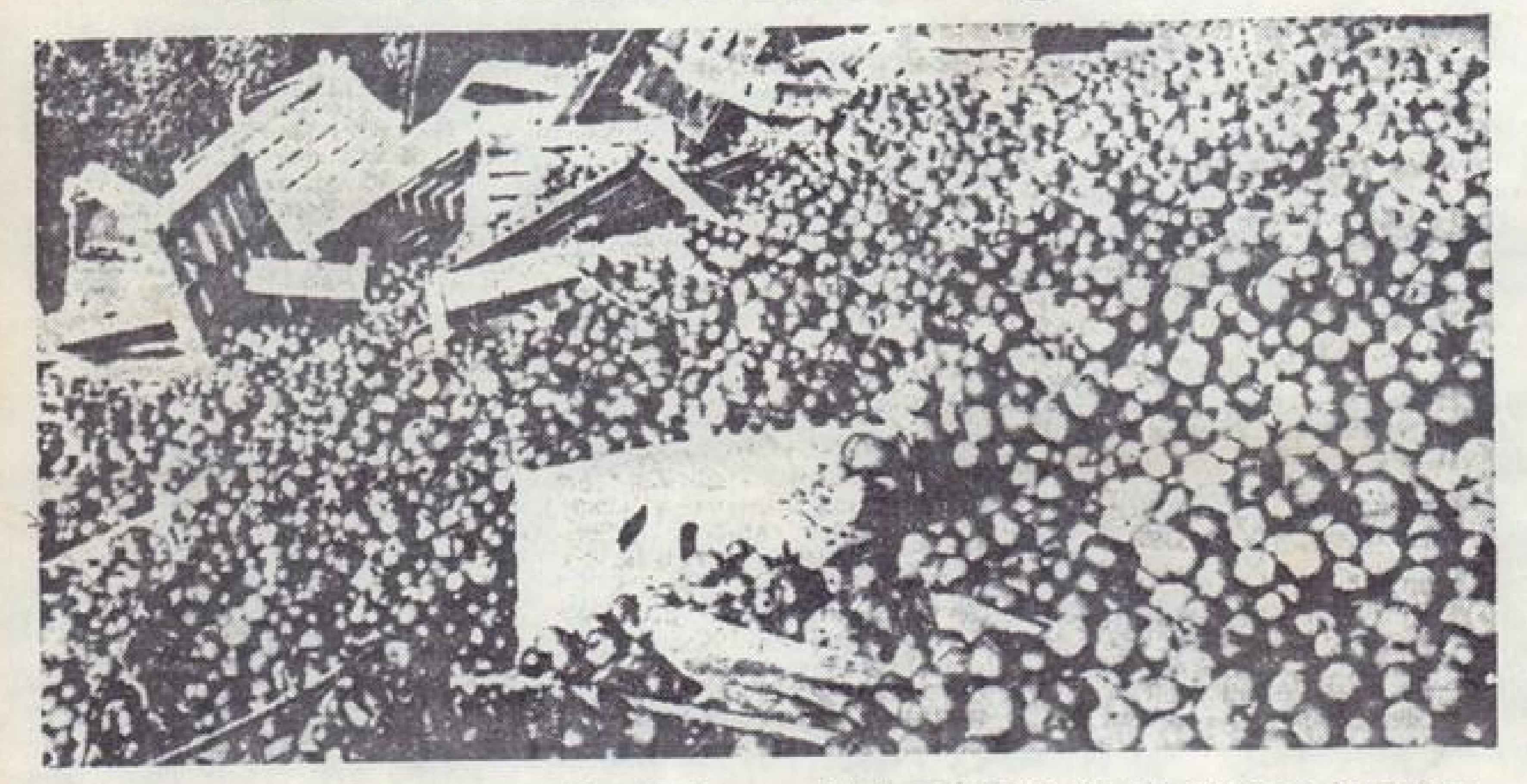
Dass die Preise ständig steigen merkt jeder, der einkaufen geht, und bei jedem Einkauf kann man Sachen finden, die noch vor 14 Tagen weniger gekostet haben. Wie hoch aber die Preissteigerungen sind, weiss man oft gar nicht mehr genau. Beim Vergleich des neuen Quelle-Katalogs mit den zwei vorher erschienenen, ist mir so richtig aufgefallen, wie raketenhaft die Preise in die Höhe schiessen.

Ein Kaffeeservice, das im Februar 74 noch 298 S und im August 74 dann 319 S gekostet hat, kostet jetzt im September schon 369 S, ist also um 24 % teurer geworden. Ein Ofen ist von 1980 S über 2090 S auf jetzt 2690 S gestiegen, sogar um 36%. Am eindruckvollsten ist eine Tiefkühltruhe-eine Anschaffung, die man aufgrund der rasanten Lebensmittelpreise in Erwägung zieht-ist von 5390 auf 6490 und schliesslich auf 7690 S hinaufgeteufelt-also um kühle 43%-und das alles innerhalb von 7 Monaten.

Bei diesem Inflationsspielchen schlagen sich nicht nur die Kapitalisten ein schönes Sümmchen aus unserer Geldtasche heraus, sondern die Regierung, die mit denen unter einer Decke steckt, wärmt sich dabei auch ganz schön:Der Finanzminister der im Februar 74 beim Kauf einer Tiefkühltruhe 860 S Mehrwertsteuer eingestreift hat, zieht einem Käufer jetzt schon S 123o aus der Tasche .

- er

Lebensmittelvernichtung



Im August wurden tonnenweise Lebensmittel vernichtet: 50 Tonnen burgenländische Paradeiser und 100 Tonnen Marillen in der Wachau. Nicht weil mehr geerntet wurde, als wir alle essen können, sondern weil die Grosshändler nur soviel Tomaten und Marillen aufkaufen, wie sie für hohe Preise verkaufen können. Die Bauern bekamen für ihre gute Ernte weniger als im Vorjahr (bei Marillen wurde he[illegible]wischen 5 und 8 Schilling gezahlt, voriges Jahr bis zu 12 Schilling). [illegible] Geschäft wurden "die Preise gehalten", durch die tonnenweise Vernichtung von Obst und Gemüse. Dieser Wahnsinn ist im Kapitalismus immer dann die Regel, wenn es gute Ernten von Agrarprodukten gibt. Auf unseren Tellern gibt es dann nach wie vor zuwenig Marillenknödel oder Paradeiser, die Bauern sind gezwungen, ihre Produkte zu vernichten. Solche Zustände können nur durch den unmittelbaren Produktentausch zwischen den beiden Produzentenklassen, den Arbeitern und den Bauern, beseitigt werden. Das ist aber erst im Sozialismus möglich.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) SALZBURG/HALLEIN

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund (KB) Salzburg/Hallein. Für den Inhalt verantwortlich: Hubert Gaigg. Druck: Eigenvervielfältigung. Alle: 5020 Salzburg, Müllner Hauptstrasse 14. Tel. Salzburg 32 70 72.

Jahresabonnement (12 Nummern): S 36.- (plus Portoanteil von S 14.-). Förderabonnement: S 50.- und mehr (plus Portoanteil). Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf das Konto: "KB Salzburg/Hallein"
o 2342184 - Landes-Hypothekenanstalt Sbg.
o 1160 - Sparkasse Hallein
Bei Einzahlungen bitte Zahlungszweck genau angeben.

Redaktionsschluss: 8. 9. 1974
Erscheinungstermin: 12. 9. 1974 Auflage: 1200